



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

5

Mai 1990

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

42. Jahrgang · Mai 1990

ISSN 0934—6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn

Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf: (0211) 44 97 1,
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 9005



Inhalt

Bevölkerung	Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel Ergebnisse des Mikrozensus zum Spannungsverhältnis zwischen Familie und Beruf	315
Produzierendes Gewerbe	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978 – 1987	323
	Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe März 1990	329
	Produktion im Maschinenbau 1989	327
	Stromerzeugung und Stromverbrauch 1989	329
Bautätigkeit	Baugenehmigungen im ersten Quartal 1990	327
Handel	Einzelhandelsumsätze im März 1990	329
Finanzen und Steuern	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1986	330
	„Vermögensmillionäre“ 1986	336
Preise, Löhne und Gehälter	Preisindex für die Lebenshaltung im April 1990	336
	Verdienste der Industriearbeiter und Angestellten im Januar 1990	322
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Lage in fünf Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen	337
<hr/>		
	Tabellenteil	344
	Zahlenspiegel	354

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel

Ergebnisse des Mikrozensus zum Spannungsverhältnis zwischen Familie und Beruf

Angesichts der niedrigen Geburtenzahl wird unsere Gesellschaft im Durchschnitt immer älter, und es zeichnet sich ab, daß künftige Erwerbstätigen-Generationen weit mehr Mühe haben werden, die Generation mitzuversorgen, die dann – zahlenmäßig weit stärker als derzeit – im Ruhestand ist. Derzeit überlagert die Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern die demographische Entwicklung bei uns, und die Aussicht auf ein vereintes Deutschland eröffnet neue Perspektiven. Eine Lösung der Altersstrukturproblematik wird man sich hiervon aber nicht versprechen dürfen; die in der hiesigen Bevölkerungsstruktur angelegten Tendenzen zur Überalterung sind dafür zu stark – zudem sind in der DDR-Bevölkerung seit Jahren ebenfalls niedrige Geburtenzahlen zu verzeichnen.

Vor dem geschilderten demographischen Szenario stellt sich die Frage,

warum potentielle Eltern heutzutage zunehmend auf Kinder verzichten und die Geburtenzahl insgesamt so niedrig ausfällt, daß Alt und Jung gesellschaftlich außer Proportion zu geraten drohen und die Bevölkerungspyramide sich zum Bevölkerungspilz wandelt¹⁾.

Einvernehmen besteht darüber, daß Kinder ein Ergebnis verantwortungsvoller Elternschaft sind und bleiben müssen und daß die Gesellschaft lediglich für Rahmenbedingungen sor-

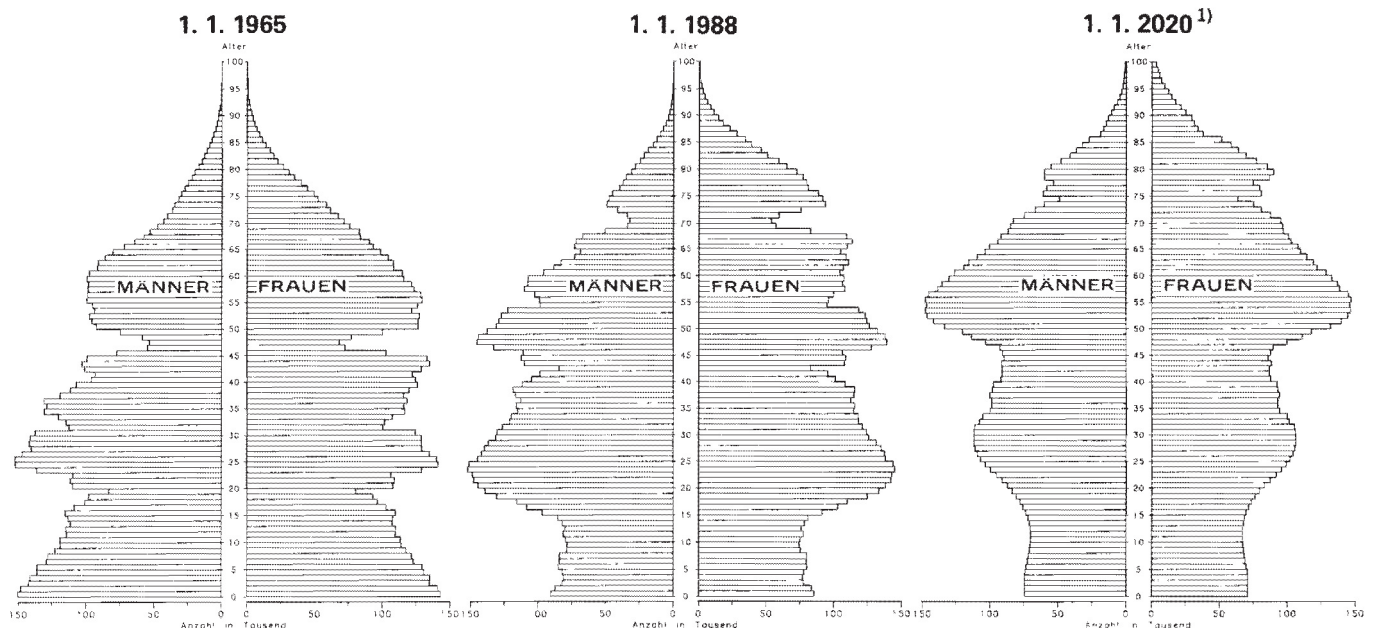
gen kann, die gewollte Elternschaft erleichtern. Übereinstimmung besteht weiterhin darin, daß es eine Vielfalt von Einflußfaktoren gibt, die einem Kinderwunsch überhaupt entgegenstehen können oder bei einem bzw. zwei vorhandenen Kindern den Wunsch nach weiterem Nachwuchs zurückdrängen. Das Schlagwort von der „Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft“ bringt diese umfassende Betrachtungsweise zum Ausdruck.

Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel – dies war zugleich das Generalthema, unter dem die letztjährige Arbeitstagung der Bevölkerungswissenschaftler stand²⁾.

1) Die Bundesrepublik war mit einer Nettoerproduktionsrate (NRR) von nur rd. 0,6 seit 1975 jahrelang an der weltweit untersten Position der Skala angesiedelt. Ende der 80er Jahre hat jedoch erstmals Italien diese Position eingenommen – zumal im Bundesgebiet von 1986 bis 1988 eine merkliche Zunahme der Geburtenhäufigkeiten zu verzeichnen war. Eine Trendwende zu höheren Geburtenzahlen ist damit aber, wie die verhaltene Entwicklung 1989 (–0,5 % gegenüber dem Vorjahr) zeigt, nicht eindeutig erkennbar. Auf die Maßzahl Nettoerproduktionsrate wird im folgenden noch eingegangen.

2) Vgl. hierzu G. Wagner, N. Ott, H.-J. Hoffmann-Nowotny (Herausgeber): Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel, Proceedings der 23. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 1989, Berlin/Heidelberg 1989.

Altersaufbau der Bevölkerung in Nordrhein – Westfalen



1) Quelle: NRW-Bevölkerungsprognose 1988 bis 2005/2020, in: Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein – Westfalen, Heft 634, LDS NW (Hrsg.), Düsseldorf 1990

Die dortige Diskussion hat eine neue Akzentuierung gebracht; anstelle von Kinderfeindlichkeit wird nunmehr ausdrücklich von „Mütterfeindlichkeit“ gesprochen³⁾. Kern der Argumentation ist dabei, daß sich die jungen Frauen heutzutage nach wie vor in einem Spannungsfeld zwischen Ehe, Familie und Kindern auf der einen Seite und dem Erwerbsleben auf der anderen Seite befinden. Anders als früher wird aber die Familie angesichts zunehmender Scheidungshäufigkeiten immer weniger als ausreichende Sicherheit für die zukünftige materielle Absicherung angesehen – anders als früher verlassen sich die Frauen immer weniger auf ihre familiäre Einbindung allein; Erwerbsorientierung ist zunehmend an die Seite, wenn nicht an die Stelle von Familienorientierung getreten.

„Funktionsverlust der Familie“ und „Individualisierung der Gesellschaft“ thematisieren schlagwortartig Veränderungen in den Formen des Zusammenlebens der Menschen – nicht nur in der Struktur (Trend zur Kleinfamilie), sondern auch hinsichtlich der zunehmenden zeitlichen Instabilität eingegangener Personengemeinschaften. Letzteres spiegelt sich einerseits darin wider, daß die institutionelle Bindung in Form der Eheschließung häufig unterbleibt; andererseits aber auch darin, daß bereits geschlossene Ehen immer häufiger wieder aufgelöst werden. Daß Paarbeziehungen in Anbetracht gewachsener Ungewißheit häufiger kinderlos bleiben, erscheint folgerichtig; denn die zunehmende Instabilität birgt für alle Beteiligten Risiken. Hat die Verbindung Kinder hervorgebracht, so führt eine Trennung der Partner zu besonders schmerzlichen Erfahrungen, die neben dem Mann und natürlich den Kindern vor allem auch die Frau machen

muß – gerade dann, wenn sie sich vorher ganz der Familie gewidmet hat.

Aus dieser Sicht erscheint die „populäre These“, daß die Institution Familie in Frage gestellt werde, weil es zur umfassenden sozialen Absicherung inzwischen kollektive staatliche Systeme des Risikoausgleichs gebe, und daß Familienbildung und Geburtenzahlen hierdurch unter Druck geraten, fragwürdig. Die „zentrale Gegenhypothese“ geht demgegenüber davon aus, daß die Einrichtungen der sozialen Sicherung „die großen frauenspezifischen Risiken nicht abdecken“, so daß „bestimmte Formen von Individualisierung als individuelle Schutzstrategien notwendig“ sind⁴⁾.

Ohne daß hier auf die familien-, arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen eingegangen werden soll⁵⁾, die ja auch nur Teilaspekte der Gesamtsituation beleuchten können – Frauen, die sich als Hausfrauen ausschließlich der Familie gewidmet haben, sind im Trennungsfall offensichtlich ganz besonders betroffen. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zeigt, daß sie verstärkt auf finanzielle Eigenständigkeit setzen, auf eine berufliche Zukunft, die eine ökonomische Lebensperspektive ggf. auch ganz ohne Ehe und Familie eröffnet oder zumindest eine eigene berufliche Existenz im Anschluß an einen der Familienarbeit gewidmeten Lebensabschnitt ermöglicht.

Erwerbsorientierung von Frauen

Betrachtet man die Entwicklung der letzten 20 Jahre auf dem Arbeitsmarkt, so zeigt sich, in welchem Maße die Frauen in diesem Lebensbereich

zwischenzeitlich aufgeholt haben. Während 1968 erst gut drei von zehn Erwerbstätigen Frauen waren, sind es mittlerweile beinahe vier. Besonders eindrucksvoll zeigt ein Vergleich der Absolutzahlen den Nachholeffekt auf der Seite der weiblichen Erwerbstätigen. Innerhalb der gegenüber 1968 praktisch unveränderten Zahl von insgesamt 6,8 bis 6,9 Mill. Erwerbstätigen sind 1988 mit 2,5 Mill. gut 0,3 Mill. erwerbstätige Frauen mehr zu verzeichnen als 1968; die Zahl der erwerbstätigen Männer ist entsprechend zurückgegangen.

Diese Umschichtung zugunsten der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist im übrigen bei praktisch unverändertem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung erfolgt, so daß dies bereits als ein Hinweis für eine Ablösung traditioneller Rollenorientierungen durch stärker erwerbsorientierte Verhaltensmuster anzusehen ist. Dabei ist auch auf die in dem betrachteten Zeitraum stark angewachsene Gruppe der Erwerbslosen zu verweisen, die ohne Arbeit sind und gerne arbeiten würden. Der große Anteil der Frauen an dieser Gruppe (1988: 48,1 %) unterstreicht, daß der zunehmende Wunsch von Frauen, am Erwerbsleben teilzunehmen, die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes weit übersteigt.

Haushalts- und Familienstrukturen

Die Entwicklung der Zahl der Einwohner und der der Haushalte ist in den letzten 20 Jahren in bemerkenswerter Weise auseinander gelaufen. Die Bevölkerung ist seit 1968 mit rd. 16 bis 17 Millionen weitgehend stabil geblieben; für die Zahl der Haushalte hat sich demgegenüber gleichzeitig eine Zunahme um gut 20 % ergeben. Eine wachsende Zahl von Haushalten bedeutet bei konstanter Bevölkerungszahl, daß die Haushalte im Durch-

3) Vgl. G. Wagner: Arbeits- und wirtschaftspolitische Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit, in: Proceedings ..., Seite 314 ff.

4) Vgl. G. Wagner, a. a. O., S. 314.

5) Vgl. hierzu; P. Hirvonen: Alterssicherung bei unterschiedlichen familialen Lebensformen und G. Rolf: Individualorientierte soziale Sicherung von Frauen unter familienpolitischen Aspekten, in: Proceedings ..., Seite 265 ff. bzw. 281 ff.

Bevölkerung 1968, 1978 und 1988 nach Beteiligung am Erwerbsleben				
Beteiligung am Erwerbsleben	Bevölkerung			
	insgesamt	männlich	weiblich	
	1 000			%
1968				
Bevölkerung insgesamt	16 770,2	7 956,9	8 813,3	52,0
Erwerbspersonen	6 926,7	4 718,8	2 207,9	31,9
davon				
Erwerbstätige	6 841,2	4 658,7	2 182,5	31,9
Erwerbslose	85,5	60,1	25,4	29,7
Nichterwerbspersonen	9 843,5	3 238,1	6 605,4	67,1
1978				
Bevölkerung insgesamt	17 015,2	8 112,0	8 903,2	52,3
Erwerbspersonen	7 009,9	4 601,4	2 408,5	34,4
davon				
Erwerbstätige	6 739,4	4 458,5	2 280,9	33,8
Erwerbslose	270,5	142,9	127,6	47,2
Nichterwerbspersonen	10 005,3	3 510,6	6 494,7	64,9
1988				
Bevölkerung insgesamt	16 771,1	8 044,9	8 726,2	52,0
Erwerbspersonen	7 629,2	4 772,6	2 856,6	37,4
davon				
Erwerbstätige	6 892,1	4 390,3	2 501,8	36,3
Erwerbslose	737,1	382,3	354,8	48,1
Nichterwerbspersonen	9 141,9	3 272,3	5 869,6	64,2

*) Ergebnisse des Mikrozensus

Bevölkerung in Privathaushalten, Haushalte und durchschnittliche Haushaltsgröße 1968, 1978 und 1988*					
Jahr	Bevölkerung in Privathaushalten		Privathaushalte		Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen
	Mill.	1968 = 100	Mill.	1968 = 100	
1968	16,15	100	6,05	100	2,67
1978	17,00	105	6,67	110	2,55
1988	16,67	103	7,42	123	2,26

*) Ergebnisse des Mikrozensus

Privathaushalte 1968, 1978 und 1988 nach Haushaltsgröße*)									
Jahr a = 1 000 b = %		Privathaushalte							Durchschnittliche Haus- halts- größe ... Per- sonen
		insgesamt	davon mit ... Person(en)						
			1	2	3	4	5 und mehr		
							Haus- halte	Per- sonen	
1968	a	6 052,2	1 487,8	1 739,7	1 257,5	891,6	675,6	3 849,4	2,67
	b	100	24,6	28,7	20,8	14,7	11,6	x	x
1978	a	6 668,6	1 853,1	1 925,1	1 263,4	1 000,9	626,1	3 480,2	2,55
	b	100	27,8	28,9	19,0	15,0	9,4	x	x
1988	a	7 417,8	2 524,7	2 284,1	1 313,4	904,9	390,7	2 015,2	2,26
	b	100	34,0	30,8	17,7	12,2	5,3	x	x

*) Ergebnisse des Mikrozensus

schnitt kleiner werden. So ist die mittlere Haushaltsgröße von 2,67 Personen im Jahr 1968 auf 2,26 Personen 1988 zurückgegangen.

Es ist bekannt, daß sich im Anschluß an den Geburtenrückgang von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre die Geburtenzahlen auf einem niedrigen Niveau eingependelt haben. Die Zahl von 160 000 bis 180 000 Geburten, die seit Mitte der 70er Jahre in Nordrhein-Westfalen jährlich zu verzeichnen sind, bedeutet praktisch eine Halbierung der hohen Geburtenzahlen aus der Mitte der 60er Jahre (1964: 300 000 Geborene in Nordrhein-Westfalen).

Der Rückgang der Geburtenzahl – eine Entwicklung, die zeitlich parallel auch in den meisten anderen industriell hochentwickelten Ländern, und zwar im Osten wie im Westen, zu verzeichnen war – schlägt sich natürlich auch in der Haushaltsstruktur nieder. Die Zahl der kleinen Haushalte mit 1 oder 2 Personen nimmt stark zu, während die 3- oder 4-Personenhaushalte, die sich überwiegend aus Familien von Ehepaaren mit 1 oder 2 Kindern rekrutieren, seltener werden und bei den Haushalten mit fünf oder mehr Personen gar drastische Rückgänge zu verzeichnen sind. Der Trend zum kleineren Haushalt geht einher mit einer zunehmenden Vielfalt von Formen des Zusammenlebens, die den Familienhaushalt, in dem die beiden Ehepartner ggf. mit ihren Kindern zusammenleben, zahlenmäßig zurückdrängt⁶⁾. Neben eheähnlichen Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden ist dabei aber auch auf eine wachsende Zahl von Menschen zu verweisen, die als Singles leben.

6) Eine aktuelle empirische Untersuchung hierzu auf Basis des Mikrozensus 1988 liegt vor; vgl. H. Poschl: Formen des Zusammenlebens 1988, in: WiSta, Heft 10/1989, Seite 627 ff.

Auf den klassischen Familienhaushalt – bestehend aus einem elterlichen Ehepaar mit einem oder mehreren Kindern – entfallen nur noch gut ein Drittel aller Haushalte, wobei der Vergleich mit den Angaben für 1978 verdeutlicht, daß es gerade die großen Familien mit zwei und vor allem mit drei oder mehr Kindern sind, die zahlenmäßig seltener geworden sind.

Familienbildung und Erwerbstätigkeit im Spannungsverhältnis

Empirische Befunde aus der Repräsentativstichprobe „Mikrozensus“

Während vor 20 Jahren in den Familien eine Arbeitsteilung dergestalt üblich war, daß der Mann als Alleinverdiener tätig war, wohingegen die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmerte, gehen die Lebensentwürfe von Frauen mittlerweile nicht mehr nahezu selbstverständlich von diesem früheren Rollenschema aus. Dies zeigt sich zunächst bereits in einer deutlichen Verschiebung der Familiengründungsphase in ein höheres Lebensalter. So sind von den 25- bis 30jährigen Frauen derzeit noch mehr als ein Drittel ledig, während ihr Ledigenanteil vor 10 Jahren gerade bei knapp 15 % lag. Dabei spielen nicht zuletzt die zunehmenden Ausbildungszeiten eine Rolle, die sich bereits in einem tendenziell verlängerten Schulbesuch niederschlagen, an den sich der eigentliche berufliche Einstieg noch anschließt – zuweilen auch erst im Anschluß an ein Studium als weitere Bildungsetappe.

Eine Zunahme der Erwerbsorientierung von Frauen ist seit vielen Jahren zu verzeichnen. Die nichtverheirateten Frauen weisen inzwischen eine Erwerbsbeteiligung auf, die kaum der der Männer nachsteht; ihre Erwerbsquoten liegen im mittleren Altersbereich von 30 bis zu 50 Jahren mit gut 80 % nicht mehr weit von 100 % entfernt.

Privathaushalte insgesamt und Familienhaushalte 1978 und 1988 nach Zahl der Kinder*)

Jahr a = 1 000 b = %		Privathaushalte			Darunter Familienhaushalte ¹⁾					
		insgesamt	davon		zu- sammen	davon				
			mit Kindern ²⁾	ohne Kinder ²⁾		ohne Kinder ²⁾	mit ... Kind(ern) ²⁾			
						zu- sammen	1	2	3 und mehr	
1978	a	6 668,6	3 047,9	3 620,7	4 301,2	1 643,4	2 657,8	1 150,8	961,3	545,7
	b	100	45,7	54,3	64,5	24,6	39,9	17,3	14,4	8,2
1988	a	7 417,8	2 828,8	4 589,0	4 145,9	1 788,0	2 357,9	1 170,7	859,3	327,4
	b	100	38,1	61,9	55,9	24,1	31,8	15,8	11,6	4,4

*) Ergebnisse des Mikrozensus – 1) beide Ehepartner im Haushalt – 2) mit bzw. ohne ledige Kinder im Alter von unter 18 Jahren

Erwerbsquoten 1988 nach Geschlecht, Altersgruppen*)

Altersgruppe	Erwerbsquoten ¹⁾				
	insgesamt	männlich	weiblich		
			zusammen	davon	
				verheiratet	nicht verheiratet
Alter von ... bis unter ... Jahren					
15 – 20	36,9	40,5	33,0	(29,5)	33,0
20 – 25	77,0	80,3	73,4	58,4	78,3
25 – 30	74,7	85,7	62,9	52,4	79,3
30 – 35	75,9	94,7	56,5	48,5	85,2
35 – 40	76,9	97,2	56,7	51,1	82,1
40 – 45	76,7	97,5	55,8	50,4	83,3
45 – 50	74,4	95,8	52,2	46,6	79,3
50 – 55	68,9	91,9	45,7	40,6	66,4
55 – 60	55,4	75,6	34,7	30,2	48,4
60 – 65	18,0	29,5	8,8	7,0	12,1
65 und mehr	2,1	4,0	1,1	(1,3)	1,0

*) Ergebnisse des Mikrozensus – 1) Zahl der Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose) je 100 der Bevölkerung entsprechenden Alters, Geschlechts und Familienstandes

Für die verheirateten Frauen sind die Erwerbsquoten dagegen erheblich niedriger. Sie erreichen im mittleren Altersbereich gerade die 50%-Marke. Allerdings läßt sich nachweisen, daß es die zunehmenden Erwerbsquoten bei den verheirateten Frauen sind, die zu Zuwächsen bei der Zahl weiblicher Erwerbspersonen führen; für die unverheirateten Frauen ist eine hohe Erwerbsbeteiligung schon seit Jahren kennzeichnend.

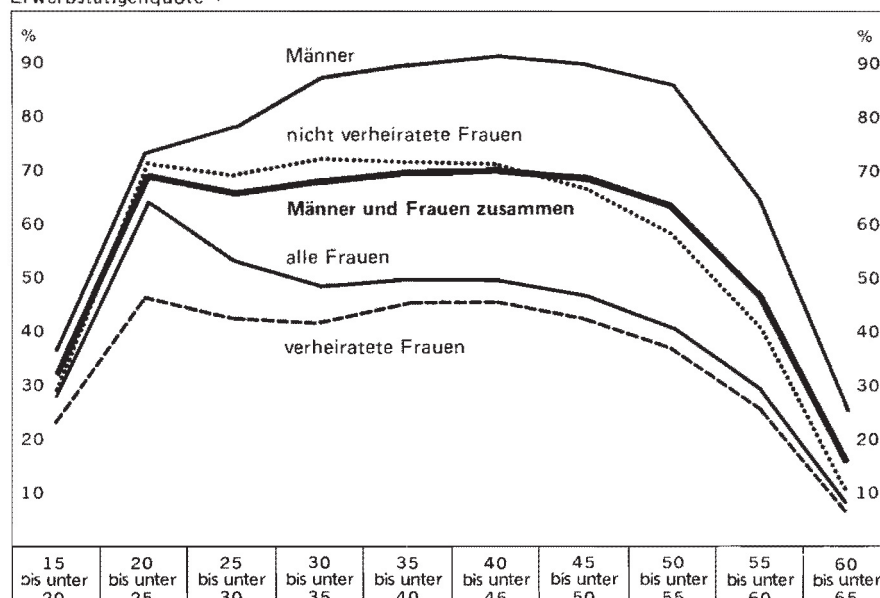
Stärker noch als der Familienstand erweist sich das Vorhandensein von

Kindern als für den Erwerbsstatus der Frauen entscheidend. Verheiratete Frauen weisen – solange keine Kinder zu versorgen sind – eine vergleichbar starke Erwerbsorientierung auf wie unverheiratete Frauen. Die Erwerbstätigenquote, die hier aussagefähiger erscheint als die bislang verwandte Erwerbsquote, ist bei den kinderlosen verheirateten Frauen bis zum Alter von 40 Jahren sogar noch merklich höher als bei den gleichaltrigen unverheirateten Frauen⁷⁾.

7) Die Grenzen zwischen Nichterwerbspersonen (Hausfrauen) und erwerbslosen, gleichwohl arbeitssuchenden Frauen sind wenig trennscharf, so daß sich ein Bezug auf die Erwerbstätigkeit als faktisch eindeutiges Merkmal empfiehlt.

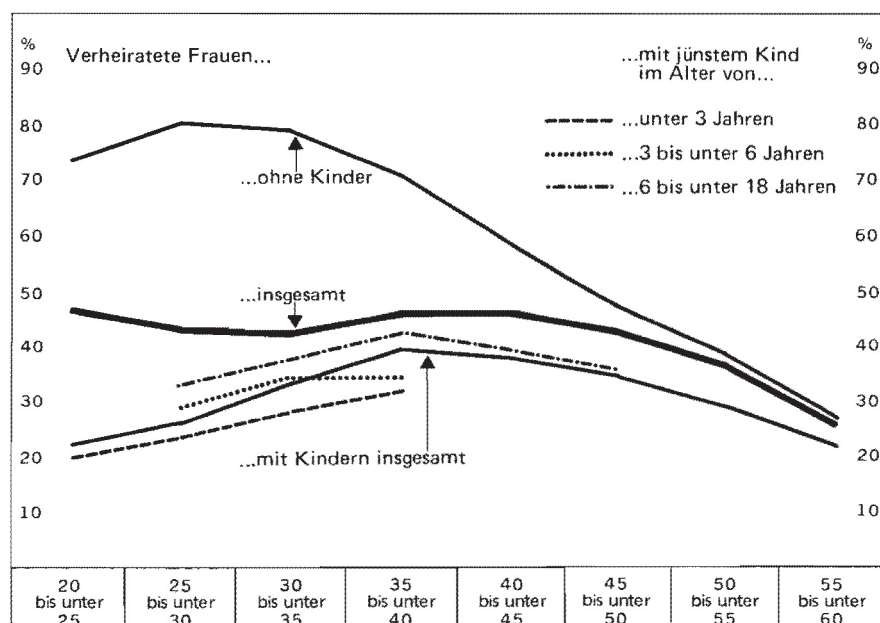
Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern¹⁾

Erwerbstätigenquote²⁾



1) Quelle: Mikrozensus 1988 - 2) Erwerbstätige je 100 Personen entsprechenden Alters, Geschlechts und Familienstands

Erwerbstätigenquoten verheirateter Frauen¹⁾



1) Quelle: Mikrozensus 1988

Es ist aufschlußreich, weiter nach dem Alter der Kinder zu differenzieren; denn für die Mutter ist die Betreuungssituation bei Kleinkindern unter 3 Jahren offensichtlich anders als bei Kindern im üblichen Kindergarten-

Es ist aufschlußreich, weiter nach dem Alter der Kinder zu differenzieren; denn für die Mutter ist die Betreuungssituation bei Kleinkindern unter 3 Jahren offensichtlich anders als bei Kindern im üblichen Kindergarten-

(3 bis 5 Jahre) oder im Schulalter (ab 6 Jahren).

Die Graphik bestätigt, daß die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im Schulalter deutlich höher ausfällt als bei jüngeren Kindern, wobei noch erhebliche Unterschiede der Erwerbsbereitschaft zwischen den Müttern von Kleinkindern und denen von 3- bis 5jährigen Kindern bestehen, die häufig einen Kindergarten besuchen.

Die angeführten Zusammenhänge sind Ausdruck des Spannungsverhältnisses zwischen Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung, dem Mütter mit kleinen Kindern besonders stark ausgesetzt sind. Dabei ist es aufschlußreich, zusätzlich auch zwischen Voll- und Teilzeitarbeit zu differenzieren. Der Vergleich der Eckzahlen für die Arbeitsverhältnisse mit bis zu 20 Stunden normaler Wochenarbeitszeit zeigt, daß sich auf dem Gebiet Teilzeitarbeit in den letzten 10 Jahren einiges bewegt hat. Die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen hat sich um rd. 30 % erhöht, ihr Anteil an allen Erwerbstätigen auf gut 7 %, wobei unter den erwerbstätigen Männern Teilzeitarbeit nach wie vor praktisch ohne Bedeutung ist.

Erwerbstätige 1978 und 1988 nach Geschlecht und normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit*)

Geschlecht	a = 1978 b = 1988	Erwerbstätige	
		insgesamt	darunter mit einer Wochenarbeitszeit von 20 und weniger Stunden
		1 000	%
Insgesamt	a	6 739,4	370,6
	b	6 892,1	504,6
Männlich	a	4 458,5	36,0
	b	4 390,3	60,3
Weiblich	a	2 280,9	334,6
	b	2 501,8	444,3

*) Ergebnisse des Mikrozensus

Der immer noch geringe Anteil der Teilzeitarbeit an den Beschäftigungsverhältnissen insgesamt sollte aber über die große Bedeutung, die Teilzeitarbeit gerade für Frauen mit Kindern hat, nicht hinwegtäuschen. Stellt man auf die Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren ab, die für die Betrachtung des Spannungsverhältnisses von Familie und Erwerb von zentraler Bedeutung sind, so zeigt sich, daß für diese Frauen – soweit sie Kinder haben – die Teilzeitarbeit einen bemerkenswert hohen Stellenwert hat; gut jedes dritte Arbeitsverhältnis weist eine normale Wochenarbeitszeit bis zu 20 Stunden auf.

Wenig Aufmerksamkeit ist in der Bevölkerungswissenschaft bislang dem Bildungsniveau von Frauen als Einflußfaktor für ihre Orientierung im Spannungsverhältnis zwischen Familie und Erwerb geschenkt worden. Dabei läßt sich ein deutlicher Zusammenhang sowohl zwischen dem Bildungsstand und dem Grad der Erwerbstätigkeit als auch zwischen Bildungsstand und der Kinderzahl verzeichnen.

Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf interessante Ergebnisse, die auf der Basis von Lebenslaufdaten einer repräsentativen Stichprobe von gut 2 000 Personen aus den Jahren 1980 bis 1983 erarbeitet wurden⁸⁾. Wenngleich die dortigen Ergebnisse stärker differenziert sind, passen sie soweit vergleichbar zu den folgenden Untersuchungsergebnissen, die auf 170 000 befragten Mikrozensus-Personen aus dem Jahr 1987 basieren, gut ins Bild.

Mit zunehmendem Bildungsstand nimmt bei den Frauen die Erwerbsorientierung offensichtlich stark zu. Die Erwerbstätigenquoten bei Frauen

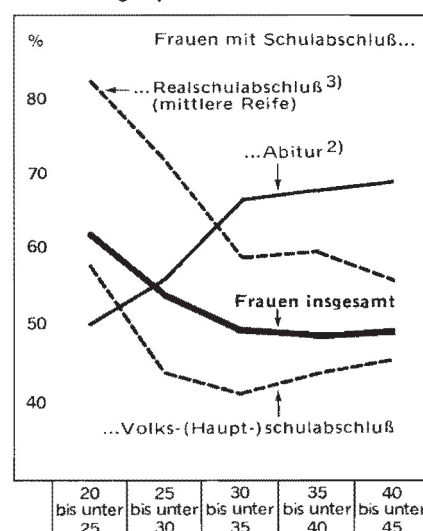
Frauen im Alter von 20 bis unter 40 Jahren im Jahre 1988 nach Erwerbstätigkeit, normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit und nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes*)

Frauen ohne/mit Kinder(n) Altersgruppe des jüngsten Kindes	Frauen im Alter von 20 bis unter 40 Jahren				
	insgesamt	darunter Erwerbstätige			
		zusammen		darunter mit einer Wochenarbeitszeit von 20 und weniger Stunden	
		1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾
Insgesamt	2 495,1	1 359,3	54,5	190,7	7,6
ohne Kinder ²⁾	1 297,8	954,9	73,6	43,0	3,3
mit Kindern ²⁾	1 197,3	404,4	33,8	147,7	12,3
davon mit jüngstem Kind im Alter von ... Jahren					
unter 3	434,2	109,2	25,1	35,3	8,1
3 bis unter 6	262,0	86,1	32,9	37,5	14,3
6 bis unter 18	501,1	209,1	41,7	74,9	14,9

*) Ergebnisse des Mikrozensus – 1) Prozent von „insgesamt“ – 2) ledige Kinder im Alter von unter 18 Jahren

mit Abitur gehen z. B. nach unterdurchschnittlichem Einstieg im Alter von 20 bis 24 Jahren, einer Phase, die noch häufig der Weiterqualifizierung gewidmet sein dürfte, später auf knapp 70 % hoch. Frauen mit Volks- oder Hauptschulabschluß als höchster schulischer Qualifikation gehen demgegenüber zu weniger als der Hälfte einer Erwerbstätigkeit nach. Offensichtlich verstärkt sich mit wachsender Schulbildung der Wunsch, das Erlernte später im Beruf auch tatsächlich anzuwenden.

Erwerbstätigenquoten von Frauen¹⁾

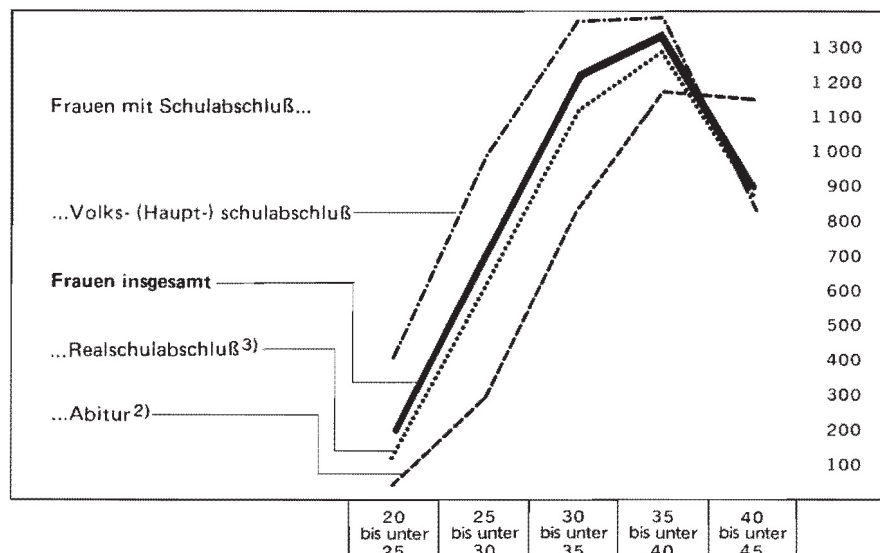


1) Quelle: Mikrozensus 1987 –
2) einschl. Fachabitur, Fachhochschulreife –
3) oder gleichwertiger Abschluß

Negativ korreliert ist das schulische Qualifikationsniveau von Frauen dagegen mit ihrer Kinderzahl. So haben Frauen mit Abitur im Durchschnitt insgesamt deutlich weniger Kinder als Frauen mit Realschulbildung oder mit Volks- bzw. Hauptschulabschluß. Gleichzeitig zeigen sich starke Altersunterschiede bei der Elternschaft der Frauen in Abhängigkeit vom Bildungsgrad. Während Frauen mit Volks- oder Hauptschulabschluß z. B. bereits im Alter von 25 bis 29 Jahren das Gros der Kinder bekommen und im Alter über 40 Jahren schon weniger Kinder im Haushalt zu betreuen haben, da diese zunehmend den elterlichen Haushalt verlassen, um auf eigenen Füßen zu stehen, beginnt die Phase der Elternschaft bei Realschulabsolventinnen und Abiturientinnen typischerweise erst mit dem Alter 30. Bei den Abiturientinnen ist, wie die Betrachtung der Gruppe der 40- bis 44jährigen zeigt, von einer Entlastung durch sinkende Kinderzahlen bis zum Alter von Mitte 40 aber noch nichts zu bemerken; die Phase der Kinderbetreuung ist bei den Frauen mit höherer und tendenziell längerer (Aus-)Bildung offenbar in einen späteren Lebensabschnitt verschoben, so daß sie später einsetzt, aber auch später beendet wird.

8) Vgl. J. Huinink: Ausbildung, Erwerbsbeteiligung von Frauen und Familienbildung im Kohortenvergleich, in: Proceedings ..., Seite 136 ff.

Durchschnittliche Kinderzahl je 1000 Frauen¹⁾



1) Quelle: Mikrozensus 1987 - 2) einschl. Fachabitur, Fachhochschulreife - 3) oder gleichwertiger Schulabschluß

Eine Meßziffer, die häufig Verwendung findet, um anzugeben, ob eine Bevölkerung sich auf lange Sicht in einem Wachstums- oder Schrumpfungsprozeß befindet oder stabil ist, ist die Nettoreproduktionsrate. Für einen Wert von 1, der langfristig eine Stabilität der Bevölkerungszahl sicherstellt, sind dabei im Durchschnitt etwas mehr als 2 geborene Kinder je Frau erforderlich⁹⁾.

Es zeigt sich, daß die Kinderzahl der Frauen aller betrachteten Bildungsschichten deutlich unter der für eine stabile Bevölkerung erforderlichen Größenordnung von 2 bleibt. Denn man wird in Anlehnung an das Schaubild zumindest näherungsweise die Maxima der Kurvenzüge für die durchschnittliche Zahl der Kinder von Frauen je nach Bildungsschicht ansetzen können, die lediglich zwischen knapp 1,4 (Frauen mit Volksschulbil-

dung) und knapp 1,2 (Frauen mit Abitur) und damit deutlich unterhalb von 2 liegen¹⁰⁾.

Schlußbemerkung

Die Haushalts- und Familienstrukturen haben sich merklich gewandelt. Die Lebensgemeinschaften sind durch eine zunehmende Vielfalt von Formen gekennzeichnet, wobei neben Ehe und Familie zunehmend eheähnliche Partnerschaften – teilweise mit Kindern –, aber auch unvollständige Familien mit einem Elternteil – meist ist es die alleinerziehende Mutter – sowie Alleinlebende in Single-Haushalten treten.

Zwar sind von den 35jährigen Männern und Frauen die meisten nach wie vor (1988: 73 % bzw. 80 %) verheiratet. Ehe und Familie sind demnach auch heutzutage noch die dominierende Form der Lebensgemeinschaft; sie sind aber angesichts anderer Formen des Zusammenlebens weniger verbindlich. Wie die gestiegene Zahl der Scheidungen zeigt, ist die Institution der Ehe zugleich weniger stabil als früher.

Die Zahl der Kinder ist auf ein bemerkenswert niedriges Niveau zurückgefallen. Da Kinder nach wie vor überwiegend in Ehen geboren werden, schlagen die zunehmenden Ledigenquoten negativ zu Buche. Darüber hinaus ist festzustellen, daß auch die durchschnittliche Kinderzahl in den Ehen zurückgegangen ist.

Es gibt viele Hinweise dafür, daß das gesellschaftliche Verständnis von der Rolle der Geschlechter einem einschneidenden Wandel unterliegt. Forderungen nach Chancengleichheit im schulischen und beruflichen (Aus-) Bildungsbereich erweisen sich anhand der aktuellen Zahlen faktisch als weitgehend eingelöst¹¹⁾. Daher erscheint es folgerichtig, wenn Chancengleichheit nun auch für den Arbeitsmarkt gefordert wird. Deutlich zu erkennen ist eine zunehmende Erwerbsorientierung der Frauen. Dies wird gerade bei den verheirateten Frauen offenkundig – zumal die unverheirateten Frauen seit jeher Erwerbsquoten aufweisen, die denen der Männer nur wenig nachstehen. Dabei ist auf die besondere Bedeutung zu verweisen, die Teilzeitarbeitsplätze für Frauen mit Kindern haben;

9) Der Wert von 2,0 wäre geringfügig zu niedrig, weil einige wenige Frauen bereits sehr früh sterben und in der Reproduktionsziffer keine Berücksichtigung finden. Zudem spielt die leichte Ungleichverteilung der Geschlechter – d. h. das Überwiegen der Knaben- geburten – hierfür eine Rolle.

10) Sofern davon auszugehen ist, daß die Kurvenmaxima eine Haushaltssituation beschreiben, in der praktisch alle Kinder bereits geboren sind, sich aber andererseits auch noch alle im elterlichen Haushalt befinden, geht diese Rechnung auf. Die Lage der Maxima bei einem Lebensalter der Mutter um die 35 bis 40 Jahre paßt zu dieser Annahme. Hervorzuheben ist auch die gute Übereinstimmung, die das Maximum für die Frauen insgesamt mit durchschnittlich 1,35 Kindern mit dem sich aus der Nettoreproduktionsraten-Berechnung ergebenden Wert (1988: Nettoreproduktionsrate = 0,6; dies entspricht durchschnittlich 1,3 Kindern je Frau) hat.

11) Betrachtet man z. B. den Mädchenanteil, der in den allgemeinbildenden Schulen insgesamt bei knapp 50 % liegt, nach Schulformen, so zeigt sich, daß die Zahl der Mädchen seit Ende der 70er Jahre auch im Gymnasium die der Jungen übertrifft. In der Realschule sind traditionell schon seit langem die Mädchen in der Mehrzahl. Deutlich unterrepräsentiert sind Mädchen mit rd. 40 % dagegen in der Hauptschule.

der hohe Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen verdeutlicht deren besondere Attraktivität für die beschäftigten Mütter.

Wie jüngste empirische Untersuchungen zeigen, bleibt die Hausarbeit nach wie vor überwiegend Aufgabe der Frauen¹²⁾. So kommt es bei verheirateten erwerbstätigen Frauen zu einer „Doppelbelastung“, die dadurch ent-

steht, daß auch bei gemeinsamem beruflichen Engagement kaum Hausarbeiten vom männlichen Partner übernommen werden. Ein solches Rollenverständnis der Männer erleichtert den Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht; Kinder und Karriere schließen sich dabei weitgehend aus.

Es ist nicht zu übersehen, daß familienbedingte Erwerbsunterbrechungen Stillstand der beruflichen Entwicklung bedeuten, wenn nicht gar mit Dequalifizierung und Rückschritt zu rechnen ist, und auch der Übergang zur Teilzeitarbeit dürfte die beruflichen Aussichten eher verschlechtern. Die mit einer Auflösung der Familie verbundenen Risiken treffen daher gerade den Partner, der den eigenen Erwerb zugunsten der Familie zurückgestellt hat – nach her-

kömmlichem Rollenmuster ist das überwiegend noch die Frau in der Partnerschaft.

Wenngleich es andere Formen gibt, dieses Risiko zumindest materiell besser auszugleichen, gewinnt vor diesem Hintergrund das Ideal der „symmetrischen Familie“ an Überzeugung – eine Vorstellung, nach der Erwerbs- und Familienarbeiten zwischen den Partnern gleichmäßig aufgeteilt sind. Aber selbst in Schweden, dem Land, das in dieser Hinsicht am weitesten fortgeschritten ist, ist die Wirklichkeit diesem Ideal bislang nur ansatzweise nähergekommen¹³⁾.

12) Dies zeigen Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von rd. 3 500 Beschäftigten, die von Ende 1988 bis Anfang 1989 im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) durchgeführt wurde. Hiernach werden von erwerbstätigen Frauen im Schnitt arbeits-täglich weitere drei Stunden im Haushalt aufgewandt, während es bei den Männern lediglich 1,2 Stunden sind, und 32 % der erwerbstätigen Männer geben an, keinerlei Hausarbeit zu machen – bei den erwerbstätigen Frauen trifft dies auf lediglich 4 % zu. Vgl.: Report zu Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünschen in der Bundesrepublik, Köln 1989, Seite 145 ff.

13) Vgl. hierzu R. Schulz: Strategien für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 3/1988, Seite 251 ff., hier: Seite 271 ff.

Verdienste der Industriearbeiter und Angestellten im Januar 1990

Der durchschnittliche **Bruttostundenverdienst nordrhein-westfälischer Industriearbeiter** war im Januar 1989 19,77 DM um 4,9 % höher als im Januar 1989. Die Zuwachsrate hatte vor einem Jahr 3,4 % betragen (Januar 1989/88). Der Bruttostundenverdienst wird für alle Leistungsgruppen und einschl. Überstunden berechnet, jedoch ohne in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen.

Der Durchschnittslohn in der Industrie insgesamt (19,77 DM) wurde von den Verdiensten im Bereich der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung mit 23,54 DM/Std. deutlich übertroffen; ebenfalls überdurchschnittliche Löhne wurden im Bergbau (21,57 DM) und in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (20,88 DM) ermittelt. In der Investitionsgüterindustrie erreichte der Durchschnittslohn 19,55 DM und im Hoch- und Tiefbau 19,17 DM, während für die Verbrauchsgüterindustrie 17,90 DM und für die Nahrungs- und Genuß-

mittelindustrie 17,13 DM errechnet wurden.

Der Bruttowochenverdienst der männlichen Arbeiter lag bei durchschnittlich 827 DM und damit um 4,3 % höher als im Januar 1989. Bei den Arbeiterinnen betrug er 570 DM (+3,4 %), was vor allem auf abweichende Beschäftigtenstrukturen (Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre, geleistete Arbeitsstunden u. ä.) zurückzuführen ist.

Die regelmäßigen **Verdienste der Angestellten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich** Nordrhein-Westfalens (ohne leitende Kräfte) waren im Januar 1990 um 4,1 % höher als vor Jahresfrist; sie erreichten im Durchschnitt 4 301 DM. Der Gehaltszuwachs hatte Januar 1989/88 3,4 % betragen.

Von dem Durchschnittsgehalt wichen die Angestelltenverdienste in den ver-

schiedenen Wirtschaftszweigen und Berufen z. T. erheblich ab: In der Industrie wurde ein regelmäßiges monatliches Durchschnittsgehalt von 4 857 DM ermittelt; im Versicherungsgewerbe betrug es wegen anderer Tätigkeiten und Ausbildungsgänge 4 333 DM, bei Kreditinstituten 4 109 DM, im Großhandel 4 036 DM und im Einzelhandel 2 937 DM.

Männliche Angestellte verdienten im Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche 4 913 DM (+3,4 %), während weibliche Angestellte – insbesondere wegen abweichender Beschäftigtenstrukturen (Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre u. ä.) – auf 3 191 DM (+5,2 %) kamen. In den technischen Berufen, in denen weibliche Angestellte mit einem Anteil von 8,2 % nur schwach vertreten waren, erzielten die Männer im Durchschnitt sogar ein Monatsbrutto von 5 201 DM; dies waren 11,2 % mehr als bei ihren kaufmännischen Kollegen (4 679 DM).

Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978 – 1987

Bei den seit 1978 in der heutigen Form durchgeführten jährlichen Investitionserhebungen im nordrhein-westfälischen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe werden produzierende Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau mit 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen aus den übrigen Wirtschaftsbereichen befragt. Erhebungsmerkmale sind neben Investitionen (einschl. Umweltschutzinvestitionen) die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen sowie die Material- und Warenbestände. Die Darstellung der ermittelten Ergebnisse erfolgt anhand der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). Da es sich um Ergebnisse auf der Ebene von Betrieben handelt, kann eine Auswertung sowohl für das Land Nordrhein-Westfalen als auch in tieferer regionaler Aufgliederung erfolgen. Neben der sektoralen und regionalen Betrachtung können die Investitionen auch nach Betriebsgrößenklassen gegliedert werden. Investitionskennzahlen geben einen weiteren Einblick in die Bedeutung der Investitionstätigkeit der Betriebe. Abgerundet wird dieser Beitrag mit einer kurzen Darstellung der Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen (Leasing).

Von 1978 bis 1987 investierten die nordrhein-westfälischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau insgesamt rd. 156,5 Mrd. DM. Der weitaus größte Anteil wurde mit rd. 130 Mrd. DM für Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen aufgewendet. Etwa 23,5 Mrd. DM betrug die Investitionssumme in dieser Dekade für Gebäude und bebaute Grundstücke. Für unbebaute Grundstücke wurden in diesem Zeitraum knapp 3 Mrd. DM investiert.

Schwerpunkte der Investitionen in den Betrieben waren demzufolge die Erhaltung und Erneuerung von Produktionsmitteln. Der Kauf von Immobilien ist demgegenüber zweitrangig. (Siehe Tabelle S. 344.)

Die Investitionen der nordrhein-westfälischen Betriebe im Zeitraum von 1978 bis 1987 stellen ein gutes Viertel der gesamten Investitionssumme des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau im Bundesgebiet dar; an den Aufwendungen für Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen (rd. 465 Mrd. DM) waren die Betriebe zwischen Rhein und Weser ebenfalls mit ca. 25 % beteiligt.

In der Tendenz stieg von 1978 (rd. 11,8 Mrd. DM) bis 1987 (rd. 18,5 Mrd. DM) das jährliche, nicht preisbereinigte Investitionsvolumen der nordrhein-westfälischen Betriebe an. Rückgänge zum jeweiligen Vorjahr gab es in den Jahren 1982 und 1984. Die Investitionen je Beschäftigten erhöhten sich tendenziell relativ noch stärker, da die Zahl der Beschäftigten im Untersuchungszeitraum abnahm. 1978 wurden 5 234 DM je tätige Person investiert, im letzten Beobachtungsjahr bereits 9 451 DM. Daraus kann gefolgert werden, daß die Arbeitsplätze im Gewerbe kapitalintensiver geworden sind. Gemessen am jeweiligen Jahresumsatz schwankten die Investitionen in Nordrhein-Westfalen zwischen 3,8 % (1984) und 4,6 % (1987). Diese Kennziffer oszilliert um ein relativ konstantes Niveau, wobei in den einzelnen Jahren durchaus etwas stärkere Ausschläge auftreten können.

Die vergleichbaren Kennziffern – allerdings für Unternehmen – liegen im Bundesgebiet etwas höher. So betrugen hier 1978 die Investitionen je Beschäftigten 5 432 DM und im Jahr 1987 10 903 DM. Die Werte für die Relation Investitionen zu Umsatz schwankten zwischen 3,9 % (1984) und 5,2 % (1987). (Siehe Tab. S. 344.)

Im Beobachtungszeitraum stieg auch die Investitionssumme an, welche je Betrieb durchschnittlich gemeldet wurde. 1978 betrug der entsprechende Wert rd. 1,2 Mill. DM, im letzten Untersuchungsjahr bereits gut 2 Mill. DM. Ähnlich wie beim Verhältnis Investitionen je Beschäftigten ist das Ansteigen dieser Quote auf den Rückgang der Betriebszahl bei gleichzeitigem Anstieg der Investitionen zurückzuführen.

Bei der ersten Betrachtung der jährlichen Investitionen von 1978 bis 1987 zeigt sich, daß im Jahre 1984 die Investitionsneigung der nordrhein-westfälischen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes etwas stärker rückläufig war. Ein Grund hierfür war wohl das Auslaufen eines Investitionsförderungsprogramms zum Ende des Jahres 1983, in dessen Rahmen damals die Betriebe eine Investitionszulage von 10 % geltend machen konnten. Auch im Bundesgebiet war das absolute Investitionsvolumen 1984 rückläufig, doch vergleichsweise schwächer ausgeprägt.

Die bisherige globale Betrachtung verdeckt viele Sonderentwicklungen sektoraler Art, welche erst durch eine Darstellung nach Hauptgruppen und ausgewählten Wirtschaftszweigen offengelegt werden. So waren besonders die Betriebe des nordrhein-westfälischen Bergbaus durch unterschiedliche ökonomische Entwicklungen gezwungen, ihre Investitionen neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Von 1978 bis 1982 ergab sich von Jahr zu Jahr ein höheres Investitionsvolumen. Die Investitionssumme stieg in dieser Zeit von rd. 1,3 Mrd. DM auf knapp 2,5 Mrd. DM beträchtlich an. Diese Entwicklung wurde wohl auch durch die Verpflichtung der Elektrizitätswirtschaft gestützt, dem Bergbau jährlich eine konstante Tonnage der Kohleförderung abzunehmen (Jahrhundert-

vertrag). Die Investitionen für Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen schwankten zwischen gut einer Milliarde DM (1978) und rd. zwei Milliarden DM (1982). 1983 wurde ein erster Rückgang des Investitionsvolumens registriert, und ein Jahr später erfolgte ein noch größerer Einbruch. Der Bergbau investierte 1984 mit annähernd 1,8 Mrd. DM um etwa ein Viertel weniger als im Vorjahr. Auch dieses Niveau wurde in den Folgejahren nicht gehalten: 1987 lagen die Investitionen unter 1,7 Mrd. DM und damit nur geringfügig über dem Vergleichswert von 1980 (siehe Tabelle S. 345). Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Stahlindustrie – gleichfalls ein großer Abnehmer von Kohle – bedrängten in diesen Jahren ebenfalls den nordrhein-westfälischen Bergbau.

Bei der Kennziffer Investitionen je Beschäftigten ist deren Verlauf in drei Zeitabschnitte aufzuteilen. Von 1978 (6 910 DM) bis 1982 (13 557 DM) stiegen die Werte an, dann folgte ein kurzes Verharren (1983: 13 410 DM). Ab 1984 lag die Kennziffer zwischen 10 411 DM (1985) und 10 686 DM (1986) und damit auf einem annähernd konstanten Niveau. Ähnlich ist es auch mit dem Verhältnis Investitionen zum Umsatz. Von 1978 (7,7 %) bis 1982 (11,2 %) ergab sich tendenziell eine Zunahme, 1983 mit 10,0 % ein leichter Rückgang, und von 1984 bis 1987 schwankte die Quote zwischen 6,7 % (1985) und 7,1 % (1987) auf einem über dem Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau liegenden Niveau, welches jedoch unterhalb der Ausgangslage zu Beginn des Beobachtungszeitraumes lag. Die wirtschaftlichen Aktivitäten des bundesdeutschen – und damit vor allem auch des nordrhein-westfälischen – Bergbaus wurden von den finanziellen Mitteln der öffentlichen Hand und vom Stromverbrauch gestützt und beein-

flußt. Die Investitionen im Bergbau sind demzufolge abhängig von den Subventionen an den Bergbau.

Die Betriebe, die dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe zugehören, stellten das größte Investitionsvolumen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. In den Jahren von 1978 bis 1987 investierten sie eine Summe von rd. 58,4 Mrd. DM, darunter den weitaus größten Teil (fast 50 Mrd. DM) für Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Der jährliche Investitionsbetrag schwankte dabei zwischen 4,4 Mrd. DM und rd. 7,2 Mrd. DM (1985), wobei nach einem Anstieg von 1978 bis 1980 das Volumen wieder auf ein Zwischentief von rd. 5,2 Mrd. DM (1984) fiel. Die jährlichen Investitionen dieser Hauptgruppe – bezogen auf die Beschäftigten – betrugen zwischen 7 026 DM (1978) und 13 488 DM (1985), dabei bewegte sich diese Kennziffer in den beobachteten Jahren genauso wechselhaft wie das jährliche Investitionsvolumen. Unstet war im Verlauf der Jahre auch das Verhältnis der Investitionen zum Umsatz. 1984 betrug diese Maßziffer nur 3,1 %, im letzten Beobachtungsjahr wurden 4,7 % erreicht. Damit erreichten diese Werte für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe etwa das gleiche Niveau wie die Maßziffer für das gesamte Verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau, während die Investitionen je Beschäftigten über der vergleichbaren Kennziffer für den Gesamtbereich lagen (siehe Tabelle Seite 345).

Das beträchtliche Investitionsvolumen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wird unter anderem durch die hohen Investitionssummen der chemischen Industrie getragen. Die chemische Industrie ist der Wirtschaftszweig mit den höchsten jährlichen Investitionssummen im nordrhein-westfälischen Verarbeitenden

Gewerbe einschließlich Bergbau. Die Chemiebetriebe investierten in den vergangenen 10 Jahren mehr als 23 Mrd. DM. In den Jahren 1978, 1979 und 1983 wurde die 2 Milliarden DM-Marke nur knapp verfehlt, ansonsten meldeten die Betriebe jährlich mehr als 2 Mrd. DM an Investitionen und 1987 waren es sogar 3,2 Mrd. DM. Die hohen Investitionssummen spiegeln die gute wirtschaftliche Situation der vergangenen Jahre für die Chemiebranche wider, dabei entfällt das hohe Investitionsvolumen auf eine relativ niedrige Zahl von Betrieben. Auch führten die Diskussionen um den Umweltschutz und die gestiegenen Anforderungen auf diesem Gebiet an die Chemiebranche zu großen Investitionen. Das Ansteigen der Investitionen bei gleichzeitigem leichtem Rückgang der Beschäftigung ließ die Kennziffer Investitionen je Beschäftigten von 9 467 DM (1978) auf 16 315 DM (1987) stark wachsen. Damit wurde eine weit über dem Durchschnitt liegende Quote erreicht. Auf das Verhältnis der Investitionen zum Umsatz schlug die Entwicklung der Investitionssumme nicht im gleichen Maße durch, da die chemische Industrie in dem untersuchten Zeitraum auch ein größeres Umsatzwachstum verbuchen konnte. Trotzdem konnte 1987 eine überdurchschnittliche Kennziffer von 5,2 % ermittelt werden (siehe Tabelle Seite 345).

Innerhalb des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ist die eisen-schaffende Industrie der zweitgrößte Investor. Die gut 120 Betriebe zusammen wiesen ab 1979 jährlich jeweils mehr als eine Milliarde DM an Investitionen auf. Das höchste jährliche Investitionsvolumen wurde mit fast 2,2 Mrd. DM 1985 getätigt, dabei nahm das jährliche Investitionsvolumen jedoch einen sehr unstetigen Verlauf. Da in den gleichen Jahren ein starker Personalabbau zu verzeichnen war, stiegen die Investitionen je Beschäftigten der Tendenz nach an, doch die einzelnen jährlichen ermittelten Werte schwankten zwischen

4 760 DM (1978) und 14 111 DM (1985). Nicht nur die Investitionen und die Beschäftigtenzahlen zeigen die Strukturprobleme der letzten Jahre in der eisenschaffenden Industrie auf. Auch der jährlich erwirtschaftete Umsatz der Betriebe dieses in Nordrhein-Westfalen so bedeutungsvollen Wirtschaftszweiges verlief wechselhaft, so daß die Meßziffer „Investitionen zum Umsatz“ Werte zwischen 3,5 % (1978) und 6,3 % (1985) annahm (siehe Tabelle Seite 345).

Die Betriebe des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes investierten in dem untersuchten Zeitraum knapp 50 Mrd. DM. Die jährliche Investitionssumme bewegte sich zwischen rd. 3,7 Mrd. DM (1978) und rd. 6,3 Mrd. DM (1987) bei nahezu kontinuierlichem Anstieg. Etwa 80 % des gesamten Investitionsvolumens der beobachteten 10 Jahre entfielen dabei auf Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Einen fortlaufenden Anstieg zeigte auch die Quote „Investitionen je Beschäftigten“. 1978 wurden hier 3 981 DM errechnet, 1987 waren es 7 249 DM. In den letzten Jahren betrug das Verhältnis der Investitionen zum Gesamtumsatz 4,1 %, in den Jahren zuvor schwankte diese Kennziffer zwischen 3,6 % und 3,9 % (siehe Tabelle Seite 346).

Größter Investor im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe waren die Betriebe des Maschinenbaus. Mehr als 1 Mrd. DM wurde von diesen Betrieben jährlich aufgewendet, in den beiden letzten Jahren lagen die Beträge sogar über 1,7 Mrd. DM. Insgesamt investierte diese sehr exportorientierte Branche in der beobachteten Dekade mehr als 13 Mrd. DM. Je Beschäftigten investierten die Betriebe zu Beginn des Untersuchungszeitraumes 3 339 DM, und dies mit zunehmender Tendenz, so daß 1987

bereits 6 216 DM aufgewendet wurden. Gemessen am Umsatz schwankten die Investitionen pro Jahr zwischen 2,9 % und 3,9 %. Nicht nur das Ausland, sondern auch die einheimischen Unternehmen orderten seit Beginn des Wirtschaftsbooms bei den Betrieben des Maschinenbaus, was sich verstärkend positiv auf die Investitionsneigung der Maschinenbaubetriebe niederschlug (siehe Tabelle Seite 346).

Zweitgrößter Investor innerhalb des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes ist der Wirtschaftszweig Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten. Mit einer Ausnahme (1982) stiegen die jährlichen Investitionen von 1978 (rd. 587 Mill. DM) bis 1987 (rd. 1,2 Mrd. DM) stetig an. Die Investitionen je Beschäftigten erhöhten sich in dem gleichen Zeitraum ebenfalls fortlaufend von 3 219 DM (1978) auf 6 487 DM (1987) bei einer recht konstanten Beschäftigtenzahl von rd. 180 000 tätigen Personen. Obwohl der jährlich erzielte Umsatz anstieg, erhöhte sich im Trend auch die Relation Investitionen zum Umsatz von 3,2 % auf 4,3 % (siehe Tabelle Seite 346).

Ein weiterer großer Investor im nordrhein-westfälischen Investitionsgüter produzierenden Gewerbe ist der Wirtschaftszweig Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen u. a. In dem Zeitraum von 1978 bis 1987 überstiegen die jährlichen Zugänge auf den Anlagekonten häufig 1 Mrd. DM. Die geringste Investitionssumme wurde mit 848 Mill. DM 1980 gemeldet. Die jährlichen Investitionen je Beschäftigten schwankten in dem Beobachtungszeitraum zwischen 6 896 DM (1980) und 13 126 DM (1984) und lagen damit über dem Durchschnitt. Die Relation Investitionen zum Umsatz variierte zwischen 3,7 % im letzten Beobachtungsjahr und 6,8 % im Jahr 1984 (siehe Tabelle Seite 346). Beide Wirtschaftszweige profitierten von dem wirtschaftlichen Höhenflug der

letzten Jahre. Elektrotechnische Erzeugnisse aller Art fanden regen Absatz bei Industrie, Handel und Haushalten sowie im Dienstleistungsbereich. Trotz Diskussionen um Umweltbelastung und „Verkehrsinfarkt“ konnten auch die Produzenten von Straßenfahrzeugen, insbesondere die Automobilbauer, ihren Nutzen aus der konjunkturellen Entwicklung ziehen.

Das Verbrauchsgütergewerbe investierte in den vergangenen 10 Jahren rd. 20 Mrd. DM. Auch in dieser Hauptgruppe wurden gut 80 % des gesamten Volumens in Maschinen und Geschäftsausstattungen investiert. Die jährlichen Investitionen schwankten zwischen gut 1,6 Mrd. DM (1978) und fast 2,6 Mrd. DM (1987). Die Investitionen je Beschäftigten stiegen von 4 029 DM im Jahr 1978 auf 8 103 DM im Jahr 1987, blieben jedoch noch unter dem Durchschnitt für das gesamte Verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau. Das Verhältnis Investitionen zu Umsatz lag zwischen 3,5 % (1982) und 4,6 % (1987) (siehe Tabelle Seite 347).

Die größten Investoren innerhalb des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes sind die Betriebe der Wirtschaftszweige Herstellung von Kunststoffwaren und Textilgewerbe. Diese beiden Wirtschaftszweige stehen jedoch nicht an vorderster Stelle in der Rangfolge der Investitionsvolumina, da sie jedes Jahr innerhalb des Beobachtungszeitraums bedeutend weniger als 1 Mrd. DM für Investitionszwecke aufwendeten.

Von allen Hauptgruppen wies das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe das geringste Investitionsvolumen auf. Von 1978 bis 1987 investierten die Betriebe knapp 11 Mrd. DM. Wie bei den vorher beschriebenen Hauptgruppen entfielen auch hier rd. 80 % auf die Ausrüstungsinvestitionen.

Das jährliche Investitionsvolumen stieg von rd. 808 Mill. DM (1978) auf rd. 1,36 Mrd. DM (1987) an, wobei Schwankungen in den einzelnen Jahren auftraten. Die Investitionen je Beschäftigten lagen gut über dem Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau. 1978 betrug diese Quote 7 150 DM und im letzten Beobachtungsjahr 12 823 DM. Das Verhältnis Investitionen zu Gesamtumsatz blieb dagegen auf einem mäßigen Niveau. Die Spannbreite dieser Kennziffer lag zwischen 3,0 % (1985) und 4,1 % (1987). Getragen wird das Investitionsvolumen des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes fast ausschließlich von den Betrieben des Ernährungsgewerbes (siehe Tabelle Seite 347).

Die grobe Aufgliederung der Investitionen nach Hauptgruppen und Wirtschaftszweigen zeigt bereits Unterschiede insbesondere bei den Kennziffern „Investitionen je Beschäftigten“ bzw. „Investitionen zu Umsatz“. Weitere Unterschiede werden durch regionale Betrachtungen sichtbar.

Für die große Wirtschaftsregion Ruhrgebiet wurden in den Jahren von 1978 bis 1987 recht unterschiedliche jährliche Investitionssummen festgestellt. Mit rd. 3,3 Mrd. DM wurde 1978 der niedrigste Wert ermittelt, im Jahr 1985 lag das höchste Investitionsvolumen mit rd. 5,2 Mrd. DM vor. Insgesamt investierten im Ruhrgebiet die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau in der untersuchten Dekade rd. 43 Mrd. DM, darunter 36 Mrd. DM für Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Da die Zahl der Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor in den vergangenen Jahren fortlaufend abnahm, erhöhte sich in der Tendenz die jährliche Investitionssumme je Beschäftigten, und zwar von 5 105 DM

(1978) auf 9 469 DM (1987); dabei wurden zwischenzeitlich sogar 9 703 DM (1985) ermittelt. Diese Kennziffer unterschied sich für die Betriebe zwischen Ruhr und Lippe im Verlauf der Jahre nicht wesentlich von dem Wert für das gesamte Land. Der erwirtschaftete jährliche Gesamtumsatz entwickelte sich uneinheitlich und bewegte sich zwischen 89,9 Mrd. DM und 125 Mrd. DM. Auch die Relation zwischen Investitionen und Umsatz zeigte einen wechselhaften Verbrauch und schwankte zwischen 3,3 % (1982) und 4,4 % (1987) (siehe Tabelle Seite 347).

Innerhalb der Wirtschaftsregion Ruhrgebiet wies die kreisfreie Stadt Duisburg die höchsten jährlichen Investitionen auf; den Schwerpunkt bildete hier der Stahlbereich. Die Spannbreite der jährlichen Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe reichte in den vergangenen 10 Jahren von rd. 677 Mill. DM (1982) bis rd. 1,26 Mrd. DM (1985). Die Ein-Milliarden-DM-Schwelle wurde im Beobachtungszeitraum viermal übertroffen. Teilweise wurden weit über dem Landesdurchschnitt liegende Investitionen je Beschäftigten ermittelt. Der höchste Wert ergab sich im Jahr 1985 mit 15 588 DM. Auch das Verhältnis Investitionen zu Umsatz war in Duisburg überdurchschnittlich. Die Jahreswerte lagen zwischen 4,7 % (1982) und 8,3 % (1987) (siehe Tabelle Seite 347).

In dem teils großstädtisch, teils ländlich geprägten Regierungsbezirk Köln investierten die Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in den vergangenen 10 Jahren rd. 42 Mrd. DM. Von 1978 bis 1983 stieg die jährliche Investitionssumme fortlaufend von rd. 3,1 Mrd. DM auf 4,7 Mrd. DM an. In den Folgejahren blieb die Investitionssumme etwas unter diesem Höchstwert. Da die Zahl der tätigen Personen im gleichen Zeitraum überwiegend rückläufig war, erhöhten sich die Investitionen je Be-

schäftigten von bereits überdurchschnittlichen 6 898 DM (1978) auf 11 617 DM (1983). In den letzten drei Jahren wurde die 11 000-DM-Marke jeweils übertroffen. Die Relation zwischen Investitionen und Jahresumsatz pendelte im Beobachtungszeitraum zwischen 4,4 % (1984) und 5,4 % (1983) und war gleichfalls überdurchschnittlich (siehe Tabelle Seite 348).

Innerhalb des Regierungsbezirks Köln investierten die Betriebe des Kreises Aachen, des Erftkreises und der Stadt Köln am stärksten. Beispielhaft soll der Erftkreis näher untersucht werden. In der Montanstadt Duisburg stellten die Betriebe des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes den größten Anteil an den Investitionen, im Erftkreis waren es sowohl die Betriebe dieser Hauptgruppe als auch die Betriebe des Bergbaus. Die Förderung der Braunkohle im Tagebau erfordert hohe Investitionssummen und trägt demzufolge zu den überdurchschnittlichen Ergebnissen des Kreises bei. Die jährlichen Investitionssummen schwankten zwischen rd. 425 Mill. DM (1978) und rd. 876 Mill. DM (1985). Auffällig sind die hohen Investitionsbeträge je Beschäftigten. Im ersten Beobachtungsjahr betrugen sie 10 881 DM, im Jahr 1985 wurden 22 091 DM je Beschäftigten investiert. Das Verhältnis der Investitionen zum erzielten Jahresumsatz bewegte sich zwischen 4,0 % (1979) und 6,2 % (1987) (siehe Tabelle Seite 348).

In dem stärker ländlich geprägten Regierungsbezirk Detmold investierten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau jährlich zwischen einer guten Milliarde DM (1978) und knapp 2,3 Mrd. DM (1986). In Ostwestfalen bestimmen verstärkt kleinere Betriebe das dortige Wirtschaftsbild. Neben den im Land

weit verbreiteten Betrieben des Maschinenbaus sind in dieser Region u. a. Betriebe der Holzverarbeitung, des Bekleidungsgewerbes und des Ernährungsgewerbes angesiedelt. Die Investitionen je Beschäftigten stiegen tendenziell im Zeitablauf; zum Ende des Beobachtungszeitraumes war der Betrag mit 9 109 DM etwa doppelt so hoch wie zu Beginn. Die Relation Investitionen zu Umsatz lag bei 3,5 % bis 5,4 % (siehe Tabelle Seite 348).

Unterschiede in der Investitionsstruktur können – neben der Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen und Regionen – auch durch eine Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen sichtbar gemacht werden.

Die kleineren Betriebe des nordrhein-westfälischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten hatten nur einen sehr geringen Anteil an der Investitionssumme aller Betriebe. Dies war sowohl 1978 (0,3 %) als auch 1987 (0,4 %) zu beobachten. In diesen Wirtschaftseinheiten erfolgen größere Investitionsvorhaben häufig im mehrjährigen Turnus, ansonsten werden entweder keine oder nur geringe Investitionen getätigt. Die Anteile der nachfolgenden Beschäftigtengrößenklassen stiegen mit der Betriebsgröße an. Die Betriebe mit 20 bis 49 Beschäftigten stellten einen Anteil an den Gesamtinvestitionen von etwa 5 % und die Betriebe mit 100 bis 199 Beschäftigten bereits einen Anteil von annähernd 10 %. Die großen Betriebe mit 1 000 bis 4 999 Beschäftigten wiesen sowohl 1978 (27,4 %) als auch 1987 (28,9 %) mit Abstand die höchsten Investitionsanteile auf. Die größten Betriebe mit 5 000 und mehr Beschäftigten konnten in beiden Untersuchungsjahren Anteile von rd. einem Fünftel auf sich vereinigen. Die großen Betriebe müssen bereits zur Sicherung ihrer nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit jährlich hohe Investitionen tätigen.

Im Jahre 1978 wiesen die kleinsten Betriebe jedoch mit 10 835 DM die weitaus höchsten Investitionen je Beschäftigten auf. In den übrigen Beschäftigtengrößenklassen lagen die Investitionen je Beschäftigten nur zwischen 4 030 DM (50 bis 99 Beschäftigte) und 6 518 DM (500 bis 999 Beschäftigte). Auch 1987 verzeichneten die Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten die höchsten Investitionen je Beschäftigten (15 622 DM). Die Großbetriebe mit 5 000 und mehr Beschäftigten folgten bereits mit 14 210 DM, während die Investitionen je Beschäftigten bei den restlichen Betriebsgrößenklassen zwischen 6 326 DM und 9 994 DM pendelten. Bei den kleinen Betrieben ist auch das Verhältnis der Investitionen zu dem erzielten Umsatz überdurchschnittlich hoch. Bei Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten lag die Quote bei 5,7 % (1978) bzw. 4,8 % (1987). Im Jahre 1978 lag ansonsten die Quote für die einzelnen Beschäftigtengrößenklassen zwischen 3,4 % und 4,5 % und im letzten Beobachtungsjahr zwischen 3,7 % und 5,6 % (siehe Tabelle Seite 350).

Bei einer Aufgliederung der Betriebe nach Umsatzgrößenklassen bietet sich ein abweichendes Bild. Die größten Betriebe ab 100 Mill. DM Umsatz haben hier den mit Abstand gewichtigsten Anteil an den Investitionen. Er betrug 1978 gut die Hälfte (52,3 %) und im letzten Beobachtungsjahr sogar 61,7 %. Mit großem Abstand folgten die Betriebe der drei Umsatzgrößenklassen von 10 Mill. DM bis unter 100 Mill. DM. Ihre Anteile beliefen sich sowohl 1978 als auch 1987 auf jeweils rd. 10 %. Die restlichen Investitionen verteilen sich auf die Betriebe der übrigen Umsatzgrößenklassen. Bei den Betrieben ohne Umsatz dürfte es sich im Regelfall um Neugründungen handeln, die erst umfangreich investieren, bevor sie wirtschaftlich tätig werden und Umsätze erzielen (siehe Tabelle Seite 350).

Baugenehmigungen im ersten Quartal 1990

Im nordrhein-westfälischen Wohnungsbau ist die Zahl der Baugenehmigungen weiter angestiegen: Im ersten Quartal dieses Jahres wurde der Neubau von 7 578 Wohngebäuden mit zusammen 14 387 Wohnungen genehmigt. Im Vergleich zum ersten Vorjahresquartal bedeutet das eine Zunahme um 8,6 % bei den Gebäuden und um 29,0 % bei den Wohnungen.

Besonders hoch fiel der Zuwachs bei den Mehrfamilienhäusern (einschließlich Wohnheimen) aus: Hier wurden Baugenehmigungen für 900 Gebäude mit 6 875 Wohnungen (+68,8 %) erteilt. Gut ein Drittel (35,4 %) betrug der Anstieg bei den Zweifamilienhäusern (834 Genehmigungen), während bei Einfamilienhäusern (5 844) keine nennenswerte Veränderung gegenüber dem recht guten Ergebnis des ersten Quartals 1989 zu verzeichnen war. Die für neue Gebäude insgesamt veranschlagten reinen Baukosten beliefen sich auf 2,606 Mrd. DM (+20,4 %).

1 570 weitere Baugenehmigungen mit einem veranschlagten Kostenvolumen von 167 Mill. DM betrafen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, bei denen per Saldo 989 Wohnungen zusätzlich entstehen werden.

Produktion im Maschinenbau 1989

Die nordrhein-westfälischen Maschinenbaubetriebe konnten ihre Produktion im Jahre 1989 beträchtlich ausweiten: Der Wert der produzierten Maschinenbau-Erzeugnisse belief sich auf 46,5 Milliarden DM und war damit um 14 % höher als 1988. Die Produzenten von Hütten- und Walzwerkseinrichtungen meldeten sogar eine Steigerung um 70 %, offensichtlich eine Folge des anhaltenden Stahlbooms.

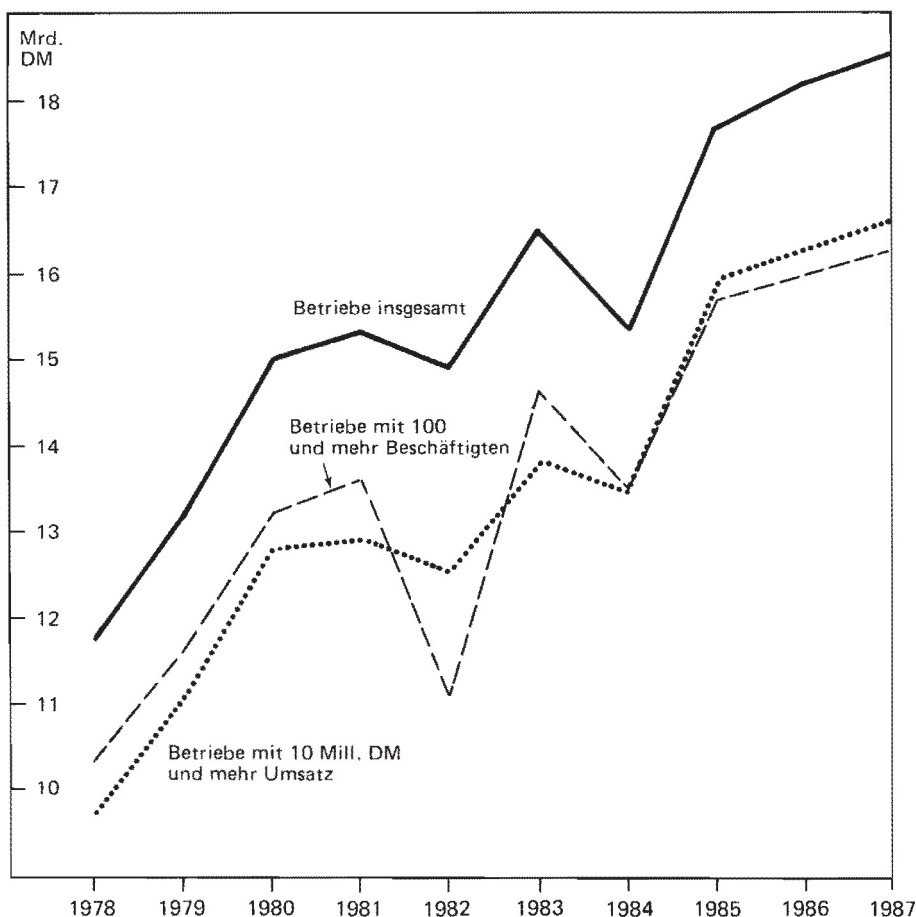
Die Schweißgeräte- und Schweißmaschinenhersteller im Lande erzielten ein Produktionsplus von 58 %. Ebenfalls zweistellig waren die Zuwachsraten bei den Herstellern von Anlagen für die chemische Industrie (+16 %), für die Nahrungsmittelindustrie (+13 %) und für die Bauindustrie (+11 %).

Fortsetzung auf der nächsten Seite

1978 waren die Investitionen je Beschäftigten in den Betrieben mit weniger als 100 Mill. DM Umsatz unterdurchschnittlich. Die Betriebe ab 100 Mill. DM Umsatz investierten demgegenüber mit 6 385 DM je Beschäftigten wesentlich mehr, als es dem Durchschnitt entspräche, und Betriebe ohne Umsatz erreichten sogar einen Wert um 6 857 DM. 1978 lag die Quote Investitionen zu Umsatz mit Ausnahme der Betriebe mit dem geringsten Umsatz (unter 5 Mill. DM) bei allen anderen Größenklassen unter 4 %. Auch 1987 stiegen die Investitionen je Beschäftigten mit der Umsatzgröße an. Die Bandbreite reichte von 4 184 DM (unter 5 Mill. DM Umsatz je Betrieb) bis 11 869 DM (100 Mill. und mehr DM Umsatz je Betrieb). Die Relation Investitionen zu Umsatz schwankte nur geringfügig zwischen 4,2 % und 4,6 %; sie lag jedoch höher als 1978.

Das Investitionsvolumen des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau wird maßgeblich von den mittleren und großen Betrieben getragen. In der Regel wiesen die Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten in den Jahren von 1978 bis 1987 Anteile am Investitionsvolumen von mindestens 80 % auf. Bemerkenswert ist hierbei die Gleichmäßigkeit des Anteils in der beobachteten Dekade. Etwa genauso gleichmäßig verläuft in dem gleichen Zeitraum der Anteil der Betriebe ab 10 Mill. DM Umsatz an den Investitionen. Gemessen am gesamten Investitionsvolumen besaßen sie Anteile zwischen 82,6 % (1978) und 90,2 % (1985). Der Anteil der zu diesem Ergebnis beitragenden Betriebe an der Gesamtzahl der Betriebe lag zuletzt bei einem Drittel (100 und mehr Beschäftigte) bzw. der Hälfte (10 Mill. DM Umsatz und mehr). Die mittleren und größeren Betriebe bestimmen also anscheinend sowohl

Investitionen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 1978 bis 1987 (einschl. Bergbau)



die Quantität des jährlichen Investitionsvolumens als auch den Investitionsverlauf des gesamten Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau.

Eine besondere Form der Investition ist das Leasing. Leasing erlaubt die Nutzung eines Wirtschaftsgutes, ohne zugleich das gesamte Kapital hierfür bereitzustellen. Umfangreiche Ergebnisse über das Leasing im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe liegen seit 1981 vor. Im Durchschnitt des Beobachtungszeitraums seit 1981 beträgt das Verhältnis der Aufwendungen für Leasing zu den im gleichen Jahr getätigten Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe etwa ein Fünftel. Die Aufgliederung

nach den Hauptgruppen zeigt jedoch zum Teil beträchtliche Abweichungen (siehe Tabelle Seite 349).

Im Bergbau schwankte seit 1981 das Verhältnis Leasing zu Investitionen zwischen 3,6 % (1982) und 6,6 % (1987). Dabei kann jedoch ein tendenzieller Anstieg der jährlichen Leasingaufwendungen registriert werden. 1981 wurden rd. 82,3 Millionen DM für Leasingausgaben bereitgestellt, 1986 waren es dann 109,8 Millionen DM. Verglichen mit den anderen Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes ist das Leasing im Bergbau jedoch schwächer ausgeprägt.

Eine wesentlich größere Bedeutung besitzt das Leasing im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Beträge zwischen 756,5 Millionen DM (1981) und 1,15 Milliarden DM (1983) wurden jährlich für diese Zwecke aufgewendet. Das Verhältnis Leasing zu Investitionen pendelte zwischen 12,6 % (1981) und 22,0 % (1984) und lag 1983 bei genau 20,0 %. In den beiden letzten Beobachtungsjahren fielen die Leasingaufwendungen sowohl in der absoluten Höhe (unter 1 Milliarde DM) als auch in Relation zu den Investitionen (15 % und weniger) etwas schwächer als in den Vorjahren aus.

Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe ist seit 1981 ein kontinuierlicher Anstieg der Leasingaufwendungen festzustellen. 1981 betrug die Leasingsumme rd. 947,0 Millionen DM, 1987 rd. 1,56 Milliarden DM. Das jährliche Aufkommen erhöhte sich somit vom ersten bis zum letzten Beobachtungsjahr um rd. 616,1 Millionen DM (+65,1 %). Das Verhältnis Leasing zu Umsatz blieb in der Regel knapp unter

der 25%-Marke; Abweichungen gab es nur 1981 (22,0 %) und 1982 mit 25,8 %. Anhand dieser Ergebnisse liegt die Folgerung nahe, daß im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe die Aufwendungen für Leasingzwecke eine fest eingeplante Größe sind.

Auch im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ist ein stetiger Anstieg der jährlichen Leasingsummen festzustellen. Von rd. 495,0 Millionen DM (1981) erhöhten sich die Aufwendungen auf rd. 729,2 Millionen DM (1987), was einen Anstieg von 47,3 % bedeutete. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe sind auch die höchsten jährlichen Relationen zwischen Leasing und Umsatz festzustellen. Sie schwankten zwischen 27,2 % (1983, 1986) und 32,1 % (1982).

Von rd. 201,6 Millionen DM auf rd. 295,3 Millionen DM kletterten die jährlichen Leasingaufwendungen im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

(+46,5 %). Von 1981 bis 1985 erhöhte sich auch die Relation Leasing zu Umsatz von 17,9 % auf 27,5 %. Erst in den beiden letzten Jahren ist diese Relation etwas zurückgegangen, doch sie bleibt weiterhin noch über dem Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau.

Daß im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe das Leasing eine große Bedeutung hat, darauf weisen die von 1981 bis 1987 steigenden jährlichen Leasingsummen hin. 1981 waren es knapp 2,4 Milliarden DM und 1987 rd. 3,6 Milliarden DM (+45,4 %).

Insgesamt kann den Betrieben des Wirtschaftsbereichs Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen eine sehr lebhafteste Investitionsaktivität in der letzten Dekade attestiert werden. Auch zu Beginn des neuen Jahrzehnts werden die Investitionsaussichten von den Prognostikern als gut eingeschätzt. ■

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe März 1990

Die nordrhein-westfälische Hersteller von Industrieerzeugnissen verzeichneten im März 1990 ein reales Auftragsplus von rd. 5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Inlandsorders (+7 %) trugen erneut stärker zum Wachstum bei als die Auslandsorders (+3 %).

Im Investitionsgütersektor weitete sich die Gesamtnachfrage mit einem Plus von fast 7 % am stärksten aus, aber auch im Verbrauchsgüterbereich (+5 %) sowie im Grundstoff- und Produktionsgütersektor (+4 %) kam es zu einem merklichen Anstieg. Dabei wurden im letztgenannten Bereich die Zuwächse bei gleichbleibender Auslandsnachfrage allein aufgrund der gestiegenen Inlandsnachfrage (+6 %) erzielt. Demgegenüber wurde in den beiden anderen Bereichen die Auftragslage außer durch die positive Entwicklung des Inlandsgeschäfts (+7 % bzw. +6 %) auch durch ein um jeweils 5 % gewachsenes Auslandsgeschäft gestützt.

Einzelhandelsumsätze im März 1990

Die nordrhein-westfälischen Einzelhändler setzten im März 1990 nominal 7 % mehr um als im März des Vorjahres. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, stieg der Umsatz um fast 5 %. Überdurchschnittliche nominale Zuwachsraten verzeichneten die Einzelhandelsbranchen „Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren“ (+11 %), „Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen“ (+9 %) und „elektronische Erzeugnisse, Musikinstrumente usw.“ (+8 %).

Mit Umsatzsteigerungen von jeweils 7 % lagen die Sparten „Einrichtungsgesamstände“, „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“, „pharmazeutische, kosmetische und medizinische Erzeugnisse“ und „Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -reifen“ im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels. Ein Plus von 6 % meldete der „Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art“; innerhalb dieses Bereichs mußten Kaufhäuser (–5 %) Einbußen hinnehmen, wogegen Warenhäuser (+6 %), SB-Warenhäuser (+4 %) und Verbrauchermärkte (+2 %) ihren Umsatz im Vergleich zu März 1989 erhöhen konnten.

Stromerzeugung und Stromverbrauch 1989

Die Brutto-Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen lag 1989 mit 134,9 Milliarden Kilowattstunden (kWh) um 3,2 % über dem Vorjahresergebnis. Deutlich stärker stieg die Einspeisung der industriellen Kraftwerke in das Netz der öffentlichen Versorgung: Mit 17,1 Mrd. kWh war sie um 17,2 % höher als ein Jahr zuvor.

Die Nettostromabgabe der öffentlichen Energieversorgungsunternehmen belief sich im Jahre 1989 auf 119,5 Mrd. kWh, 1,6 % mehr als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte des Stroms (65,4 Mrd. kWh oder 54,7 %) wurde von der Industrie bezogen. Zweitgrößte Abnehmergruppe waren mit einem Anteil von 25,3 % die privaten Haushalte, die zusammen 30,2 Mrd. kWh an elektrischer Energie verbrauchten. Die übrigen 23,9 Mrd. kWh entfielen auf die Bereiche Handel und Gewerbe, Verkehr, öffentliche Einrichtungen und Landwirtschaft.

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1986

Gemäß dem im Gesetz über Steuerstatistiken vorgeschriebenen dreijährigen Turnus war für das Jahr 1986 wiederum eine Lohn- und Einkommensteuerstatistik durchzuführen. Beide Statistiken sind – wie alle Steuerstatistiken – Sekundärstatistiken und liefern daher Daten ausschließlich in der durch das Einkommensteuerrecht vorgegebenen begrifflichen Abgrenzung. Während die Einkommensteuerstatistik ihrem Umfange nach auf Steuerpflichtige sämtlicher Einkunftsarten¹⁾ abstellt, ist für die Einbeziehung eines Steuerpflichtigen in die Lohnsteuerstatistik allein das Vorliegen von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit maßgeblich – unabhängig von ggf. weiteren Einkünften aus den übrigen Einkunftsarten. Die Lohnsteuerstatistik stellt insofern eine Teilaufbereitung der Lohn- und Einkommensteuerfälle dar. Eine getrennte Ergebnisdarstellung ist an sich nicht zwingend. Die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik zurückliegender Jahre waren jedoch auch dadurch gekennzeichnet, daß Lohnsteuerzahler, bei denen neben Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit noch weitere Einkünfte vorlagen, mittels einer modifizierten Aufbereitung so dargestellt wurden, als ob nur Lohnneinkünfte vorgelegen hätten. Aufgrund dieser spezifischen Darstellung sind die Ergebnisse in besonderem Maße für eine bruttolohnbezogene Betrachtung geeignet. Neben der Bruttolohn- und Lohnsteuerverteilung der Arbeitnehmer wird auf diese Weise auch die steuerliche Belastung des Bruttolohns ersichtlich. Damit werden notwendige Strukturdaten bereitgestellt, anhand derer die Entlastungs- und Belastungswirkungen festgestellt werden können, die bei Änderungen

des Einkommensteuerrechts eintreten oder durch eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus hervorgerufen werden. Von Vorteil ist außerdem, daß die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik frühzeitiger vorliegen, als es nach dem Gang der Veranlagungsarbeiten in der Finanzverwaltung und der Aufbereitung in den statistischen Landesämtern für die Einkommensteuerstatistik möglich ist²⁾. Die Ergebnisse liegen für das Jahr 1986 nun erstmals in zwei alternativen Formen vor. Aufgrund einer variablen Aufbereitung wird sowohl eine isolierte, d. h. – wie bisher – eine auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beschränkte Betrachtung ermöglicht als auch eine auf der Berücksichtigung der gesamten Einkunftsermittlung von Lohnsteuerzahlern fußende Darstellung.

Unterlagen der Statistik

In der Lohnsteuerstatistik wird jeder Arbeitnehmer erfaßt, für den auf der Lohnsteuerkarte ein Bruttolohn ausgewiesen ist. Arbeitnehmer sind gemäß § 1 Abs. 1 Lohnsteuerdurchführungsverordnung alle Personen, die im öffentlichen oder privaten Dienst tätig sind oder waren und aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Auch die Rechtsnachfolger dieser Personen sind Arbeitnehmer, soweit sie Zahlungen aus dem früheren Dienstverhältnis ihres Rechtsvorgängers erhalten. Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn, deren Steuerkarten zusammengeführt werden konnten, werden in der Statistik grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen.

Für eine weitgehend vollzählige Erfassung waren bei der als Sekundärstatistik durchgeführten Erhebung mehrere Materialteile aufzubereiten. Als Er-

hebungsunterlagen dienten bei maschinell durchgeführtem Lohnsteuerjahresausgleich und bei maschinell vorgenommenen Arbeitnehmerveranlagungen die von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten maschinellen Datenträger des dortigen Verwaltungsvollzugs, deren Inhalt auf die für die Einkommen- und Lohnsteuerstatistik erforderlichen Angaben beschränkt war. Für Lohnsteuerpflichtige, die nicht zur Einkommensteuer zu veranlagten waren und keinen Antrag auf einen Lohnsteuerjahresausgleich gestellt hatten oder – in geringerem Umfange – für die der Jahresausgleich manuell durchgeführt wurde, standen Lohnsteuerkarten für die Auswertung zur Verfügung. Eine gewisse Untererfassung, insbesondere der Fälle ohne einen Jahresausgleich, ist dabei nicht ganz auszuschließen, da davon ausgegangen werden muß, daß trotz Vorliegen eines lohnsteuerpflichtigen Tatbestandes und der Vorschrift, die Lohnsteuerkarten beim Finanzamt einzureichen, nicht restlos alle Belege vom Arbeitgeber/Steuerpflichtigen auch abgegeben wurden. Zudem fehlen in der Lohnsteuerstatistik gänzlich die Pauschal-Besteuerten, für die – in der Regel – wegen eines geringen Umfangs der Beschäftigung und eines geringen Arbeitslohns vom Arbeitgeber keine Lohnsteuerbescheinigungen auszustellen waren.

Bruttolohn- und Lohnsteuerentwicklung

Im Jahre 1986 haben in Nordrhein-Westfalen rd. 6 Mill. Lohnsteuerpflichtige einen Bruttolohn von insgesamt 237,3 Mrd. DM bezogen, wofür 38,1 Mrd. DM an Lohnsteuer³⁾ zu entrichten waren. Die Steuerpflichtigenzahl (rd. 243 000 Steuerpflichtige) hat

1) Der Einkommensteuer unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Einkünfte aus Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG.

2) Der zeitliche Vorteil ist im Vergleich zu früheren Erhebungen allerdings etwas geschrumpft. Gemäß § 42 Abs. 2 EStG ist die Antragsfrist für den Lohnsteuerjahresausgleich um einviertel Jahre verlängert worden. Sie endete für den „86-Ausgleich“ zum 31. 12. 1988.

3) Zum Zwecke einer bruttolohnbezogenen Betrachtung wurde in dieser Variante für Arbeitnehmer mit Einkünften ausschließlich aus nichtselbständiger Arbeit die nach Durchführung des Lohnsteuerjahresausgleichs oder der Einkommensteuerveranlagung festgesetzte Jahreslohn- bzw. Einkommensteuer eingezählt – für veranlagte Arbeitnehmer mit auch anderen Einkünften wurde dagegen die im Quellenabzug einbehaltene Lohnsteuer erfaßt.

gegenüber 1983 mit +4,2 % stärker zugenommen als im vorangegangenen Betrachtungszeitraum 1983/80 (+0,5 %). Zieht man zur Beurteilung dieses Sachverhaltes vergleichbare Werte aus anderen Statistiken heran, so zeigt sich, daß dieser Zuwachs nur teilweise auf die gestiegene Erwerbstätigkeit zurückzuführen war. So nahm beispielsweise die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer lediglich um 1,9 % zu. Die Steigerung der Steuerpflichtigenzahl dürfte daher maßgeblich von der verlängerten Antragsfrist für den Lohnsteuerjahresausgleich mitgetragen worden sein, die ihrerseits dazu führte, daß auch die Ausschußfrist für die Einbeziehung von Steuerfällen in die Lohnsteuerstatistik im Vergleich zu früheren Erhebungen rd. ein Jahr später endete. Auf diese Weise konnten mehr Arbeitnehmerveranlagungen berücksichtigt werden, für die häufig Fristverlängerungen gewährt werden und oft auch die Dauer des Veranlagungsverfahrens zeitverzögernd zu Buche schlägt. Nach dem Abschlußtermin der Lohnsteuerstatistik noch eingehende Arbeitnehmerveranlagungsfälle können nur noch in der Einkommensteuerstatistik berücksichtigt werden, die ihrerseits – wie eingangs erwähnt – ebenfalls veranlagte Arbeitnehmer nachweist. Für Lohnsteuerjahresausgleichsfälle besteht dieses zeitliche Problem im allgemeinen nicht, da die Frist zwischen Antragstellung und Einbeziehung in die Statistik als ausreichend angesehen werden kann. Zudem haben die Steuerpflichtigen meist ein Eigeninteresse zur frühzeitigen Abgabe des Antrages, da dieser meist zu einer Erstattung zuviel einbehaltener Lohnsteuerbeträge führt. Der Einfluß des auf die Verlegung des Abschlußtermins zurückzuführenden höheren Erfassungsgrades der Arbeitnehmerveranlagungen läßt sich nicht abschätzen. Es ist anzunehmen, daß der Vergleich der Ergebnisse 1983/1986 davon nicht in entscheidender Weise gestört ist. Die Zahl der Lohnsteuerjahresausgleichsfälle nimmt ohnehin

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohnsumme, Bruttolohn und Lohnsteuer je Steuerpflichtigen sowie Durchschnittslohnsteuerbelastung 1983 und 1986					
Jahr	Lohnsteuer- pflichtige Anzahl	Bruttolohn- summe 1 000 DM	Bruttolohn	Lohnsteuer	Lohnsteuer- belastung %
			je Steuerpflichtigen DM		
1983	5 762 078	210 491 193	36 530	5 681	15,6
1986	6 005 261	237 262 245	39 509	6 338	16,0

ständig ab, weil infolge der Lohnentwicklung die Veranlagungsgrenzen überschritten werden.

Der in der Statistik ausgewiesene Bruttolohn ist weit gefaßt und umfaßt alle Einnahmen, die einem Arbeitnehmer oder seinem Rechtsnachfolger aus einem bestehenden bzw. aus einem früheren Dienstverhältnis zufließen, also im wesentlichen Löhne und Gehälter sowie Pensionen und betriebliche Renten⁴⁾. Von der für 1986 ausgewiesenen Bruttolohnsumme entfielen z. B. 4,6 % auf Versorgungsbezüge. Auch Provisionen, Gratifikationen und sonstige Lohnzuschläge sowie Entschädigungen für Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen – um nur einige zu nennen – gehören der Lohnsteuerdurchführungsverordnung zufolge zum Bruttolohn, ebenso wie beispielsweise die vermögenswirksamen Leistungen. Sie waren in knapp 4,6 Mill. Fällen angelegt. Ihre Beträge summierten sich auf rd. 2,6 Mrd. DM, das waren 1,1 % der Bruttolohnsumme. Hinzuzufügen ist, daß im statistischen Nachweis nicht nach dem Beschäftigungsumfang, also der Voll- oder Teilzeitarbeit, differenziert wird, und daß Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn, deren Steuerkarten zusammengeführt wurden, in der Statistik als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen werden.

Entsprechend weit gefächert stellte sich die Bruttolohnverteilung dar. Der durchschnittliche Bruttolohn betrug

39 509 DM und lag um 8,2 % über dem des Jahres 1983 (36 530 DM). Die Bruttolohngrößenklasse 36 000 bis unter 40 000 DM, der beide Durchschnittsbruttolöhne angehörten, umfaßte 1983 7,6 % und 1986 7,1 % der Steuerpflichtigen. Über der genannten Bruttolohngrößenklasse liegende Bruttolöhne erzielten 1986 rd. 43,5 % der Steuerpflichtigen, während es 1983 noch 38,3 % waren. Aus der differenzierteren Größenklassengliederung schälten sich, gemessen an den Veränderungsraten 1986/83, im wesentlichen drei große Bereiche heraus. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Bruttolohn bis 16 000 DM nahm um 5,1 % zu. Dieser Anstieg erklärt sich im wesentlichen durch die hier erfaßten Teilzeitbeschäftigten, Aushilfskräfte sowie Arbeitnehmer, die nicht das ganze Jahr über beschäftigt waren, wie z. B. Berufsanfänger und zeitweilig Arbeitslose. So wurden in dieser Gruppe in 174 064 Fällen zusätzlich zum Bruttolohn Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld und Arbeitslosenhilfe) bezogen. Diese Leistungen sind zwar steuerfrei, werden jedoch bei der Steuerfestsetzung berücksichtigt⁵⁾. Die der betrachteten Größenklasse zuzurechnenden Bruttolöhne und die darauf entfallenden

4) Dagegen zählen Sozialversicherungsleistungen nicht zum Arbeitslohn, da sie ganz oder teilweise auf früheren Beitragsleistungen des Bezugsberechtigten oder seines Rechtsvorgängers beruhen. Hier sind insbesondere die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu nennen. Sie sind mit ihrem sog. Ertragsanteil den sonstigen Einkünften (§ 22 EStG) zuzurechnen.

5) Bereits seit dem Veranlagungszeitraum 1982 werden bei der Bemessung der Jahreslohnsteuer die (steuerfreien) Lohnersatzleistungen mitberücksichtigt. Nach § 32 b Abs. 2 EStG sind sie dem sogenannten Progressionsvorbehalt zu unterwerfen. Das bedeutet, daß auf das zu versteuernde Einkommen (ohne die steuerfreien Einnahmen) ein erhöhter Steuersatz anzuwenden ist. Dieser ergibt sich durch Einbeziehung der ausgezahlten Leistungen in ein fiktives zu versteuerndes Einkommen.

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn- und Lohnsteuersumme sowie Lohnersatzleistungen 1986 nach Bruttolohngruppen										
Bruttolohngruppe	Lohnsteuerpflichtige			Bruttolohnsumme			Lohnsteuersumme			Lohnersatzleistungen
	Anzahl	%	Veränderung 1986 gegenüber 1983 %	Mill. DM	%	Veränderung 1986 gegenüber 1983 %	Mill. DM	%	Veränderung 1986 gegenüber 1983 %	Mill. DM
unter 16 000 DM	1 510 126	25,1	+ 5,1	9 468	4,0	+ 5,6	275	0,7	- 9,4	1 071
16 000 bis unter 40 000 DM	1 884 119	31,4	- 11,1	55 961	23,6	- 11,0	6 316	16,6	- 12,7	1 217
40 000 und mehr DM	2 611 016	43,5	+ 18,4	171 834	72,4	+ 23,9	31 469	82,7	+ 24,9	735
Insgesamt	6 005 261	100	+ 4,2	237 262	100	+ 12,7	38 060	100	+ 16,3	3 023

Lohnsteuerbeträge waren anteilmäßig gering (4,0 % der gesamten Bruttolohnsumme, 0,7 % der Lohnsteuersumme). Der Anteil der nicht mit Lohnsteuer Belasteten war in dieser Gruppe entsprechend hoch (73 % gegenüber 18 % im Durchschnitt aller Steuerpflichtigen)⁶⁾

In der Gruppe mit Bruttolöhnen von 16 000 bis unter 40 000 DM waren die Besetzungszahlen durchweg rückläufig, sozusagen als Reflex auf die hohe Veränderungsrate in dem daran anschließenden Bereich. Die Einteilung in die einzelnen Bruttolohngruppen ist in gewisser Weise willkürlich, zumal sich die Grenzen von unteren, mittleren und höheren Lohngruppen bei weiterhin fortschreitender Effektivlohnentwicklung weiter nach oben verschieben. Die Veränderung verdeutlicht im Grunde genommen nur die seit langem anhaltende Tendenz, daß in mittleren Größenklassen die Besetzungszahlen abnehmen und in höheren sich über dem Durchschnitt aller Steuerpflichtigen liegende Veränderungsraten ergeben.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Bruttolohns und der Lohnsteuer je Steuerpflichtigen seit 1971. Dabei wurden die Gesamtzuwächse im Drei-

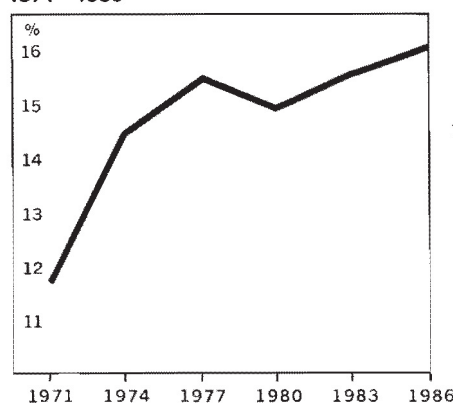
Wachstumsraten von Bruttolohn und Lohnsteuer je Steuerpflichtigen 1971 – 1986					
Merkmal	Durchschnittliche jährliche Veränderung im Zeitraum ... in %				
	1971 – 1974	1974 – 1977	1977 – 1980	1980 – 1983	1983 – 1986
Bruttolohn je Steuerpflichtigen	10,8	6,7	5,8	3,1	2,7
Lohnsteuer je Steuerpflichtigen	18,8	9,0	4,6	4,6	3,7

jahreszeitraum auf eine durchschnittliche Jahresrate umgerechnet.

Nachdem sich zwischen 1977 und 1980 für die Lohnsteuer vorübergehend eine hinter dem Bruttolohn zurückbleibende Steigerungsrate ergeben hatte, hat sich die „Steuerschere“ nach 1980 wieder geöffnet.

Eine Zunahme der durchschnittlichen Lohnsteuerbelastung auf 16 % in 1986

Durchschnittslohnsteuerbelastung 1971 – 1986



ging damit einher, obwohl zum Veranlagungszeitraum 1986 die erste Stufe des Steuerreformpaketes 1986/88/90 in Kraft getreten war⁷⁾. Die Ursache hierfür ist im Zusammenwirken von Bemessungsgrundlage und Ausgestaltung des Tarifs zu sehen.

Werbungskosten, Sonderausgaben

Wird vom Steuerpflichtigen ein Lohnsteuerjahresausgleich am Jahresende beantragt oder erfolgt eine Veranlagung zur Einkommensteuer, so findet zwischen der vom Arbeitgeber

6) Aufgrund eines niedrigen Bruttolohns fiel unter Berücksichtigung der Freibeträge keine Lohnsteuer an.

7) Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/88 – StSenkG 1986/88) vom 26. Juni 1985 (BGBl. I S. 1153). In der ersten Stufe wurde ab 1986 u. a. der Grundfreibetrag angehoben, die Progression abgeflacht und der Kinderfreibetrag erhöht, allerdings bei gleichzeitigem Wegfall der kindbedingten Höchstbeträge (sog. Kinderadditive) beim Abzug von Vorsorgeaufwendungen (§ 10 Abs. 3 EStG) bzw. bei der Bemessung der Vorsorgepauschale (§ 10c EStG).

einbehaltenen Lohnsteuer und der unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse festzusetzenden Jahreslohnsteuer in diesen steuerlichen Verfahren ein Ausgleich statt. In der Regel ist bis auf einige in § 46 EStG näher genannte Fälle bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit die Möglichkeit zur Durchführung des Lohnsteuerjahresausgleichs gegeben, wenn das Einkommen 24 000/48 000 DM für Alleinstehende/Verheiratete nicht übersteigt. Alle anderen Fälle werden veranlagt. Der Vergleich der Jahre 1983 und 1986 beschränkt sich auf die maschinell durchgeführten Lohnsteuerjahresausgleichsfälle und Arbeitnehmerveranlagungen mit Einkünften ausschließlich aus nichtselbständiger Arbeit.

Im Jahre 1986 wurden für Steuerpflichtige mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit 3,6 Millionen maschinelle Jahresausgleichsverfahren oder Veranlagungen durchgeführt. Das waren fast 60 % aller Steuerpflichtigen. Die steuerfreien Abzugsbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben haben rd. 25 Mrd. DM betragen, das waren rd. 19 % des Bruttolohns der in Frage kommenden Steuerpflichtigen. Von je 100 DM Bruttolohn unterlagen damit 19 DM nicht der Lohnsteuer.

Rund 6,2 Mrd. DM entfielen auf beruflich veranlaßte Werbungskosten, die der Arbeitnehmer zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitslohns aufgewendet hatte. Dazu zählen u. a. Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (2,9 Mrd. DM), für Arbeitsmittel und Beiträge zu berufsständischen Organisationen und sonstigen Berufsverbänden sowie notwendige Mehraufwendungen aus Anlaß einer doppelten Haushaltsführung.

Der Schwerpunkt der steuerlichen Entlastung lag bei den Sonderausgaben mit rd. 19 Mrd. DM. Sofern vom Steuerpflichtigen nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen wurden,

Werbungskosten und Sonderausgaben der Lohnsteuerpflichtigen mit maschinelltem Lohnsteuerjahresausgleich und maschineller Einkommensteuer-Veranlagung*) 1983 und 1986

Jahr	Steuerpflichtige	Bruttolohnsumme	Werbungskosten		Sonderausgaben		
			insgesamt	darunter für Fahrten			
	Anzahl	Mill. DM	% der Bruttolohnsumme	Mill. DM	% der Bruttolohnsumme		
1983	3 446 364	121 779	5 574	4,6	2 274	19 371	15,9
1986	3 586 744	133 935	6 238	4,7	2 851	19 016	14,2

*) nur Fälle mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit

kam bei Arbeitnehmern für Sonderausgaben, die keine Vorsorgeaufwendungen sind (u. a. Unterhaltsleistungen, auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, Kirchensteuer, Aufwendungen für die Berufsausbildung), der Sonderausgaben-Pauschbetrag zum Abzug; für Vorsorgeaufwendungen (Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Renten- und Lebensversicherungen sowie Bausparkassen-Beiträge) wurde die Vorsorgepauschale berücksichtigt. Der Sonderausgaben-Pauschbetrag betrug 270 bzw. 540 DM (für zusammenveranlagte Ehegatten). Für die Vorsorgepauschale (erste Stufe) wurden höchstens 2 340/4 680 DM für rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer (1 000/2 000 DM für Nicht-Rentenversicherungspflichtige) zur Anrechnung gebracht.

Betrachtet man die Veränderungen, so zeigt sich, daß die Werbungskosten stärker zugenommen haben als die Bruttolohnsumme. Hier kommt zum Ausdruck, daß die Werbungskosten – mit Ausnahme des 1986 gegenüber 1983 unveränderten km-Geldes (für PKW 0,36 DM je einfache Strecke) – in unbegrenzter Höhe abzugsfähig sind. Entsprechend hat sich der Anteil der Werbungskosten am Bruttolohn leicht erhöht. Demgegenüber verringerte sich das relative Gewicht der

Sonderausgaben. Hier kam der Wegfall der Kinderadditive zum Tragen, aber auch der Umstand, daß im Rahmen der Sonderausgaben die Vorsorgeaufwendungen (Versicherungs- und Bausparbeiträge) steuerlich an Wirksamkeit eingebüßt haben. Während sich die Sozialversicherungsbeiträge erhöhten⁸⁾, blieben die Höchstbeträge für den Abzug der Vorsorgeaufwendungen unverändert. Auch die Höhe des sogenannten Vorwegabzugs⁹⁾ für den zusätzlichen Abzug von Versicherungsleistungen war gleichgeblieben. Hinzu kam, daß das Ausschöpfen dieses Betrages noch durch den vorab in Abzug zu bringenden Beitrag – bei rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern ist dies der Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung – weiter eingeengt wurde¹⁰⁾. Der die Kürzung begrenzende Jahresbetrag der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Angestellte hatte bereits keine Bedeutung mehr, weil der Vorweg-Abzugsbetrag schon bei Einnahmen von 31 250 bzw. 62 500 DM für Zusam-

8) Rentenversicherung (RV): 19,2 (1983: bis 30. 8. 18, danach 18,5) %, Beitragsbemessungsgrenze 67 200 (60 000) DM; Arbeitslosenversicherung: 4,0 (4,6) %, Beitragsbemessungsgrenze wie RV; Krankenversicherung: 12,2 (11,7) %, Beitragsbemessungsgrenze 50 400 (45 000) DM

9) Vorwegabzug nach § 10 Abs. 3 Nr. 2 EStG in Höhe von 3 000 bzw. 6 000 DM für Zusammenveranlagte

10) Zum Abzugsbetrag für nicht der Rentenversicherungspflicht unterliegende Arbeitnehmer s. § 10 Abs. 3 Nr. 2 b, c

Vorsorgeaufwendungen

Bsp.: Zusammenveranlagungs-Fall mit Einnahmen in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung (RV)

	1983	1986	Veränderung 1986 gegenüber 1983 %
	DM		
Beitragsbemessungsgrenze zur RV	60 000	67 200	+ 12,0
Arbeitgeberanteil zur RV	5 450	6 451	+ 18,4
Abzug Vorsorgeaufwendungen			
Vorwegabzug	6 000	6 000	—
verbleibender Vorwegabzug	550	—	—
Höchstbetrag 1. Stufe	4 680	4 680	—
2. Stufe	2 340	2 340	—
Maximal steuerwirksame Vorsorgeaufwendungen	7 570	7 020	— 7,2

menveranlagte erreicht wurde¹¹⁾. Da die steuerlichen Höchstgrenzen der Dynamik der Sozialversicherungsbeiträge nicht folgten, wurde nicht nur der steuerwirksame Restraum für private Vorsorgeaufwendungen enger¹²⁾, für viele Arbeitnehmer (vor allen Dingen Ledige und Ehegatten mit beiderseitigem Arbeitslohn) konnten häufig nicht einmal die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung vollständig berücksichtigt werden.

Im Beispiel eines Rentenversicherungspflichtigen mit Einnahmen in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze erhöhte sich der Rentenversicherungsbeitrag um 18 % – der Betrag der maximal steuerwirksamen Vorsorgeaufwendungen ging dagegen um 7,2 % zurück.

Steuerliche Berücksichtigung von Kindern

Mit Wirkung des Veranlagungsjahres 1986 wurde die steuerliche Berücksichtigung von Kindern geändert. Eine der Maßnahmen betraf die Erhöhung des Kinderfreibetrages von 432 auf 2 484 DM je Kind. Die Wirkung dieses Freibetrages besteht darin, daß die Höhe der Steuer in Abhängigkeit von Kinderzahl und Progressionsstufe gemindert wird. Der Wegfall der vorerwähnten Kinderadditive beim Sonderausgabenabzug wurde dabei mehr als kompensiert.

Ausgewählte Pauschbeträge, Freibetrag je Kind

	1983	1986	Differenz
	DM		
Kinderfreibetrag	432	2 484	+ 2 052
Kinderadditive			
1. Stufe	600	—	— 600
2. Stufe	300	—	— 300
			+ 1 152

Die Zahl der steuerlich berücksichtigten Kinder ist im Betrachtungszeitraum um 8,3 % auf 3 461 901 zurückgegangen. Aufgrund des höheren

Kinderfreibetrages ergaben sich insgesamt dennoch höhere steuerfreie Abzugsbeträge. Die Freibetragssumme belief sich auf 8,6 Mrd. DM, rd. 3,6 % der Brutto Lohnsumme.

Einkommensverteilung und Tarif

Die Lohnsteuer hat sich in der Vergangenheit immer als äußerst reagibel gegenüber der Entwicklung der Effektivlöhne erwiesen. In gesamtwirtschaftlichen Größen ausgedrückt betrug die Steuerlast (hier: kassenmäßiges Lohnsteueraufkommen in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts) im Jahre 1986 (1983) rd. 8,4 (8,2) % und wies damit im historischen Vergleich ein recht beachtliches Niveau auf. Entsprechend hoch war der Anteil am gesamten Steueraufkommen (1986: 32,3 %, 1983: 31,4 %) ¹³⁾. Untersucht man die Gründe für eine derartige Entwicklung, so stößt man darauf, daß neben der Bemessungsgrundlage dem Aufbau des Einkommensteuertarifs ein entscheidendes Gewicht zukommt. Das Einkommensteuerrecht ist bekanntlich von dem Grundsatz getragen, den einzelnen Steuerpflichtigen gemäß seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. In der tariflichen Ausgestaltung wird hierzu dem Steuerpflichtigen ein Grundfreibetrag seines Einkommens steuerfrei belassen. Es folgen bei höheren Einkommen eine sogenannte untere Proportionalzone mit einem gleichbleibenden

11) 3 000 (6 000) DM – 9,6 % Arbeitgeberbeitrag zur RV ergibt 0 bei Einnahmen ab 31 250 (62 500) DM.

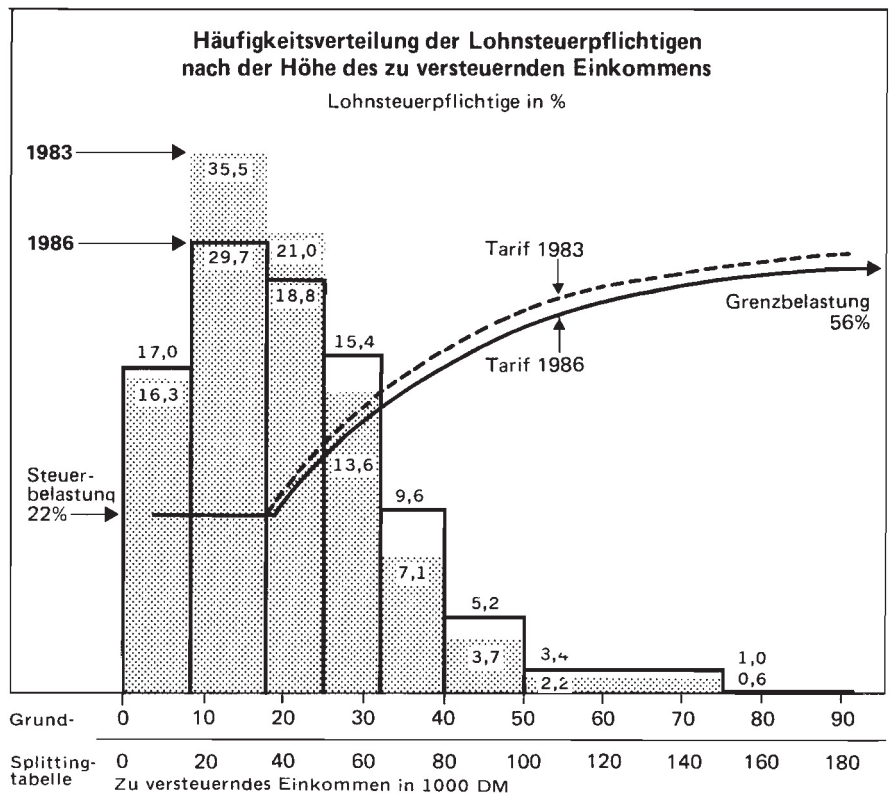
12) Vgl. Rüdiger Parsche: Steuerliche Neuregelung der Altersvorsorge erforderlich, ifo-schnelldienst 9/86, S. 3.

13) Vgl. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen 12/88, S. 704.

Steuersatz, eine Progressionszone mit steigenden Grenzsteuersätzen sowie daran anschließend eine obere Proportionalzone, in der jeder Einkommenszuwachs gleichbleibend mit dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer belastet ist. Der grundlegende Aufbau des Tarifs führt bei allgemein steigender Lohn- und Einkommensentwicklung nun dazu, daß im Laufe der Zeit immer mehr Steuerpflichtige in Tarifbereiche vorrücken, in denen jeder Mehrverdienst prozentual höher belastet wird. Eine höhere Steuerbelastung geht damit zwangsläufig einher, auch dann, wenn aufgrund von Preissteigerungen ein Teil des Lohnzuwachses keine Entsprechung in einer höheren Leistungsfähigkeit hat (Problem der sog. heimlichen Steuererhöhung). In gewissen Zeitabständen vorgenommene Tarifanpassungen sind in der Regel darauf gerichtet, diesen Prozeß zu korrigieren.

Zu den wesentlichen Änderungen des Steuersenkungsgesetzes aus tariflicher Sicht zählten u. a. die Heraufsetzung des Grundfreibetrages um 324 DM für Ledige und um 648 DM für Verheiratete auf jährlich 4 536 bzw. 9 072 DM sowie die Korrektur des Tarifverlaufs in der Progressionszone. Die Erhöhung des Grundfreibetrages führte dazu, daß ein insgesamt höherer Betrag von der Besteuerung ausgenommen blieb. Das Ausmaß der Tarifkorrektur verdeutlicht die nachstehende Tabelle beispielhaft für den unteren Progressionsbereich (1983: 18 001 bis 59 999 DM; 1986: 18 036 bis 80 027 DM).

Prozentuale Belastung des Mehrverdienstes 1983 und 1986 (untere Progressionszone des Einkommensteuertarifs)		
Zu versteuerndes Einkommen (Grund-/Splittingtabelle) in ... DM	Tarifliche Grenzbelastung	
	1983	1986
	%	
20 000/ 40 000	24,69	24,33
30 000/ 60 000	35,70	34,13
40 000/ 80 000	43,17	41,16
50 000/100 000	47,82	45,94
60 000/120 000	50,38	48,98
70 000/140 000	x	50,77
80 000/160 000	x	51,82



Während nach dem Tarif des Jahres 1983 (Einkommensteuertarif 1981 bis 1985) die tarifliche Grenzbelastung im Bereich von 20 000 bis 60 000 DM von 24,69 % auf 50,38 % anstieg, lauteten die entsprechenden Werte der Grenzsteuersatzkurve des Tarifs 1986 24,33 % bzw. 48,98 %. Bei einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 60 000 DM (Grundtabelle) bzw. 120 000 DM (Splittingtabelle) wurde nur noch knapp die Hälfte eines Einkommenszuwachses wegbesteuert. Durch die Ausdehnung der unteren Progressionszone auf den Bereich bis 80 027 DM verlief die Kurve insgesamt etwas flacher. Die Zone sehr stark anziehender Grenzsteuersätze wurde dadurch etwas entschärft.

Welche Bedeutung der Tarifgestaltung im Hinblick auf die sich verändernde Einkommensverteilung der Steuerpflichtigen zukommt, verdeutlicht die Abbildung, in der die Grenzsteuersatzkurven der Tarife 1983 und 1986 einander gegenübergestellt

wurden. Während sich für Einkommenswerte unter 8 000 DM eine nahezu konstante Besetzung ergab, verbuchten die beiden daran anschließenden Größenklassen eine rückläufige Anzahl an Steuerpflichtigen. Dem standen bei höheren Einkommen wieder höhere Besetzungszahlen gegenüber. Dies zeigt, daß bereits bei verhältnismäßig moderaten Brutto Lohnsteigerungen vermehrt Lohnsteuerpflichtige in Bereiche mit stark anziehenden Grenzsteuersätzen vorrücken.

Berücksichtigung sämtlicher Einkünfte

Aufgrund der eingangs erwähnten differenzierten Aufbereitung liegen nun erstmals für 1986 ausgewählte Eckdaten für Lohnsteuerpflichtige vor, die die gesamte Einkommensermittlung betreffen – eine darüber hinausgehende Ergebnistabellierung bleibt der Einkommensteuerstatistik

Besteuerung der Lohnsteuerpflichtigen 1986		
Merkmal		1986
Einheit		
Lohnsteuerpflichtige insgesamt	Anzahl	6 005 261
davon mit Einkünften		
ausschließlich aus nichtselbständiger Arbeit	Anzahl	4 231 338
überwiegend aus nichtselbständiger Arbeit	Anzahl	1 523 178
nicht überwiegend aus nichtselbständiger Arbeit	Anzahl	250 745
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Mill. DM	217 381
Gesamtbetrag der Einkünfte	Mill. DM	233 255
darunter aus		
Vermietung und Verpachtung	Mill. DM	-10 764
Zu versteuerndes Einkommen	Mill. DM	185 659
Festgesetzte Einkommensteuer	Mill. DM	42 709
Durchschnittssteuerbelastung	%	23,0

vorbehalten. Knapp 30 % aller Lohnsteuerzahler hatten 1986 neben Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit noch weitere Einkünfte. In neun von

zehn Fällen stellten dabei die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit die überwiegende Einkunftsart dar. Der ausgewiesene Gesamtbetrag der

Einkünfte umfaßt sowohl positive als auch negative Ergebnisse aus den einzelnen Einkunftsarten sowie weitere im Einkommensteuergesetz noch genannte Kürzungen¹⁴⁾. Aufgrund von Verlusten und/oder Absetzungsmöglichkeiten im Wohnungsbau ergab sich namentlich für die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung ein negativer Betrag. Nach Abzug u. a. der Sonderausgaben sowie der außergewöhnlichen Belastungen und unter Berücksichtigung weiterer Freibeträge wurde schließlich ein zu versteuerndes Einkommen in Höhe von 186 Mrd. DM ermittelt, aufgrund dessen rd. 43 Mrd. DM an Steuern festgesetzt wurden. Die Steuerbelastung in bezug auf das zu versteuernde Einkommen betrug damit rd. 23 % im Durchschnitt aller Lohnsteuerpflichtigen.

Preisindex für die Lebenshaltung im April 1990

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte April/Mitte März) um 0,1 % auf 105,7 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (April 1989) beträgt die Indexveränderung +2,2 %. Im März hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +2,6 % gelegen.

Von der mit +0,1 % insgesamt mäßigen Preisentwicklung seit Mitte März d. J. weichen sowohl die kräftige Verteuerung der

ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmittel um 5,7 % als auch der deutliche Preistrückgang um 1,7 % bei leichtem Heizöl auffällig ab.

Für die ersten **vier Monate** 1990 errechnete sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +2,5 % (Januar bis April 1989/88: +2,3 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen betrug die Indexveränderung (auf 105,5 Punkte) gegenüber dem Vormonat +0,1 % und in Jahresfrist +2,1 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (auf 106,5 Punkte) +0,1 % bzw. +2,1 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (auf 105,7 Punkte) +0,2 % bzw. +2,6 %.

„Vermögensmillionäre“ 1986

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen ansässigen Vermögensmillionäre ist innerhalb von drei Jahren um 1 600 auf 25 225 angestiegen. Diese Zahlen entstammen der jetzt vorliegenden Vermögensteuerstatistik 1986, die an die steuerrechtlichen Tatbestände der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer gebunden ist. Konsequenz ist, daß ein Großteil der Personen

mit Vermögen aufgrund von Bewertungsgrundsätzen und steuerlichen Freibeträgen überhaupt nicht oder nur mit niedrigerem als dem tatsächlich vorhandenen Vermögenswert erfaßt wird. In Wirklichkeit dürfte daher die Zahl der Vermögensmillionäre größer sein.

Setzt man die 25 225 Vermögensmillionäre in Relation zur Einwohnerzahl, so ergibt sich im Landesdurchschnitt je 10 000 Einwohner eine „Millionärsquote“ von 15. Von den kreisfreien Großstädten NRWs

weist Düsseldorf mit 33 den höchsten Wert auf; damit belegt die Landeshauptstadt unter allen 396 Städten und Gemeinden des Landes den zweiten Platz, übertroffen nur von der Stadt Meerbusch (Kreis Neuss) mit einer Quote von 60. Auch für andere kreisangehörige Gemeinden ergeben sich zum Teil beachtlich höhere Werte als für benachbarte kreisfreie Städte: Offensichtlich wohnen Personen mit höherem Vermögen häufig lieber in kleineren großstadtnahen Gemeinden als in der Großstadt selbst.

Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Lage in fünf Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen

Synoptische Darstellung

In einigen Heften der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen seit Mai 1989 wurden fünf nordrhein-westfälische Regionen – Gruppen benachbarter Gemeinden – nach ihren charakteristischen Merkmalen beschrieben. Dabei wurde jeweils eine Region durch ihre Gegenüberstellung zu den Landesdurchschnitten der Merkmale und durch Untersuchung der intraregionalen Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde isoliert dargestellt. Die Ergebnisse sind wie folgt veröffentlicht:

- Der nördliche Eifelrand, eine aus Gemeinden mit ähnlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur gebildete Region (Heft 5/1989, S. 207ff.)
- Der Einzugsbereich der Bundeshauptstadt, eine von nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen geprägte Region (Heft 8/1989, S. 383ff.)
- Eine Region im Hochsauerland mit typischer Sozialstruktur (Heft 11/1989, S. 586ff.)
- Eine ländliche Region im nordöstlichsten Teil des Landes Nordrhein-Westfalen (Heft 12/1989, S. 635ff.)
- Eine landwirtschaftlich geprägte Region im südlichen Münsterland (Heft 4/1990, S. 278ff.)

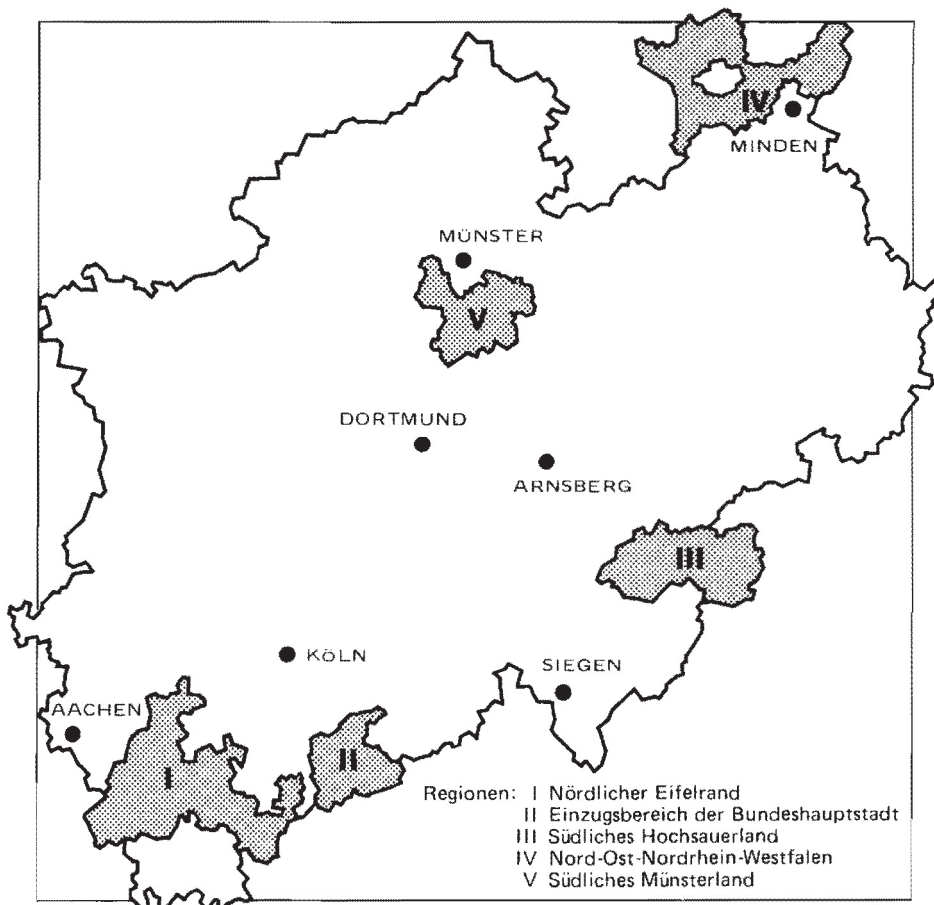
Der „nördliche Eifelrand“ umfaßt die 13 Gemeinden Düren, Heimbach, Hürtgenwald, Kreuzau, Mechernich, Merzenich, Monschau, Bad Münstereifel, Nideggen, Rheinbach, Schleiden, Simmerath und Zulpich, der „Einzugsbereich der Bundeshauptstadt“ die 6 Gemeinden Bonn, St. Augustin, Siegburg, Wachtberg, Bad Honnef und Königswinter, das „südliche Hochsauerland“ die 4 Gemeinden Winterberg, Schmallenberg, Hallenberg und Medebach, die Region „Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen“ die 8 Gemeinden Rödinghausen, Hille, Hüllhorst, Lübbecke, Petershagen, Preußisch Oldendorf, Rahden und Stemwede und das „südliche Münsterland“ die 5 Gemeinden Ascheberg, Nordkirchen, Senden, Dren-

steinfurt und Sendenhorst. Im Anschluß an die isolierten Darstellungen sollen die fünf Regionen nunmehr synoptisch verglichen werden.

Für die Zusammenfassung von Gemeinden zu Regionen wurde im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen ein Verfahren entwickelt, nach dem die Abgrenzung der Regionen „optimal“ und die regionale Zuordnung der Gemeinden nach den „wichtigsten“ wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen erfolgt. „Optimal“ ist die Zuordnung dann, wenn sich die Merkmalsausprägungen von Gemeinde zu Gemeinde innerhalb der Regionen so wenig und zwischen den Regionen so viel wie möglich unterscheiden. Am „wichtigsten“ sind diejenigen Merkmale, mit denen die Forderung nach

minimalen Unterschieden innerhalb und maximalen Unterschieden zwischen den Gemeinden am besten erfüllt wird. Der Unterschied zwischen Gemeinden bzw. Regionen wird clusteranalytisch mit der Mahalanobis-Distanz, die Wichtigkeit der Merkmale diskriminanzanalytisch mit Hilfe der „standardisierten kanonischen Koefizienten“ objektiv gemessen. Die Einzelheiten des Verfahrens sind an anderer Stelle dokumentiert¹⁾. Die genannten fünf Regionen haben sich bei den bisherigen Untersuchungen als im o. a. Sinne optimal abgrenzbar erwiesen. Zur Beschreibung der Regionen werden bis zu 65 wirtschaftliche

1) Vgl. Wolfgang Gerß: Abgrenzung von Regionen nach wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 1/1989, S. 17 ff.



und soziale Merkmale verwendet. Die genauen Bezeichnungen dieser Merkmale mit ihren Maßeinheiten sowie die Quellenangaben wurden im Heft 11/1987 dieser Zeitschrift zusammengestellt²⁾; die Berichtsjahre wurden demgegenüber so weit wie möglich aktualisiert. Bei den meisten Merkmalen wurde das Jahr 1988 zugrundegelegt. Auf davon abweichende Berichtsjahre wird im folgenden besonders hingewiesen.

Zur Ermittlung der Wichtigkeit der einzelnen Merkmale für die Unterscheidung der fünf Regionen wurden zunächst die diesen nicht angehörenden 360 Gemeinden als sechste „Region“ zusammengefaßt. Bei sechs Regionen ergeben sich aus der Diskriminanzanalyse für jedes Merkmal fünf standardisierte kanonische Koeffizienten sowie fünf diesen Koeffizienten zuzuordnende von Null verschiedene reelle Eigenwerte³⁾. Für jedes Merkmal wurde das mit den Eigenwerten gewogene arithmetische Mittel der fünf Koeffizienten berechnet. Diese gewogenen Mittelwerte geben für jedes der 65 Merkmale das „Gewicht“ wieder, das das Merkmal im Hinblick auf die Unterscheidung der sechs Regionen hat. Ein Merkmal trägt um so mehr zur Unterscheidung der Regionen bei und ist damit für diesen Zweck um so wichtiger, je größer der Absolutbetrag seines gewogenen Mittelwertes ist. In den darauffolgenden Rechengängen wurden von den 65 Merkmalen nur diejenigen 31 Merkmale verwendet, die die größten Absolutbeträge der gewogenen Mittelwerte ihrer standardisierten kanonischen Koeffizienten haben. Die Beschränkung auf 31 Merkmale ist

notwendig, weil die Diskriminanzanalyse aus mathematischen Gründen bei fünf Regionen mit insgesamt 36 Gemeinden nur höchstens $36-5=31$ diskriminierende Variablen zuläßt.

Bei fünf Regionen ergeben sich für jedes verbleibende Merkmal vier standardisierte kanonische Koeffizienten sowie vier relevante Eigenwerte. Für jedes Merkmal wurde nunmehr das mit den Eigenwerten gewogene arithmetische Mittel der vier Koeffizienten berechnet. Die Absolutbeträge dieser gewogenen Mittelwerte messen für jedes der 31 Merkmale die Wichtigkeit, die das Merkmal für die Unterscheidung der fünf Regionen voneinander – d. h. ohne Berücksichtigung der 360 übrigen Gemeinden – hat.

In diesem Sinne sind die Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987) bei weitem die wichtigsten Merkmale. Die folgenden Bereiche erreichen zusammen eine Wichtigkeit von ca. 95 % und im einzelnen die jeweils angegebenen Anteile an der Summe der Absolutbeträge der gewogenen Mittelwerte der Koeffizienten über alle 31 Merkmale:

- Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe (24,5 %)
- Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte (24,4 %)
- Land- und Forstwirtschaft (19,2 %)
- Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsunternehmen und freie Berufe (15,6 %)
- Handel und Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung (8,8 %)
- Energie-, Wasserversorgung und Bergbau (2,6 %)

Die beiden nächstwichtigsten Merkmale sind die Zweitstimmenanteile der SPD und der CDU bei der Bundestagswahl 1987. Danach folgen die die Siedlungsdichte und Bevölkerungsstruktur kennzeichnenden drei Merkmale Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche an der Katasterfläche (Berichtsjahr 1985), Anzahl der

Einwohner je km² und Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (Volkszählung 1987). Die beiden folgenden Merkmale – Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude und der Wohnräume je Wohnung (Volkszählung 1987) – kennzeichnen das Wohnungswesen. Die beiden nächstwichtigsten Merkmale sind die Zweitstimmenanteile der GRÜNEN und der F.D.P. bei der Bundestagswahl 1987. Es folgt der Anteil der Personen mit Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern. Daran schließen sich mit der Steuereinnahmekraft sowie dem verfügbaren Einkommen (Berichtsjahr 1986) je Einwohner zwei Merkmale an, in denen sich in verschiedener Weise die Einkommenslage niederschlägt. Zu den 31 Merkmalen gehören ferner in der Reihenfolge der Wichtigkeit – jeweils weniger als 0,1 % der Summe über alle 31 Merkmale – für die Unterscheidung der fünf Regionen:

- Anteil der Ausländer an den Grundschulern
- Realsteuerkraft je Einwohner
- Anteil der Einwohner im Alter von unter 18 Jahren (Volkszählung 1987)
- Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner
- Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahren (Volkszählung 1987)
- Anzahl der Zuzüge je 1 000 Einwohner
- Bruttoerwerbs- und -vermögens-einkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1986)
- Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand
- Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 1989
- Anzahl der Fortzüge je 1 000 Einwohner
- Anteil der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs
- Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital
- Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche an der Katasterfläche (Berichtsjahr 1985)

2) Vgl. Wolfgang Gerß: Ein Modell zur Zusammenfassung verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Daten für Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1987, S. 729 ff.

3) Vgl. Wolfgang Gerß: Statistische Kriterien zur Klassifizierung von Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 6/1988, S. 351 ff.

Zur Ermittlung der Wichtigkeit, die die Merkmale speziell für jede einzelne der fünf Regionen haben, wurde jede Region den zu einer Gruppe zusammengefaßten Gemeinden der anderen vier Regionen gegenübergestellt. In dem damit gegebenen Zwei-Gruppen-Fall ergibt sich aus der Diskriminanzanalyse für jedes Merkmal nur ein standardisierter kanonischer Koeffizient, so daß sich eine Mittelwertberechnung erübrigt. Der Absolutbetrag des Koeffizienten zeigt für das jeweilige Merkmal das „Gewicht“, das es im Hinblick auf die statistische Trennung der betrachteten Region von der Gesamtheit der anderen vier Regionen hat. Die Absolutbeträge messen also für jede Region und jedes der 31 Merkmale deren Wichtigkeit zur Unterscheidung dieser Region von den Gemeinden der anderen vier Regionen ohne Berücksichtigung der 360 übrigen Gemeinden. Um die so gemessene Wichtigkeit von Region zu Region direkt vergleichen zu können, wurde für jede Region und jedes Merkmal dessen Anteil an der Summe der Absolutbeträge der Koeffizienten aller 31 Merkmale berechnet. Auf diese Anteile beziehen sich die Aussagen zur Wichtigkeit von Merkmalen in den sechs folgenden Absätzen. Für die betrachtete Region sind die Merkmale mit – gegenüber den anderen vier Regionen – besonders großen Anteilen im beschriebenen Sinne im regionalen Vergleich relativ besonders wichtig. Diese Merkmale haben entweder wegen ihrer besonders hohen oder wegen ihrer besonders niedrigen Werte für die Abgrenzung der betrachteten Region eine herausragende Bedeutung.

Die Ergebnisse der Diskriminanzanalyse sind eindeutig. Von den 31 Merkmalen sind die o. a. sechs Merkmale der Branchenstruktur – Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtzahl der Beschäftigten – für die Abgrenzung der drei Regionen „nördli-

cher Eifelrand“, „Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen“ und „südliches Münsterland“ erheblich wichtiger als bei den beiden anderen Regionen. Die übrigen 25 Merkmale sind dagegen für die Abgrenzung der beiden Regionen „Einzugsbereich der Bundeshauptstadt“ und „südliches Hochsauerland“ von überragender Bedeutung.

Die Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987) haben vor allem in Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen höchste Wichtigkeit. Hier erreicht das definierte Wichtigkeitsmaß für vier der sechs Wirtschaftsbereiche größere Werte als in den anderen untersuchten Regionen. Von diesen Bereichen haben die Land- und Forstwirtschaft sowie das Verarbeitende Gewerbe und Baugewerbe besonders große, der Handel und Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung sowie die Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck und privaten Haushalte dagegen besonders kleine Beschäftigtenanteile. Von den für die regionale Abgrenzung ebenfalls sehr wichtigen verbleibenden beiden Wirtschaftsbereichen weisen Energie-, Wasserversorgung und Bergbau einen besonders großen – diese Aussage gilt nur für den Vergleich zwischen den fünf Regionen, d. h. nicht gegenüber dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen –, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsunternehmen und freie Berufe einen besonders kleinen Beschäftigtenanteil auf.

Im südlichen Münsterland erreichen zwei von den sechs Wirtschaftsbereichen Spitzenwerte des Wichtigkeitsmaßes. Beide Bereiche – Energie-/Wasserversorgung/Bergbau und Kreditinstitute / Versicherungsgewerbe / Dienstleistungsunternehmen / freie Berufe – haben besonders kleine Beschäftigtenanteile. Von den ebenfalls sehr wichtigen vier anderen Bereichen weisen drei – Land-/Forstwirtschaft, Handel/Verkehr/Nachrichten-

übermittlung und Gebietskörperschaften / Sozialversicherung / Organisationen ohne Erwerbszweck/private Haushalte – sehr große Beschäftigtenanteile auf. Das Verarbeitende Gewerbe und Baugewerbe hat dagegen einen sehr geringen Beschäftigtenanteil.

Auch bei der Abgrenzung des nördlichen Eifelrands spielt die durch die sechs Wirtschaftsbereiche ausgedrückte Branchenstruktur eine dominierende Rolle, wenn auch das Wichtigkeitsmaß hier für kein Merkmal einen größeren Wert erreicht als in allen anderen Regionen. Die drei Bereiche Energie- / Wasserversorgung / Bergbau – hier allerdings nur für den Vergleich zwischen den fünf Regionen, d. h. nicht gegenüber dem Landesdurchschnitt –, Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe / Dienstleistungsunternehmen / freie Berufe und Gebietskörperschaften / Sozialversicherung/Organisationen ohne Erwerbszweck / private Haushalte haben sehr hohe Beschäftigtenanteile. Für die drei Bereiche Land- / Forstwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe / Baugewerbe und Handel / Verkehr / Nachrichtenübermittlung – hier deutlicher gegenüber dem Landesdurchschnitt – sind die Beschäftigtenanteile dagegen besonders niedrig.

Im südlichen Hochsauerland erreicht das Wichtigkeitsmaß für vier Merkmale größere Werte als in den anderen vier Regionen. Zwei dieser Merkmale – Anteil der Einwohner im Alter von unter 18 Jahren (Volkszählung 1987) und Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner – weisen besonders hohe, ein weiteres Merkmal – Anzahl der Fortzüge je 1 000 Einwohner – einen besonders niedrigen Merkmalswert auf. Das vierte Merkmal – Anteil der Personen mit Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern – hat einen über dem Landesdurchschnitt liegenden,

im Vergleich zwischen den fünf Regionen aber eher niedrigen Merkmalswert. Dabei ist zu bedenken, daß die Wichtigkeit eines Merkmals für die Abgrenzung einer Region nicht nur von der Durchschnittsgröße, sondern auch von dem Grad der Einheitlichkeit der Merkmalswerte der zu der Region gehörenden Gemeinden abhängt. Für weitere zehn Merkmale erreicht das Wichtigkeitsmaß im südlichen Hochsauerland sehr große Werte mit gegenüber den anderen Regionen besonders hohen (+) oder niedrigen (–) Merkmalswerten. Zwei dieser Merkmale – Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahren (Volkszählung 1987) (+), Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (Volkszählung 1987) (–) – beschreiben die Bevölkerungsstruktur. Vier Merkmale – Stimmenanteile der CDU (+), der SPD (–), der F.D.P. (–) und der GRÜNEN (–) – sind Ergebnisse der Bundestagswahl 1987. Drei Merkmale – Realsteuerkraft (–) und Steuereinnahmekraft (–) je Einwohner, Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (–) – kennzeichnen die öffentlichen Finanzen. Das verbleibende Merkmal – Anteil der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (+) – bezieht sich auf das Bildungswesen.

Der Einzugsbereich der Bundeshauptstadt hat gegenüber den Vergleichsregionen die meisten Besonderheiten. Das Wichtigkeitsmaß erreicht hier für 21 der 31 Merkmale einen deutlich größeren Wert als in den anderen Regionen. Von den Merkmalen der Flächennutzung (Berichtsjahr 1985) ist der Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche besonders hoch und dementsprechend der Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche besonders niedrig. Vier demographische Merkmale – Anzahl der Einwohner je km², Anteile der Einwohner im Alter ab 65

Jahren und der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (Volkszählung 1987), Anzahl der Zuzüge je 1 000 Einwohner – haben extrem hohe Merkmalswerte. Von den Merkmalen des Wählerverhaltens weisen drei – Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 1989, Stimmenanteile der CDU und der SPD bei der Bundestagswahl 1987 – sehr niedrige und zwei – Stimmenanteile der F.D.P. und der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1987 – sehr hohe Werte auf. Das Bildungswesen ist durch große Anteile der Ausländer an den Grundschulern und der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs gekennzeichnet. Für das Wohnungswesen weist die Volkszählung 1987 durchschnittlich eine geringe Anzahl der Wohnräume je Wohnung, dagegen eine große Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude aus. Drei Merkmale der öffentlichen Finanzen – Realsteuerkraft und Steuereinnahmekraft je Einwohner, Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital – erreichen besonders hohe Werte. Dies gilt auch für die Wohlstandsindikatoren Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen sowie verfügbares Einkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1986). Der Einzugsbereich der Bundeshauptstadt ist ferner durch einen sehr hohen Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand geprägt.

Um die Beschreibung der fünf Regionen abzurunden, wird im folgenden angegeben, wo diejenigen der 65 Merkmale, die nicht zu den 31 wichtigsten diskriminierenden Merkmalen gehören, in einer Region im Vergleich zu den anderen vier Regionen extreme – hohe oder niedrige – Merkmalswerte erreichen. In diesem Sinne fallen am nördlichen Eifelrand nur drei Merkmale auf. Der Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs ist hier deutlich höher als in jeder anderen Region. Dies gilt auch für den Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeit-

nehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987). Der Anteil der in biologischen Kläranlagen behandelten Abwassermengen (Berichtsjahr 1987) ist dagegen extrem niedrig.

Im Einzugsbereich der Bundeshauptstadt haben drei Merkmale minimale Werte: Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs; Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern; Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986). Bei elf Merkmalen erreicht diese Region dagegen maximale Werte. Fünf dieser Werte sind allgemein großstadttypisch: Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner; Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik; Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1987); Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe; (kommunale) öffentliche Schulden je Einwohner. Zwei Merkmale kennzeichnen speziell den Regierungssitz: Anteil der Ausländer an den Zuzügen; Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten. Besonders hohe Werte haben ferner die drei die Entsorgung beschreibenden Merkmale – jeweils Berichtsjahr 1987 – eingesammelte Abfallmenge (Haus- und Sperrmüll) je entsorgten Einwohner, Sonderabfallaufkommen im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern je Einwohner und Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner sowie der Anteil der Privatleute an den Insolvenzen.

Im südlichen Hochsauerland haben von den 34 betrachteten Merkmalen nur die Anzahl der Grundschüler je Grundschullehrer und der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der

Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle höhere Werte als in jeder anderen Region. Zehn Merkmale haben dagegen minimale Werte. Darunter sind drei Merkmale demographischer Art: prozentuale Veränderung der Einwohnerzahl im Zehnjahreszeitraum ab 1978; Anteile der Erwerbspersonen an den Zuzügen und an den Fortzügen. Die Veränderung der Einwohnerzahl ist dabei auffallend stark negativ. Zwei Merkmale mit minimalen Werten beziehen sich auf das Wohnungswesen: Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden; Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik. Weitere zwei Merkmale messen die Wirtschaftskraft: Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen (Berichtsjahr 1987) und zu Faktorkosten (Berichtsjahr 1986) je Erwerbstätigen. Minimale Werte weisen ferner der Anteil der Privatleute an den Insolvenzen, die Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und der Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner auf.

In Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen treten für elf Merkmale im definierten Sinne extreme Werte auf. Die Anteile der Erwerbspersonen an den Zuzügen und an den Fortzügen sind hier gegenüber den anderen Regionen maximal. Dies gilt auch für die beiden Merkmale des Wohnungswesens Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden und Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung. Dagegen ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb sehr gering. Das Beherbergungswesen ist durch eine lange durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten und einen niedrigen Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten gekennzeichnet. Beim Straßenverkehr fallen ein hoher Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner, dagegen

eine relativ niedrige Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner auf. Von den Merkmalen der Entsorgung (Berichtsjahr 1987) ist der Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner besonders niedrig, der Anteil der in biologischen Kläranlagen behandelten Abwassermengen dagegen hoch.

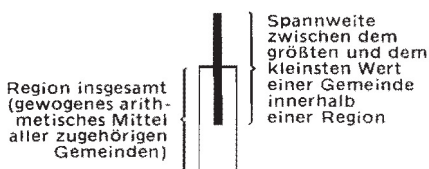
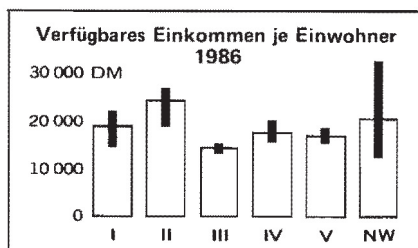
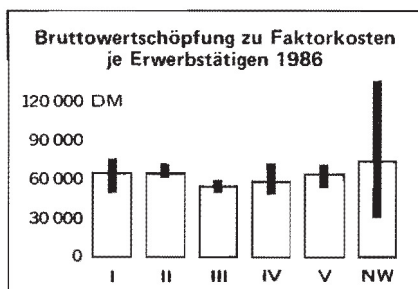
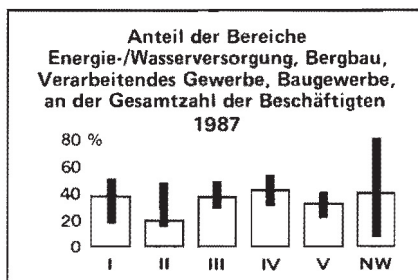
Im südlichen Münsterland erreichen 4 der 34 Merkmale extrem hohe Werte: prozentuale Zunahme der Einwohnerzahl im Zehnjahreszeitraum ab 1978; landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb; Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986); Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner. Neun Merkmale haben hier niedrigere Werte als in jeder anderen Region. Darunter befinden sich drei Merkmale der Bevölkerungsbewegung: Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner; Anteile der Ausländer an den Zuzügen und an den Fortzügen. Zwei Merkmale mit minimalen Werten beschreiben die Entsorgung (Berichtsjahr 1987): eingesammelte Abfallmenge (Haus- und Sperrmüll) je entsorgten Einwohner; Sonderabfallaufkommen im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern je Einwohner. Sehr klein ist der Anteil der an der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner (Berichtsjahr 1987). Besonders niedrige Werte haben ferner der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987), der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle und die (kommunalen) öffentlichen Schulden je Einwohner.

Die untersuchten Merkmale sind voneinander unterschiedlich stark abhängig. Die Graphik auf Seite 342 zeigt

dies am Beispiel des Industrialisierungsgrades (Anteil der Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe an der Gesamtzahl der Beschäftigten; Berichtsjahr 1987), der Wirtschaftskraft (Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Erwerbstätigen; Berichtsjahr 1986) und des Wohlstands (verfügbares Einkommen je Einwohner; Berichtsjahr 1986). Sowohl Wirtschaftskraft als auch Wohlstand sind unter den fünf Regionen im Einzugsbereich der Bundeshauptstadt am größten, am nördlichen Eifelrand am zweitgrößten und im südlichen Hochsauerland am kleinsten. Die mittleren Plätze in dieser Rangfolge werden nach der Wirtschaftskraft vom südlichen Münsterland vor Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen und nach dem Wohlstand von Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen vor dem südlichen Münsterland eingenommen. Nach dem Industrialisierungsgrad steht Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen vor dem nördlichen Eifelrand, dem südlichen Hochsauerland und dem südlichen Münsterland an der Spitze. Im Einzugsbereich der Bundeshauptstadt ist der Industrialisierungsgrad dagegen am geringsten, was offensichtlich ein Ausdruck des großen Gewichts der dort ansässigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sowie der Dienstleistungsberufe ist. Der Industrialisierungsgrad korreliert über die fünf Regionen mit der Wirtschaftskraft (Spearman'scher Rangkorrelationskoeffizient $r_s = -0,5$) und dem Wohlstand ($r_s = -0,2$) verhältnismäßig schwach negativ. Zwischen der Wirtschaftskraft und dem Wohlstand besteht dagegen mit $r_s = +0,9$ ein stark positiver Zusammenhang.

Die Mittelwerte und Streuungen sowie zum größten Teil auch die Maßeinheiten der Ursprungswerte der 65 Merkmale sind unterschiedlich. Die Beurteilung, in welcher Richtung und wie stark ein einzelner Ursprungswert einer Region vom Durchschnitt sämt-

Industrialisierungsgrad, Wirtschaftskraft und Wohlstand in fünf Regionen des Landes Nordrhein - Westfalen



I = nördlicher Eifelrand
II = Einzugsbereich der Bundeshauptstadt
III = südliches Hochsauerland
IV = Nord-Ost-Nordrhein-Westfalen
V = südliches Münsterland
NW = Land Nordrhein-Westfalen

licher Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen abweicht, ist daher von Merkmal zu Merkmal nicht vergleichbar. Um die Vergleichbarkeit herbeizuführen, ist eine Standardisierung aller Merkmale auf einheitliches Niveau und einheitliche Streuung sowie eine Abkoppelung von den Maßeinheiten erforderlich. Zu diesem Zweck wurde von jedem Merkmalswert jeder Region das ungewogene arithmetische Mittel des Merkmals über alle 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden subtrahiert und die Differenz durch die ungewogene deskriptive Standardabweichung des Merkmals über alle 396 Gemeinden dividiert. Diese standardisierten Werte sind dimensionslos und haben bei jedem Merkmal über die 396 Gemeinden das arithmetische Mittel Null und die Standardabweichung 1. An den standardisierten Werten ist für alle Merkmale vergleichbar direkt abzulesen, wie relativ weit – gemessen an der jeweiligen gewöhnlichen Streuung des Merkmals – eine einzelne Region vom Landesdurchschnitt – eigentlich vom ungewogenen arithmetischen Mittel aller Gemeinden – abweicht und ob die Richtung dieser Abweichung positiv oder negativ ist.

Die fünf Regionen weichen nach den einzelnen Merkmalen im allgemeinen in unterschiedlicher Richtung vom Landesdurchschnitt ab. Von den 65 Merkmalen haben nur die folgenden acht standardisierte Werte, die in allen Regionen einheitlich positiv (+) oder negativ (–) sind:

- Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner (+)
- Anteil der Realschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (+)
- Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern (–)
- Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1987) (–)

- Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986) (–)
- Anteil des Bereichs Energie-/Wasserversorgung/Bergbau an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987) (–)
- Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (–)
- Sonderabfallaufkommen im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern je Einwohner (Berichtsjahr 1987) (–)

Extreme standardisierte Werte, deren Absolutbeträge größer als 1 sind, treten am häufigsten – bei 24 Merkmalen – im Einzugsbereich der Bundeshauptstadt auf. Die extremsten positiven Werte – mit Beträgen größer als 2 – erreichen hier der Anteil des Bereichs Gebietskörperschaften/Sozialversicherung/Organisationen ohne Erwerbszweck/private Haushalte an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987), der Anteil der Personen mit Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern, die Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik, die Stimmenanteile der F.D.P. und der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1987 und das verfügbare Einkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1986). Die weiteren Merkmale mit extremen positiven (+) oder negativen (–) standardisierten Werten beziehen sich auf ...

... die Flächennutzung (Berichtsjahr 1985): Anteile der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche (+) bzw. der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche (–)

... die Bevölkerung: Anzahl der Einwohner je km² (+), Anteile (Volkszählung 1987) der Einwohner im Alter von unter 18 Jahren (–) bzw. der Ausländer (+) an der Gesamtbevölkerung, Anteil der Ausländer an den Grundschulern (+), Anzahl der Zuzüge (+) und der Fortzüge (+) je 1 000 Einwohner

... das Wohnungswesen (Volkszählung 1987): Anzahl der Wohnräume je Wohnung (–) und der Wohnungen je Wohngebäude (+)

Tabellenteil

... die Beschäftigten- und Branchenstruktur: Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern (-), Anteile (Berichtsjahr 1987) der Bereiche Land-/Forstwirtschaft (-) bzw. Verarbeitendes Gewerbe/Baugewerbe (-) an der Gesamtzahl der Beschäftigten

... die öffentlichen Finanzen: kommunale Schulden je Einwohner (+), Hebesatz der Gewerbesteuer (+)

... oder sind allgemein typisch für Verwaltungszentren: Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1986; +), Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand (+), Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner (+).

Die Region mit der zweitgrößten Anzahl extremer standardisierter Werte – bei 13 Merkmalen – ist das südliche Hochsauerland. Hier erreicht die Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner den größten positiven Wert, der in einer der fünf Regionen bei einem der 65 Merkmale vorkommt. Die weiteren Merkmale mit extremen Werten betreffen ...

... das Wählerverhalten: Stimmenanteile der CDU (+), SPD (-) und der GRÜNEN (-) bei der Bundestagswahl 1987

... das Bildungswesen: Anzahl der Grundschüler je Grundschullehrer (+), Anteil der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (+)

... das Wohnungswesen: Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden (-), Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik (-)

... den Wohlstand (Berichtsjahr 1986): Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen (-) sowie verfügbares Einkommen (-) je Einwohner

... den Straßenverkehr: Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeug-

bestand (-), Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (-)

... die Branchenstruktur (Berichtsjahr 1987): Anteil des Bereichs Kreditinstitute / Versicherungsgewerbe / Dienstleistungsunternehmen / freie Berufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten (+).

Für Nord - Ost - Nordrhein - Westfalen weisen die folgenden acht Merkmale extreme standardisierte Werte auf: Anteile (Volkszählung 1987) der Einwohner im Alter ab 65 Jahren (+) bzw. der Ausländer (-) an der Gesamtbevölkerung; Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung (+); Anzahl (Volkszählung 1987) der Wohnräume je vorhandene Wohnung (+); Anteil (Berichtsjahr 1987) der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten (+); durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten (+); Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (+); Anteil (Berichtsjahr 1987) der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (-).

Auch im südlichen Münsterland haben acht Merkmale standardisierte Werte mit Absolutbeträgen größer als 1: Anteile (Volkszählung 1987) der Einwohner im Alter von unter 18 Jahren (+) und im Alter ab 65 Jahren (-) bzw. der Ausländer (-) an der Gesamtbevölkerung; Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner (-); Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl 1987 (-); Anteil der Ausländer an den Grundschülern (-); Anteil der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (-); Anteil (Berichtsjahr 1987) der an der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner (-).

Am nördlichen Eifelrand erreicht kein Merkmal einen in diesem Sinne extremen standardisierten Wert. Unter den fünf untersuchten Regionen erscheint diese damit – gemessen am Landesdurchschnitt – als am meisten ausgeglichen. ■

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im nordrhein-westfälischen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978 – 1987											
Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen						
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- ausstat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
Anzahl				1 000 DM						DM	%
1978	11 469	9 851	2 245 934	301 379 955	1 887 092	191 328	9 675 960	11 754 380	198 977	5 234	3,9
1979	11 431	10 131	2 235 369	334 418 175	2 113 948	178 856	10 894 933	13 187 737	149 909	5 900	3,9
1980	11 155	9 619	2 214 168	353 530 188	2 495 071	355 890	12 153 639	15 004 600	201 890	6 777	4,2
1981	11 165	9 707	2 150 032	366 363 909	2 324 316	318 556	12 662 506	15 305 378	171 477	7 119	4,2
1982	10 823	9 368	2 067 991	366 928 890	2 330 911	264 037	12 305 761	14 900 709	140 201	7 205	4,1
1983	10 718	9 331	1 982 683	376 344 399	2 434 379	395 963	13 701 510	16 531 852	372 043	8 338	4,4
1984	10 533	9 209	1 951 071	403 523 101	2 268 793	389 561	12 714 213	15 372 567	284 396	7 879	3,8
1985	10 381	9 092	1 965 214	423 980 597	2 304 395	269 968	15 157 575	17 731 938	342 179	9 023	4,2
1986	10 365	9 144	1 981 594	412 046 980	2 653 081	267 198	15 291 261	18 211 541	330 625	9 190	4,4
1987	10 404	9 181	1 960 462	407 102 726	2 732 484	320 844	15 457 406	18 528 734	311 549	9 451	4,6

1) ohne Umsatzsteuer — — — Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Bundesgebiet 1977 – 1987							
Jahr	Unternehmen 31. 12.	Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen			
				insgesamt	darunter Maschinen und maschinelle Anlagen, Werk- zeuge, Betriebs- und Geschäfts- ausstattungen	je Beschäftigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
	Anzahl		Mill. DM			DM	%
1977	36 945	7 592 865	971 320	41 245	32 750	5 432	4,2
1978	36 593	7 629 766	1 016 104	41 875	33 888	5 488	4,1
1979	36 873	7 702 704	1 123 120	47 522	38 053	6 170	4,2
1980	36 624	7 701 611	1 213 390	55 220	43 648	7 170	4,6
1981	35 893	7 501 635	1 265 020	54 733	43 945	7 296	4,3
1982	34 798	7 219 759	1 292 300	54 331	44 373	7 525	4,2
1983	34 188	6 943 497	1 326 500	56 734	46 803	8 171	4,3
1984	33 850	6 902 328	1 408 213	55 320	45 355	8 015	3,9
1985	33 483	7 019 497	1 504 030	64 649	54 368	9 210	4,3
1986	33 578	7 144 291	1 479 706	73 859	60 850	10 338	5,0
1987	33 646	7 115 926	1 490 595	77 587	63 774	10 903	5,2

1) ohne Umsatzsteuer — — — Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Bergbau und im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe 1978 – 1987											
Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen						
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
Anzahl			1 000 DM						DM	%	
Bergbau											
1978	141	114	183 465	16 379 226	152 168	58 983	1 056 560	1 267 711	8 153	6 910	7,7
1979	130	117	180 744	19 104 516	182 246	53 256	1 078 143	1 313 645	7 524	7 268	6,9
1980	126	113	182 889	19 931 714	209 355	153 732	1 248 832	1 611 919	21 081	8 814	8,1
1981	123	114	184 586	21 817 283	213 869	141 340	1 708 061	2 063 270	14 870	11 178	9,5
1982	120	109	183 227	22 164 832	334 408	138 824	2 010 715	2 483 947	11 300	13 557	11,2
1983	118	103	177 568	23 697 429	323 523	105 705	1 951 984	2 381 212	14 131	13 410	10,0
1984	113	100	167 529	25 714 914	283 981	178 794	1 319 673	1 782 448	45 459	10 640	6,9
1985	106	96	164 405	25 484 808	204 475	133 793	1 373 285	1 711 553	20 202	10 411	6,7
1986	105	96	162 393	24 488 603	260 756	135 231	1 339 333	1 735 320	28 813	10 686	7,1
1987	103	93	156 158	23 949 307	246 620	164 945	1 239 713	1 651 278	44 655	10 574	6,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe											
1978	1 934	1 672	623 445	113 887 455	632 361	61 651	3 686 451	4 380 463	43 776	7 026	3,8
1979	1 974	1 745	617 937	134 517 862	747 040	53 613	4 166 239	4 966 892	36 344	8 038	3,7
1980	1 941	1 690	619 211	144 466 931	874 007	131 016	5 209 226	6 214 249	43 547	10 036	4,3
1981	1 956	1 741	597 199	152 082 103	850 674	106 630	5 068 858	6 026 162	38 018	10 091	4,0
1982	1 894	1 660	573 061	147 437 079	731 122	51 573	4 633 490	5 416 185	30 936	9 451	3,7
1983	1 852	1 623	543 898	150 874 863	822 686	215 101	4 729 974	5 767 761	204 953	10 604	3,8
1984	1 852	1 619	531 284	164 627 064	655 873	143 544	4 379 815	5 179 232	81 597	9 749	3,1
1985	1 812	1 573	530 636	172 667 689	818 247	81 068	6 258 083	7 157 398	138 985	13 488	4,1
1986	1 766	1 533	527 841	151 398 463	919 436	64 040	5 622 448	6 605 924	71 321	12 515	4,4
1987	1 756	1 547	513 276	141 991 022	898 716	64 704	5 693 796	6 657 216	65 808	12 970	4,7

1) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der chemischen und eischaffenden Industrie 1978 – 1987											
Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen						
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
Anzahl			1 000 DM							DM	%
chemische Industrie											
1978	432	391	209 783	46 793 932	294 796	16 955	1 674 342	1 986 093	10 090	9 467	4,2
1979	422	385	205 543	54 383 366	303 533	14 582	1 657 978	1 976 093	12 679	9 614	3,6
1980	417	378	209 112	50 586 607	410 848	42 266	1 921 688	2 374 802	16 649	11 357	4,7
1981	413	379	206 455	54 864 087	405 151	36 881	1 865 233	2 307 265	21 884	11 176	4,2
1982	403	371	200 789	54 810 120	329 337	16 867	1 738 199	2 084 403	6 909	10 381	3,8
1983	398	364	193 779	58 753 100	290 545	11 819	1 689 447	1 991 811	23 100	10 279	3,4
1984	388	359	193 148	64 672 343	323 235	21 388	1 724 235	2 068 858	19 326	10 711	3,2
1985	393	365	195 626	69 159 964	289 379	17 155	2 196 957	2 503 491	19 376	12 797	3,6
1986	381	358	197 974	62 014 200	409 183	15 258	2 451 586	2 876 027	27 250	14 527	4,6
1987	387	366	198 334	61 696 621	426 103	13 030	2 796 625	3 235 759	11 701	16 315	5,2
eischaffende Industrie											
1978	131	120	207 881	27 923 557	159 189	10 581	819 652	989 422	8 697	4 760	3,5
1979	128	120	206 577	31 867 370	219 856	4 473	1 094 293	1 318 622	5 021	6 383	4,1
1980	128	119	200 702	32 315 953	201 685	19 272	1 374 248	1 595 205	7 518	7 948	4,9
1981	131	122	190 875	32 848 198	234 876	5 317	1 488 857	1 729 050	5 157	9 059	5,3
1982	125	116	182 419	30 669 229	183 566	5 759	1 113 063	1 302 388	3 075	7 140	4,2
1983	122	118	166 462	27 624 682	311 251	164 477	1 007 396	1 483 124	.	8 910	5,4
1984	125	119	156 968	32 108 490	116 713	61 628	1 130 943	1 309 284	.	8 341	4,1
1985	129	120	155 436	34 822 413	263 182	10 474	1 919 633	2 193 289	101 043	14 111	6,3
1986	126	114	150 126	30 207 596	225 033	1 454	1 311 666	1 538 153	15 713	10 246	5,1
1987	126	111	139 941	26 896 023	200 573	3 744	1 195 720	1 400 037	1 619	10 004	5,2

1) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Betriebe im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und des Maschinenbaus 1978 – 1987

Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen							
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾	
Anzahl				1 000 DM							DM	%
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe												
1978	5 062	4 367	919 541	101 519 415	690 132	35 870	2 934 580	3 660 582	108 573	3 981	3,6	
1979	5 093	4 567	920 083	107 424 120	701 714	46 366	3 473 878	4 221 958	62 836	4 589	3,9	
1980	4 987	4 355	912 064	112 254 414	875 999	36 871	3 417 228	4 330 098	77 901	4 748	3,9	
1981	5 032	4 417	891 186	114 077 397	749 384	37 164	3 526 277	4 312 825	70 568	4 839	3,8	
1982	4 940	4 304	867 053	118 177 377	756 721	53 799	3 388 051	4 198 571	48 644	4 842	3,6	
1983	4 907	4 320	833 260	120 747 714	731 546	42 538	4 222 870	4 996 954	65 536	5 997	4,1	
1984	4 824	4 280	826 753	128 149 751	760 540	31 014	4 485 175	5 276 729	67 246	6 382	4,1	
1985	4 826	4 292	849 399	139 415 127	809 687	33 404	4 891 833	5 734 924	94 998	6 752	4,1	
1986	4 893	4 370	869 153	148 134 251	968 936	36 349	5 102 686	6 107 971	134 310	7 027	4,1	
1987	4 941	4 395	866 803	151 603 444	984 308	66 992	5 232 254	6 283 553	145 710	7 249	4,1	
Maschinenbau												
1978	1 480	1 299	301 992	30 720 500	199 787	17 076	791 394	1 008 257	27 515	3 339	3,3	
1979	1 491	1 363	302 408	33 929 842	198 951	17 600	881 986	1 098 537	16 583	3 633	3,2	
1980	1 472	1 301	300 216	35 687 192	252 557	10 074	947 338	1 209 969	21 609	4 030	3,4	
1981	1 489	1 317	298 769	36 964 866	217 312	13 282	976 907	1 207 501	33 045	4 042	3,3	
1982	1 460	1 299	289 005	38 008 356	252 711	11 507	891 300	1 155 518	14 040	3 998	3,0	
1983	1 474	1 306	276 907	37 662 468	241 782	9 642	1 053 724	1 305 148	25 730	4 713	3,5	
1984	1 448	1 294	268 860	40 659 520	210 736	7 250	972 581	1 190 567	19 820	4 428	2,9	
1985	1 444	1 300	277 359	42 830 774	182 456	10 270	1 238 682	1 431 408	27 768	5 161	3,3	
1986	1 474	1 336	283 188	44 776 818	287 278	11 731	1 453 798	1 752 807	62 554	6 190	3,9	
1987	1 512	1 357	280 685	45 413 270	272 367	19 437	1 452 904	1 744 708	49 682	6 216	3,8	

1) ohne Umsatzsteuer — — — Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten und im Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kraftfahrzeugen u. a. 1978 – 1987

Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen						
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
Anzahl			1 000 DM							DM	%
Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten											
1978	741	632	182 331	18 327 925	109 647	2 832	474 417	586 896	5 713	3 219	3,2
1979	758	688	183 183	19 400 428	96 728	2 896	548 453	648 077	13 449	3 538	3,3
1980	750	659	184 690	21 048 396	127 770	8 628	616 535	752 933	8 209	4 077	3,6
1981	764	679	181 865	21 249 217	142 824	8 338	662 257	813 419	12 392	4 473	3,8
1982	762	660	177 724	21 691 556	149 454	9 724	636 465	795 643	7 871	4 477	3,7
1983	757	665	171 981	23 216 245	156 640	23 972	707 542	888 154	6 569	5 164	3,8
1984	747	658	171 650	24 218 233	148 014	4 666	752 739	905 419	7 426	5 275	3,7
1985	766	681	178 920	26 705 784	176 078	9 713	946 024	1 131 815	22 954	6 326	4,2
1986	777	689	185 175	27 961 449	164 618	7 733	1 026 262	1 198 613	9 611	6 473	4,3
1987	793	704	187 394	30 074 654	196 318	4 585	1 014 728	1 215 632	12 854	6 487	4,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen u. a.											
1978	492	405	129 384	19 590 460	162 923	2 629	835 381	1 000 933	23 565	7 736	5,1
1979	489	435	131 449	19 781 245	126 616	4 885	1 069 135	1 200 636	2 165	9 134	6,1
1980	471	421	122 930	18 463 636	125 069	5 501	717 124	847 694	4 507	6 896	4,6
1981	466	419	119 097	19 399 086	101 538	3 600	812 925	918 063	4 673	7 709	4,7
1982	468	420	118 454	21 195 932	152 684	17 321	804 385	974 390	13 194	8 226	4,6
1983	478	425	118 161	22 828 482	134 609	1 454	1 357 763	1 493 826	5 072	12 642	6,5
1984	458	409	120 645	23 431 298	121 646	5 683	1 456 200	1 583 529	3 179	13 126	6,8
1985	442	394	121 395	26 655 830	167 916	1 726	1 246 501	1 416 143	.	11 666	5,3
1986	437	387	122 467	29 384 325	146 512	1 141	1 013 742	1 161 395	25 440	9 483	4,0
1987	431	380	122 461	30 966 038	126 056	8 746	1 019 631	1 154 432	.	9 427	3,7

1) ohne Umsatzsteuer — — — Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 1978 – 1987

Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen							Verhältnis zum Umsatz ²⁾
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten		
Anzahl		1 000 DM							DM	%		
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe												
1978	3 509	2 975	406 430	43 398 663	280 122	18 865	1 338 344	1 637 331	26 464	4 029	3,8	
1979	3 457	3 002	406 494	46 653 285	310 904	13 601	1 455 842	1 780 347	24 193	4 380	3,8	
1980	3 340	2 778	389 346	48 047 487	322 427	26 853	1 490 806	1 840 086	27 505	4 726	3,8	
1981	3 304	2 758	366 995	47 652 914	301 336	18 618	1 456 508	1 776 462	31 660	4 841	3,7	
1982	3 137	2 630	337 354	47 000 194	277 875	11 937	1 360 502	1 650 314	30 125	4 892	3,5	
1983	3 063	2 574	323 293	48 671 153	332 787	20 206	1 816 988	2 169 981	65 695	6 712	4,5	
1984	2 978	2 522	319 289	51 526 909	332 647	14 095	1 662 609	2 009 351	32 910	6 293	3,9	
1985	2 878	2 456	315 662	53 006 236	336 318	11 642	1 790 666	2 138 626	60 158	6 775	4,0	
1986	2 842	2 447	316 581	54 673 719	284 907	14 005	2 180 686	2 479 598	18 357	7 832	4,5	
1987	2 848	2 468	318 489	56 402 114	356 501	12 979	2 211 391	2 580 872	37 049	8 103	4,6	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe												
1978	823	723	113 053	26 195 194	132 307	15 960	660 022	808 289	12 012	7 150	3,1	
1979	777	700	110 111	26 718 391	172 044	12 020	720 831	904 895	19 009	8 218	3,4	
1980	761	683	110 658	28 829 640	213 275	7 420	787 540	1 008 235	31 856	9 111	3,5	
1981	750	677	110 066	30 734 209	209 053	14 805	902 808	1 126 666	16 361	10 236	3,7	
1982	732	665	107 296	32 149 402	230 780	7 907	913 001	1 151 688	19 198	10 734	3,6	
1983	778	711	104 664	32 353 240	223 837	12 413	979 694	1 215 944	21 728	11 618	3,8	
1984	766	688	106 216	33 504 466	235 748	22 112	866 939	1 124 799	57 181	10 590	3,4	
1985	759	675	105 112	33 406 732	135 668	10 056	843 705	989 429	27 834	9 413	3,0	
1986	759	698	105 626	33 351 943	219 043	17 576	1 046 108	1 282 727	77 821	12 144	3,8	
1987	756	678	105 736	33 156 838	246 339	11 225	1 098 252	1 355 816	18 329	12 823	4,1	

1) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Ruhrgebiet und in der kreisfreien Stadt Duisburg 1978 – 1987

Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen							Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten		
Anzahl		1 000 DM							DM	%		
Ruhrgebiet												
1978	2 038	1 667	640 428	89 942 118	439 262	62 400	2 767 611	3 269 273	23 069	5 105	3,6	
1979	2 037	1 750	635 641	104 079 851	587 533	23 535	3 165 900	3 776 968	40 116	5 942	3,6	
1980	1 983	1 683	628 567	110 412 213	618 916	90 226	3 581 966	4 291 108	36 140	6 827	3,9	
1981	2 004	1 723	614 267	115 664 212	582 068	69 175	3 741 541	4 392 784	27 674	7 151	3,8	
1982	1 968	1 674	593 209	113 222 800	585 945	40 301	3 148 687	3 774 933	27 760	6 364	3,3	
1983	1 962	1 669	560 434	115 920 300	678 653	200 796	3 724 428	4 603 877	171 946	8 215	4,0	
1984	1 924	1 641	534 586	120 351 345	502 796	136 688	3 571 967	4 211 451	80 232	7 878	3,5	
1985	1 873	1 597	530 834	125 056 444	590 654	53 030	4 506 963	5 150 647	38 064	9 703	4,1	
1986	1 841	1 579	525 081	112 840 480	664 999	59 064	3 996 142	4 720 205	48 198	8 989	4,2	
1987	1 849	1 604	513 611	110 917 351	675 633	98 429	4 089 331	4 863 392	23 617	9 469	4,4	
kreisfreie Stadt Duisburg												
1978	200	162	103 102	13 939 181	112 069	19 033	587 048	718 150	2 122	6 965	5,2	
1979	195	165	101 166	15 840 114	175 046	3 527	774 483	953 056	2 508	9 421	6,0	
1980	186	158	99 512	15 918 054	142 006	10 823	844 588	997 417	11 603	10 023	6,3	
1981	192	165	97 580	15 732 636	132 190	2 005	983 852	1 118 047	1 728	11 458	7,1	
1982	176	149	94 564	14 522 978	115 612	4 271	557 137	677 020	1 124	7 159	4,7	
1983	175	149	87 012	14 424 705	109 932	13 203	702 312	825 447	.	9 487	5,7	
1984	173	150	81 741	15 633 102	115 921	72 580	749 166	937 667	28 839	11 471	6,0	
1985	171	157	81 016	16 651 897	153 470	4 827	1 104 571	1 262 868	13 409	15 588	7,6	
1986	177	157	80 458	15 133 327	170 521	10 010	967 795	1 148 326	5 104	14 272	7,6	
1987	174	160	76 831	13 956 384	184 248	2 294	968 403	1 154 945	455	15 032	8,3	

1) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

**Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
im Regierungsbezirk Köln und im Erftkreis 1978 – 1987**

Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen						
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
Anzahl			1 000 DM						DM	%	
Regierungsbezirk Köln											
1978	1 976	1 687	455 599	67 316 475	427 518	55 735	2 659 672	3 142 925	31 641	6 898	4,7
1979	1 968	1 720	453 417	75 063 069	411 651	61 324	2 881 197	3 354 172	23 326	7 398	4,5
1980	1 922	1 666	446 981	79 377 542	523 237	159 584	3 095 009	3 777 830	37 597	8 452	4,8
1981	1 928	1 689	434 749	83 719 121	577 702	170 115	3 448 443	4 196 260	51 840	9 652	5,0
1982	1 878	1 646	421 960	84 882 442	544 709	136 511	3 725 524	4 406 744	22 519	10 444	5,2
1983	1 861	1 645	407 559	87 923 108	618 863	102 119	4 013 606	4 734 588	85 836	11 617	5,4
1984	1 823	1 612	403 545	96 315 946	629 744	147 838	3 426 791	4 204 373	75 036	10 419	4,4
1985	1 812	1 590	409 186	100 690 568	568 649	120 668	3 979 191	4 668 508	137 670	11 409	4,6
1986	1 822	1 614	413 596	97 050 253	648 186	99 582	3 935 150	4 682 918	133 288	11 322	4,8
1987	1 819	1 603	409 266	93 033 446	558 118	79 720	3 908 164	4 546 002	49 374	11 108	4,9
Erftkreis											
1978	141	118	39 050	9 540 713	45 521	7 223	372 160	424 904	1 345	10 881	4,5
1979	146	126	41 136	12 150 141	41 054	6 187	437 918	485 159	832	11 794	4,0
1980	141	119	40 384	13 263 337	73 827	21 234	598 720	693 781	287	17 180	5,2
1981	142	122	40 342	14 678 047	71 696	6 731	600 183	678 610	.	16 821	4,6
1982	141	123	39 958	14 550 882	77 368	10 235	653 492	741 095	746	18 547	5,1
1983	143	122	39 296	15 118 606	158 283	7 888	459 061	625 232	4 671	15 911	4,1
1984	141	121	38 977	16 499 829	103 255	6 936	579 045	689 236	1 356	17 683	4,2
1985	145	126	39 668	16 881 935	63 478	11 762	801 069	876 309	2 152	22 091	5,2
1986	143	131	39 820	14 122 668	85 727	22 964	646 083	754 774	.	18 955	5,3
1987	146	127	39 757	12 994 022	67 986	7 380	729 298	804 664	1 337	20 240	6,2

1) ohne Umsatzsteuer — — — Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

**Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
im Regierungsbezirk Detmold 1978 – 1987**

Jahr	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	Bruttoanlageinvestitionen						
	ins- gesamt	mit In- vestitionen			bebaute Grundstücke und Bauten	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschi- nelle Anla- gen, Werk- zeuge, Be- triebs- und Geschäfts- austat- tungen	ins- gesamt	darunter bebaute Grundstücke und Bauten in ge- brauchtem Zustand	je Beschäf- tigten	Verhältnis zum Umsatz ¹⁾
Anzahl				1 000 DM						DM	%
1978	1 844	1 580	244 320	29 091 050	220 221	10 696	822 534	1 053 451	24 624	4 312	3,6
1979	1 823	1 616	244 184	31 404 912	216 766	17 537	904 953	1 139 256	12 179	4 666	3,6
1980	1 789	1 522	243 200	33 395 649	242 785	10 954	1 021 622	1 275 361	22 907	5 244	3,8
1981	1 778	1 500	237 088	34 098 901	217 589	18 114	948 369	1 184 072	18 073	4 994	3,5
1982	1 706	1 425	225 077	34 694 287	245 179	11 784	1 016 573	1 273 536	27 792	5 658	3,7
1983	1 702	1 420	219 120	36 078 480	248 217	14 924	1 131 196	1 394 337	21 603	6 363	3,9
1984	1 670	1 409	222 013	38 543 348	266 305	15 088	1 145 053	1 426 446	23 349	6 425	3,7
1985	1 629	1 383	225 258	40 243 911	289 034	10 022	1 337 589	1 636 645	44 460	7 266	4,1
1986	1 615	1 385	230 319	42 098 563	318 172	14 053	1 951 237	2 283 461	38 545	9 914	5,4
1987	1 602	1 407	231 608	44 322 327	341 810	35 875	1 731 993	2 109 678	46 799	9 109	4,8

1) ohne Umsatzsteuer — — — Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen sowie Leasing im Verhältnis zu den Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1981 – 1987 nach Hauptgruppen

Merkmal		1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Bergbau								
Investitionen insgesamt	1 000 DM	2 063 270	2 483 948	2 381 212	1 782 448	1 711 553	1 735 320	1 651 278
Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen	1 000 DM	82 291	89 665	102 937	103 280	102 128	109 834	109 217
Leasing im Verhältnis an den Investitionen	%	4,0	3,6	4,3	5,8	6,0	6,3	6,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe								
Investitionen insgesamt	1 000 DM	6 026 163	5 416 185	5 767 758	5 179 231	7 157 399	6 605 924	6 657 216
Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen	1 000 DM	756 456	1 067 885	1 153 165	1 137 020	1 145 447	992 719	912 154
Leasing im Verhältnis an den Investitionen	%	12,6	19,7	20,0	22,0	16,0	15,0	13,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe								
Investitionen insgesamt	1 000 DM	4 312 825	4 198 571	4 996 953	5 276 730	5 734 923	6 107 971	6 283 553
Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen	1 000 DM	946 978	1 085 087	1 217 551	1 279 976	1 395 768	1 490 548	1 563 052
Leasing im Verhältnis an den Investitionen	%	22,0	25,8	24,4	24,3	24,3	24,4	24,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe								
Investitionen insgesamt	1 000 DM	1 776 462	1 650 314	2 169 984	2 009 352	2 138 626	2 479 598	2 580 872
Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen	1 000 DM	494 953	529 440	590 910	603 739	629 273	675 231	729 229
Leasing im Verhältnis an den Investitionen	%	27,9	32,1	27,2	30,0	29,4	27,2	28,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe								
Investitionen insgesamt	1 000 DM	1 126 665	1 151 688	1 215 947	1 124 799	989 430	1 282 728	1 355 816
Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen	1 000 DM	201 519	212 961	238 588	261 591	272 464	286 534	295 267
Leasing im Verhältnis an den Investitionen	%	17,9	18,5	19,6	23,3	27,5	22,3	21,8
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
Investitionen insgesamt	1 000 DM	15 305 378	14 900 706	16 531 853	15 372 559	17 731 931	18 211 540	18 528 734
Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen	1 000 DM	2 482 195	2 985 037	3 303 151	3 385 606	3 545 079	3 554 865	3 608 920
Leasing im Verhältnis an den Investitionen	%	16,2	20,0	20,0	22,0	20,0	19,5	19,5

Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

**Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978 und 1987
nach Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen**

Lfd. Nr.	Beschäftigtengrößenklasse Umsatzgrößenklasse	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Umsatz ¹⁾	bebaute Grundstücke und Bauten
		insgesamt	mit Investitionen			
1978						
	Betriebe mit ... Beschäftigten					
1	1 – 19	338	191	3 723	701 972	4 291
2	20 – 49	4 551	3 700	149 329	17 228 484	129 653
3	50 – 99	2 746	2 433	195 265	23 095 593	160 977
4	100 – 199	1 763	1 603	246 521	29 308 771	201 120
5	200 – 499	1 311	1 214	403 170	52 694 534	322 134
6	500 – 999	420	390	292 848	47 268 828	214 069
7	1 000 – 4 999	309	290	597 860	80 847 100	507 871
8	5 000 und mehr	31	30	357 218	50 234 669	346 985
	Betriebe mit Umsatz von ... bis unter ... DM					
9	bis unter 5 Mill.	4 737	3 837	182 334	12 816 277	126 345
10	5 Mill. – 10 Mill.	2 251	2 032	164 718	16 045 583	135 362
11	10 Mill. – 25 Mill.	2 062	1 921	303 903	32 621 439	240 437
12	25 Mill. – 50 Mill.	887	832	253 328	31 191 184	186 416
13	50 Mill. – 100 Mill.	499	467	259 943	34 512 845	183 922
14	100 Mill. und mehr	487	461	962 327	174 192 623	908 119
15	Betriebe ohne Umsatz	546	301	119 381	–	106 506
1987						
	Betriebe mit ... Beschäftigten					
1	1 – 19	512	318	4 589	1 482 535	9 384
2	20 – 49	3 951	3 334	131 476	22 212 637	155 126
3	50 – 99	2 507	2 288	176 434	32 619 577	211 644
4	100 – 199	1 613	1 506	226 738	41 693 475	297 578
5	200 – 499	1 153	1 090	358 083	73 578 425	484 263
6	500 – 999	372	356	260 735	61 053 586	321 793
7	1 000 – 4 999	274	267	540 244	108 237 270	742 157
8	5 000 und mehr	22	22	262 163	66 225 221	510 539
	Betriebe mit Umsatz von ... bis unter ... DM					
9	bis unter 5 Mill.	3 078	2 442	100 436	9 128 140	62 210
10	5 Mill. – 10 Mill.	2 198	1 986	119 594	15 795 114	134 906
11	10 Mill. – 25 Mill.	2 243	2 100	224 370	35 545 762	258 862
12	25 Mill. – 50 Mill.	1 140	1 075	222 021	40 105 129	286 235
13	50 Mill. – 100 Mill.	668	638	231 760	46 359 219	313 714
14	100 Mill. und mehr	687	660	963 558	260 169 361	1 559 367
15	Betriebe ohne Umsatz	390	280	98 723	–	109 436

1) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

Die Bevölkerung der Gemeinden Nordrhein-Westfalens
am 30. Juni 1989, Fortschreibungsergebnisse auf Basis
der Volkszählung vom 25. Mai 1987
(38 Seiten, 3,50 DM; Bestell-Nr.: A 12 3 8921)

Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien
Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens,
Bevölkerungsprognose 1988 bis 2005/2020
(104 Seiten, 10,00 DM; Bestell-Nr.: A 18 2 8800)

Die Kapitalgesellschaften in Nordrhein-Westfalen 1985 – 1988
(110 Seiten, 10,50 DM; Bestell-Nr. D 11 2 8800)

Gewerbemeldungen in Nordrhein-Westfalen 1981 – 1988
(72 Seiten, 7,50 DM; Bestell-Nr.: D 12 2 8800)

Maßnahmen der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen 1988
(68 Seiten, 6,50 DM; Bestell-Nr.: K 15 3 8800)

Die Entstehung der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit
und Vermögen sowie Erwerbstätige und Arbeitnehmer
in Nordrhein-Westfalen 1970 – 1988
(20 Seiten, 2,00 DM; Bestell-Nr.: P 15 3 8800)

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau
und Verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen 1987
(42 Seiten, 4,50 DM; Bestell-Nr.: Q 12 3 8700)

Zu beziehen
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unser Veröffentlichungsverzeichnis.



Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende	1 000	16 801	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	9 103	...
3	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,5	...
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	15 490	...
5	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	...
6	Totgeborene	je 1 000 Geborene	3,6	...
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 582	...
8	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	...
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	130	...
10	je 1 000 Lebendgeborene		8,4	...
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)	Anzahl	-9,2	...
12	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		-0,1	...
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	29 327	...
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	18 393	...
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	+10 934	...
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	39 675	...
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	751	686
18	* darunter Männer	"	409	367
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	1 955	1 944
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	559	551
21	* Schweine	"	6 093	5 996
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 365	2 305
23	* Zuchtsauen	"	619	615
24	* darunter trächtig	"	410	416
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft				
25	* Rinder	1 000 St.	73	70
26	* Kälber	"	23	16
27	* Schweine	"	996	947
28	* darunter Hausschlachtungen	"	9	7
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	110	106
30	* darunter Rinder	"	22	22
31	* Kälber	"	3	2
32	* Schweine	"	85	82
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	1 416	1 278
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	3 233	3 369
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	4 051	4 215
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	239	241
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95,9	96,2
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,9	14,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangindex (nominal)	1985 = 100	107	117
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	104	109
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 942	1 965
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 344	1 362
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	183 941	184 987
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 496	4 721
45	* Gehälter (brutto)	"	3 180	3 308
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	36 340	38 968
47	* darunter Auslandsumsatz	"	10 776	11 803

1) Bei den Werten des Jahres 1989 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1988	1989				1990		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
16 874	16 885	16 893	1
12 261	3 390	4 130	2
8,6	2,4	3,2	3
15 249	13 920	14 079	4
10,7	9,7	10,9	5
2,9	3,8	3,1	6
17 043	15 796	15 629	7
11,9	11,0	12,1	8
138	123	137	9
9,0	8,8	9,7	10
-1 794	-1 876	-1 550	11
-1,3	-1,3	-1,2	12
31 835	31 691	26 956	13
18 462	19 308	16 860	14
+13 373	+12 383	+10 096	15
47 560	43 073	35 373	16
723	743	738	655	670	694	687	17
395	409	407	342	354	370	366	18
1 955	.	.	.	1 944	.	.	19
559	.	.	.	551	.	.	20
6 093	.	.	.	5 996	.	.	21
2 365	.	.	.	2 305	.	.	22
619	.	.	.	615	.	.	23
410	.	.	.	416	.	.	24
78	63	66	83	64	70	68	25
23	17	12	15	16	13	12	26
1 063	990	897	990	946	1 012	893	27
16	14	10	13	13	12	8	28
117	111	99	114	104	113	102	29
24	19	20	26	20	22	22	30
3	2	2	2	2	2	2	31
90	89	77	86	82	88	78	32
864	1 157	1 764	1 051	646	1 155	1 123	33
2 915	3 582	3 023	3 241	2 999	3 721	3 018	34
4 497	4 250	3 967	4 445	4 283	4 525	4 085	35
226	231	208	213	221	224	200	36
95,0	95,3	95,5	95,3	95,3	95,4	94,8	37
13,3	13,4	13,4	13,0	13,1	13,1	13,0	38
110	116	117	118	108	124	120	39
106	101	107	120	115	104	112	40
1 940	1 944	1 949	1 976	1 969	2 001	2 004	41
1 341	1 346	1 349r	1 369	1 362	1 383	1 387	42
176 087	191 668	180 611r	191 239	170 774	193 947	185 786	43
4 761	4 344	4 108	5 611	4 778	4 716	4 393	44
3 391	3 097	3 026r	4 299	3 452	3 448	3 231	45
38 313	37 037	36 493r	41 184	38 956	39 856	38 097	46
11 721	11 017	11 176r	12 115	11 891	11 501	11 223	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1988 bzw. 1989: Viehbestand am 2. Dezember 1988 bzw. 3. Dezember 1989 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 102	2 017
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	972	1 017
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	292	304
4	* Erd- und Erdölgas	"	679	713
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	444	394
6	* leichtes Heizöl	"	169	148
7	* schweres Heizöl	"	276	246
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 642	6 704
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 865	2 797
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	86	84
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	148	141
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	120	113
13	geleistete Arbeiterstunden	"	13 497	12 622
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	421	411
15	Gehälter (brutto)	"	176	176
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 005	1 734
17	darunter Auslandsumsatz	"	204	129
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	99	106
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	104	105
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	505	503
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	330	329
22	geleistete Arbeiterstunden	"	45 707	44 837
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 232	1 279
24	Gehälter (brutto)	"	1 026	1 062
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 078	13 970
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 335	4 648
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	114	128
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	107	117
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	860	881
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	587	603
31	geleistete Arbeiterstunden	"	81 007	83 149
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 933	2 066
33	Gehälter (brutto)	"	1 434	1 499
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 271	14 551
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 917	5 496
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	114	123
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	107	111
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	325	337
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	241	250
40	geleistete Arbeiterstunden	"	33 650	34 342
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	718	768
42	Gehälter (brutto)	"	389	415
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	5 089	5 557
44	darunter Auslandsumsatz	"	1 111	1 294
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	106	113
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	104	104
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 079	10 037
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	192	197
50	Gehälter (brutto)	"	155	157
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 897	3 156
52	darunter Auslandsumsatz	"	209	236
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	92,4	92,7
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	141,4	151,2

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1988	1989				1990		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
6 678	.	.	.	6 084	.	.	1
3 024	.	.	.	3 168	.	.	2
852	.	.	.	951	.	.	3
2 172	.	.	.	2 218	.	.	4
1 387	.	.	.	1 188	.	.	5
495	.	.	.	328	.	.	6
892	.	.	.	860	.	.	7
6 693	6 902	6 439	6 929	6 512	6 896	6 428	8
3 151	3 390	2 804	3 057	2 934	3 120	2 785	9
88	91	87	90	86	86	84	10
145	144	144	138	137	136	135	11
117	116	116	110	110	109	109	12
13 188	14 965	12 780	12 725	11 284	13 408	12 215	13
410	392	364	387	377	398	362	14
178	162	165	250	172	166	162	15
2 137	1 945	1 688	2 006	1 905	1 865	1 664	16
254	131	119	95	105	117	79	17
102	107	108	103	94	107	103	18
97	104	109	109	98	104	108	19
504	499	501	506	504	504	501	20
329	326	327	330	329	329	327	21
43 466	46 236	43 895	45 900	41 241	45 920	43 777	22
1 317	1 183	1 128	1 481	1 325	1 241	1 167	23
1 093	1 006	978	1 366	1 118	1 070	1 027	24
12 859	13 692	13 469r	14 191	12 234	14 194	13 199	25
4 294	4 528	4 676r	4 727	4 102	4 671	4 279	26
123	124	123	132	124	141	130	27
119	99	110	131	136	106	119	28
862	864	869	890	887	906	909	29
587	591	593r	609	607	620	623	30
77 741	84 808	81 029r	86 372	77 459	87 506	85 199	31
2 084	1 875	1 783	2 524	2 084	2 090	1 950	32
1 531	1 392	1 356	1 921	1 552	1 632	1 467	33
15 631	12 878	13 010r	15 700	16 689	14 557	14 257	34
5 969	4 774	4 861	5 735	6 365	5 038	5 242	35
99	119	129	125	105	131	143	36
101	106	112	123	109	110	117	37
326	334	334	339	337	347	351	38
242	248	247	251	250	257	260	39
31 832	35 731	33 603r	35 765	31 115	36 461	34 792	40
759	715	663r	966	790	787	725	41
426	388	384	554	447	422	422	42
4 711	5 543	5 463r	5 902	4 960	6 033	5 892	43
991	1 315	1 295r	1 324	1 101	1 439	1 419	44
106	96	102	134	124	105	112	45
103	103	102	105	103	109	108	46
66	66	65	68	67	69	68	47
9 860	9 928	9 304r	10 477	9 675	10 652	9 803	48
191	179	170	252	202	199	189	49
163	149	143	208	164	158	154	50
2 975	2 979	2 863r	3 385	3 168	3 207	3 085	51
213	269	225r	234	218	237	204	52
92,9	.	.	.	95,6	.	.	53
165,5	.	.	.	179,0	.	.	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	10 890	11 242
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 091	10 512
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 738	1 679
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	231 180	231 217
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 116	25 311
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	8 063	8 190
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	9 701	9 742
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 351	7 380
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	580,2	603,5
10	* Gehälter (brutto)	"	159,3	165,1
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 212,1	2 380,5
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 229	...
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 116	...
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	1 999	...
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	628 077	...
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	331	...
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	392	...
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 540	...
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	560 039	...
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	409	...
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 403	...
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	108,2	112,8
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	106,3	110,0
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	101,8	103,7
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	118,0	130,9
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	106,2	108,5
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	119,7	124,0
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	112,9	116,4
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	130,7	139,2
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	114,7	126,2
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	104,5	105,7
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	105,5	113,2
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	101,3	112,7
34	Fertigwaren	"	109,5	113,7
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	107,7	110,3
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	120,1	129,4
37	Gaststättengewerbe	"	103,1	103,5
38	Kantinen	"	123,6	129,9
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	179 259	190 006
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	180 321	205 882
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	12 315,8	13 512,9
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	350,1	392,8
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	11 965,8	13 120,1
44	* davon Rohstoffe	"	200,6	205,4
45	* Halbwaren	"	979,9	1 061,7
46	* Fertigwaren	"	10 785,3	11 852,9
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 331,8	3 674,6
48	* Enderzeugnisse	"	7 453,5	8 178,3
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 449,7	1 577,1
50	Dänemark	"	223,8	239,0
51	Frankreich	"	1 335,5	1 426,0
52	Griechenland	"	118,8	120,6
53	Großbritannien	"	1 250,0	1 286,2
54	Italien	"	993,9	1 102,8
55	Niederlande	"	1 398,2	1 502,5
56	Portugal	"	117,3	114,2
57	Republik Irland	"	68,5	67,1
58	Spanien	"	446,7	468,8

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1988	1989				1990		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
12 508	13 152	11 376	12 007	11 478	12 507	11 164	1
10 978	11 719	10 379	11 317	11 845	2
1 908	2 088	1 656	1 890	1 846	1 949	1 711	3
215 114	229 635	227 891	233 269	232 603	232 221	231 532	4
19 644	24 362	21 796	26 799	19 871	24 233	21 641	5
6 042	7 993	6 974	8 554	6 194	8 003	6 969	6
7 950	9 689	8 787	10 240	8 001	9 647	8 706	7
5 652	6 680	6 035	8 005	5 676	6 583	5 966	8
537,6	555,1	496,3	800,5	565,2	595,7	520,4	9
156,4	150,4	148,6	234,7	168,9	163,8	159,9	10
2 835,1	1 690,2	1 676,0	2 805,8	3 238,1	1 887,6	1 924,9	11
2 554	2 160	2 600	2 264	4 259	2 407	2 090	12
2 406	2 008	2 389	2 051	3 752	2 150	1 828	13
2 323	2 068	2 599	2 309	4 415	2 501	2 347	14
723 384	657 349	820 111	735 181	1 430 081	795 047	755 409	15
386	346	438	396	753	429	404	16
483	341	376	314	843	377	325	17
2 853	1 803	2 948	2 125	6 021	3 035	2 077	18
569 437	381 453	563 655	389 536	1 133 092	618 589	364 322	19
456	305	490	349	930	443	348	20
4 089	3 717	4 694	4 270	8 522	4 950	4 752	21
141,8	99,3	94,1	122,4	146,0	109,3	103,5	22
129,0	99,7	97,3	115,3	132,5	108,9	104,4	23
144,7	93,3	73,3	126,4	150,6	96,3	87,8	24
161,5	111,2	110,0	153,0	173,2	119,5	123,6	25
188,2	111,5	96,9	132,1	189,6	113,6	97,6	26
205,9	104,6	96,0	134,7	226,0	113,7	109,1	27
143,6	106,1	99,7	117,8	137,8	121,0	108,9	28
139,9	125,7	121,3	123,4	130,7	126,6	123,3	29
118,4	95,6	106,9	121,7	117,5	120,0	121,1	30
154,3	95,0	86,7	120,1	162,6	102,3	92,7	31
110,7	103,9	103,1	118,0	108,6	110,1	104,3	32
103,2	104,5	102,3	112,6	98,4	104,5	98,3	33
118,1	103,2	103,9	123,4	118,8	115,6	110,3	34
109,2	101,4	100,6	116,0	114,3	103,3	107,8	35
109,9	110,6	113,8	146,8	118,8	118,4	129,9	36
107,7	97,6	95,8	105,3	111,5	96,7	99,9	37
128,4	119,4	116,1	142,7	137,4	137,8	130,9	38
201 950	202 637	170 094	207 543	193 109	204 039	163 754	39
289 161	159 760	180 837	225 268	301 320	192 260	180 892	40
13 233,2	12 961,7	12 853,3	13 765,5	12 620,3	14 330,0	...	41
381,3	340,8	346,6	427,2	357,6	404,7	...	42
12 851,9	12 620,9	12 506,7	13 338,4	12 262,8	13 925,3	...	43
190,9	210,7	182,3	194,3	202,0	212,0	...	44
1 109,7	1 052,6	1 150,9	1 027,2	914,3	1 002,0	...	45
11 551,3	11 357,6	11 173,5	12 116,9	11 146,4	12 711,3	...	46
3 494,1	3 538,3	3 545,5	3 724,0	3 128,2	3 708,9	...	47
8 057,1	7 819,3	7 628,0	8 392,8	8 018,3	9 002,4	...	48
1 449,7	1 629,8	1 606,4	1 609,7	1 448,6	1 670,7	...	49
223,8	233,7	222,2	259,5	212,7	233,2	...	50
1 335,5	1 416,6	1 338,0	1 484,3	1 342,5	1 608,2	...	51
118,8	108,4	112,3	146,2	140,9	130,1	...	52
1 250,0	1 248,1	1 234,9	1 295,0	1 085,0	1 227,0	...	53
993,9	1 048,7	1 106,7	1 167,7	939,0	1 142,4	...	54
1 398,2	1 394,0	1 408,1	1 613,6	1 354,2	1 488,3	...	55
117,3	102,9	113,7	130,9	108,7	114,6	...	56
68,5	60,1	75,4	73,3	59,7	67,3	...	57
446,7	430,2	505,7	511,8	425,0	474,1	...	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Handel und Gastgewerbe				
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	7 402,3	7 904,3
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 887,9	1 925,1
3	übrige Länder	"	3 943,0	3 683,5
Fremdenverkehr ¹⁾				
4	* Gästeankünfte	1 000	829	884
5	* darunter von Auslandsgästen	"	155	172
6	* Gästeübernachtungen	"	2 607	2 722
7	* darunter von Auslandsgästen	"	394	440
Verkehr				
Binnenschifffahrt				
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 893	10 909
9	* davon Güterempfang	"	6 180	6 149
10	* Güterversand	"	4 713	4 760
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 595	12 079
12	davon Bergverkehr	"	7 437	7 415
13	Talverkehr	"	4 158	4 397
Kraftfahrzeuge				
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	64 076	64 968
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	58 732	59 166
16	Lastkraftwagen	"	2 601	2 841
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkraftködern	"	1 702	1 790
Straßenverkehrsunfälle				
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	46 983	46 151
19	* davon mit Personenschaden	"	7 208	7 123
20	mit nur Sachschaden	"	39 775	39 028
21	* getötete Personen	"	144	137
22	* verletzte Personen	"	9 212	9 087
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 462	2 333
Deutsche Bundesbahn ³⁾				
24	Güterempfang	1 000 t	6 999	...
25	Güterversand	"	8 273	...
Deutsche Bundespost ⁴⁾				
26	Briefsendungen	Mill.	259	272
27	Paketsendungen	1 000	4 476	4 329
28	abgehende Ferngespräche	Mill.	255	298
29	aufgegebene Telegramme	1 000	126	114
Geld und Kredit				
Kredite und Einlagen ⁵⁾				
30	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	460 209	485 694
31	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	450 653	475 270
32	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	85 533	93 908
33	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	83 606	92 601
34	* an öffentliche Haushalte	"	1 927	1 307
35	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	32 936	34 303
36	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	29 431	30 002
37	* an öffentliche Haushalte	"	3 505	4 301
38	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	333 537	349 400
39	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	272 130	288 551
40	* an öffentliche Haushalte	"	61 407	60 849
41	durchlaufende Kredite	"	8 203	8 083
42	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 671	6 476
43	an öffentliche Haushalte	"	1 532	1 607

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen; der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NW gelegenen Filialnetze) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	425 535	444 433
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	248 317	274 119
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	205 041	228 824
4	* von öffentlichen Haushalten	"	43 276	45 295
5	* Spareinlagen	"	177 218	170 314
6	* bei Sparkassen	"	105 082	100 626
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 336	9 621
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	9 116	10 198
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	383	329
10	* Vergleichsverfahren	"	1	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	2 083	1 696
12	* Wechselsumme	Mill. DM	19	18
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	582 686	572 589
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	552 755	544 007
15	von Lastenzuschuß	"	29 932	28 581
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	149	152
17	Mietzuschuß je Fall	"	148	151
18	Lastenzuschuß je Fall	"	160	158
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 065	...
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 828	...
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 010	...
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	8 851,2	9 879,5
23	* Steuern vom Einkommen	"	5 497,6	6 212,0
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	3 770,5	4 140,2
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	869,3	988,5
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	220,1	336,3
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	637,7	746,9
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 353,6	3 667,5
29	* Umsatzsteuer	"	1 723,7	1 762,1
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 629,9	1 905,4
31	* Bundessteuern	"	1 350,5	1 595,5
32	* darunter Zölle	"	148,2	179,0
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 098,5	1 269,5
34	darunter Mineralölsteuer	"	711,8	879,5
35	* Landessteuern	"	503,1	536,9
36	* darunter Vermögensteuer	"	125,8	127,4
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	181,1	202,7
38	* Biersteuer	"	31,3	32,8
39	* Gemeindesteuern ³⁾	"	3 207,7	3 414,5
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 581,6	2 756,3
41	* Grundsteuer A	"	14,5	14,1
42	* Grundsteuer B	"	553,4	567,1
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ³⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	17 964,6	20 290,9
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 202,4	8 164,0
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 539,5	7 151,6
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	171,2	188,6
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	11 832,2	13 097,4
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 202,4	8 164,0
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 949,3	3 134,1
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	171,2	188,6
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 953,3	5 345,2
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 087,9	2 307,9
53	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁴⁾	"	2 239,2	2 379,0

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und

1988	1989				1990		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
425 535	420 153	421 488	432 071	444 433	438 388	440 797	1
248 317	245 261	247 430	266 515	274 119	270 990	274 044	2
205 041	203 666	205 141	222 415	228 824	227 379	229 001	3
43 276	41 595	42 289	44 100	45 295	43 611	45 043	4
177 218	174 892	174 058	165 556	170 314	167 398	166 753	5
105 082	103 765	103 382	98 082	100 626	98 945	98 560	6
16 131	12 710	8 268	8 832	15 880	14 862	10 167	7
12 109	15 024	9 102	9 715	11 152	17 777	10 813	8
397	395	280	252	374	310	298	9
1	—	3	—	1	1	—	10
1 995	1 533	1 546	1 732	1 649	1 411	1 672	11
20	19	15	19	16	15	16	12
584 987	573 811	588 269	572 033	565 186	550 049	565 669	13
554 534	545 519	559 015	543 838	537 270	523 995	538 708	14
30 453	28 292	29 254	28 195	27 916	26 054	26 961	15
150	151	151	152	152	153	153	16
149	150	151	152	151	153	153	17
158	159	159	156	156	156	157	18
10 149	10 108	10 112	10 201	10 220	10 209	10 228	19
5 907	5 873	5 846	5 917	5 937	5 928	5 928	20
3 019	3 026	3 033	3 056	3 059	3 060	3 064	21
15 363,0	8 598,1	7 441,4	7 625,0	18 028,7	9 275,0	8 912,9	22
11 883,4	4 712,1	3 373,3	3 668,1	13 510,5	4 691,0	3 508,3	23
6 238,6	4 482,4	3 140,4	3 792,0	7 159,6	4 200,0	2 867,4	24
3 404,1	—49,3	94,6	—40,9	3 844,6	371,8	15,8	25
92,3	284,8	446,4	72,5	82,5	157,1	413,7	26
2 148,5	—5,7	—308,1	—155,5	2 423,8	—38,0	211,4	27
3 479,6	3 886,0	4 068,1	3 956,9	4 518,2	4 584,0	5 404,6	28
1 747,0	2 301,5	2 361,6	1 921,9	1 996,4	2 285,1	2 592,6	29
1 732,6	1 584,5	1 706,5	2 035,1	2 521,8	2 298,9	2 812,0	30
2 448,0	296,0	1 720,2	1 545,3	3 023,4	443,1	2 104,9	31
117,1	133,4	196,2	189,9	299,3	206,9	334,6	32
2 264,7	84,4	1 061,6	1 216,8	2 624,3	116,8	1 260,6	33
1 476,6	14,6	729,6	864,7	1 821,3	27,1	852,6	34
364,9	431,8	693,7	739,0	429,1	511,2	739,7	35
38,7	9,8	325,0	364,8	42,9	31,1	340,4	36
137,7	226,7	143,2	152,7	159,4	258,2	139,2	37
25,3	39,7	23,5	33,5	26,2	40,5	27,4	38
3 316,1	.	.	.	3 376,1	.	.	39
2 773,6	.	.	.	2 808,1	.	.	40
12,9	.	.	.	11,1	.	.	41
464,5	.	.	.	487,9	.	.	42
20 734,0	.	.	.	23 647,6	.	.	43
8 450,6	.	.	.	9 256,0	.	.	44
6 737,8	.	.	.	7 846,4	.	.	45
341,8	.	.	.	388,6	.	.	46
13 347,9	.	.	.	14 574,0	.	.	47
8 450,6	.	.	.	9 256,0	.	.	48
3 113,4	.	.	.	3 302,4	.	.	49
341,8	.	.	.	388,6	.	.	50
5 159,5	.	.	.	5 422,8	.	.	51
2 527,0	.	.	.	2 823,9	.	.	52
2 090,0	.	.	.	2 030,8	.	.	53

Ausgaben aus der Zerlegung – 3) statt Monatsdurchschnitt 1988 bzw. 1989: Vierteljahresdurchschnitt – 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989	
			Monatsdurchschnitt		
Preise					
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁾					
1	* Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	100,9	103,5	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	99,6	101,7	
3	Wohnungsmieten ²⁾ , Energie	"	96,6	99,8	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	102,5	103,9	
5	Bekleidung, Schuhe	"	105,0	106,5	
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen ¹⁾					
6	Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	100,5	103,4	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	99,5	101,6	
8	Wohnungsmieten ²⁾ , Energie	"	97,7	100,9	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	102,4	103,8	
10	Bekleidung, Schuhe	"	104,9	106,3	
Preisindex ³⁾ für Wohngebäude					
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	120,4	124,2	
12	davon Rohbauarbeiten	"	114,5	118,1	
13	Ausbauarbeiten	"	128,8	133,1	
14	Preisindex ³⁾ für gemischt genutzte Gebäude	Bauleistungen am Bauwerk	121,4	125,2	
15	für Bürogebäude		"	123,8	127,8
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	123,3	127,2
17	Preisindex für den Straßenbau ³⁾	"	104,5	106,8	
Löhne und Gehälter					
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ⁴⁾					
Bruttowochenverdienste					
18	* männliche Arbeiter	DM	794	822	
19	* darunter Facharbeiter	"	836	867	
20	* weibliche Arbeiter	"	550	566	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	538	555	
Bruttostundenverdienste					
22	* männliche Arbeiter	DM	19,35	20,13	
23	* darunter Facharbeiter	"	20,39	21,22	
24	* weibliche Arbeiter	"	14,07	14,60	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	13,82	14,36	
bezahlte Wochenarbeitszeit					
26	männliche Arbeiter	h	41,0	40,8	
27	weibliche Arbeiter	"	39,1	38,8	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste ⁴⁾					
in Industrie und Hoch- und Tiefbau					
kaufmännische Angestellte					
28	* männlich	DM	4 941	5 117	
29	* weiblich	"	3 381	3 491	
technische Angestellte					
30	* männlich	DM	5 123	5 310	
31	* weiblich	"	3 465	3 573	
in Handel, Kredit und Versicherungen					
kaufmännische Angestellte					
32	* männlich	DM	4 056	4 226	
33	* weiblich	"	2 750	2 865	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen					
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁵⁾		+0,1	+1,2	

1) Für die 1988 und 1989 namentlich angegebenen Monate gilt das Basisjahr 1980 = 100 – 2) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 3) statt Monatsdurchschnitt 1988
5) faktorenanalytische Verknüpfung von 11 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1988	1989				1990		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
122,6	123,9	124,2	125,9	126,3	105,1	105,4	1
116,0	116,5	117,0	118,6	119,1	103,3	104,2	2
122,7	124,0	124,4	127,5	128,3	102,0	101,6	3
121,3	121,5	121,7	123,0	123,2	104,8	105,0	4
126,8	127,1	127,2	128,9	128,9	107,3	107,5	5
122,2	123,5	123,9	125,6	126,0	104,8	105,2	6
115,3	115,9	116,4	118,1	118,7	103,3	104,2	7
123,2	124,2	124,6	127,7	128,4	103,0	102,9	8
121,1	121,3	121,5	122,8	122,9	104,7	104,9	9
127,5	127,8	127,9	129,8	129,7	107,2	107,4	10
.	.	122,4	125,6	.	.	127,9	11
.	.	116,2	119,6	.	.	121,9	12
.	.	131,3	134,4	.	.	136,6	13
.	.	123,4	126,5	.	.	128,7	14
.	.	126,2	129,0	.	.	131,3	15
.	.	125,4	128,8	.	.	130,9	16
.	.	105,4	108,0	.	.	110,4	17
.	793	.	.	.	827	.	18
.	836	.	.	.	873	.	19
.	551	.	.	.	570	.	20
.	538	.	.	.	558	.	21
.	19,53	.	.	.	20,50	.	22
.	20,57	.	.	.	21,61	.	23
.	14,18	.	.	.	14,80	.	24
.	13,94	.	.	.	14,54	.	25
.	40,6	.	.	.	40,3	.	26
.	38,9	.	.	.	38,5	.	27
.	5 011	.	.	.	5 188	.	28
.	3 422	.	.	.	3 544	.	29
.	5 184	.	.	.	5 362	.	30
.	3 503	.	.	.	3 608	.	31
.	4 153	.	.	.	4 352	.	32
.	2 809	.	.	.	2 980	.	33
+1,7	+0,7	+0,8	+1,5	+1,6	+1,8	+1,9	34

bzw. 1989: Vierteljahresdurchschnitt – 4) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober –

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung¹⁾			
1	Wohnbevölkerung ²⁾	1 000	61 715	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	6,5	6,4
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	11,0	11,0
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,2	11,2
	Erwerbstätigkeit			
5	Erwerbstätige	1 000	27 354p	27 729p
6	Arbeitslose ²⁾	"	2 242	2 038
	Landwirtschaft			
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	400	384p
8	Milcherzeugung	"	1 998	2 020
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			
9	Beschäftigte	1 000	7 038	7 162
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	644	648
11	Umsatz	Mill. DM	130 073	141 013
12	darunter Auslandsumsatz	"	39 563	43 684
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	106,1	111,6
	Bauhauptgewerbe			
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte	1 000	996	999
16	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	108	109
	darunter für Wohnungsbau	"	38	39
	Handel			
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt	1986 = 100	108,3	113,7
18	Warenverkehr mit Berlin (West)			
19	Bezüge	Mill. DM	3 139	3 237
	Lieferungen	"	2 288	2 292
20	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
21	Bezüge	Mill. DM	566	600
	Lieferungen	"	603	675
22	Außenhandel			
23	Einfuhr	Mill. DM	36 634	42 221
	Ausfuhr	"	47 305	53 445
	Verkehr			
24	Beförderte Güter			
25	Eisenbahnen ³⁾	1 000 t	25 856	26 286
26	Binnenschifffahrt	"	19 444	...
	Seeschifffahrt	"	11 705	11 735p
27	Beförderte Personen			
	Eisenbahnen ³⁾	Mill.	93,4r	93,9p
	Geld und Kredit			
28	Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	142,6	146,9
29	Spareinlagen ²⁾	"	728,0	705,6
30	Kredite an			
31	Unternehmen und Privatpersonen ²⁾	Mrd. DM	1 791,1	1 921,7
	öffentliche Haushalte ²⁾	"	541,4	547,2
	Steuern			
32	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	34 942	38 483
33	Steuern vom Einkommen	"	19 952	22 122
34	Lohnsteuer	"	13 959	15 153
35	veranlagte Einkommensteuer	"	2 766	3 067
36	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	728	1 054
37	Körperschaftsteuer	"	2 500	2 848
38	Bundessteuern	"	4 394	5 112
39	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 575	5 186
40	Landessteuern	"	1 889	2 017
	Preise			
41	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	102,2	107,7
42	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	121,2	125,5
43	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	96,3	99,3
44	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	91,8	99,8
	Preisindex für die Lebenshaltung			
45	aller privaten Haushalte	1985 = 100	101,4	104,2
46	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	101,0	103,9

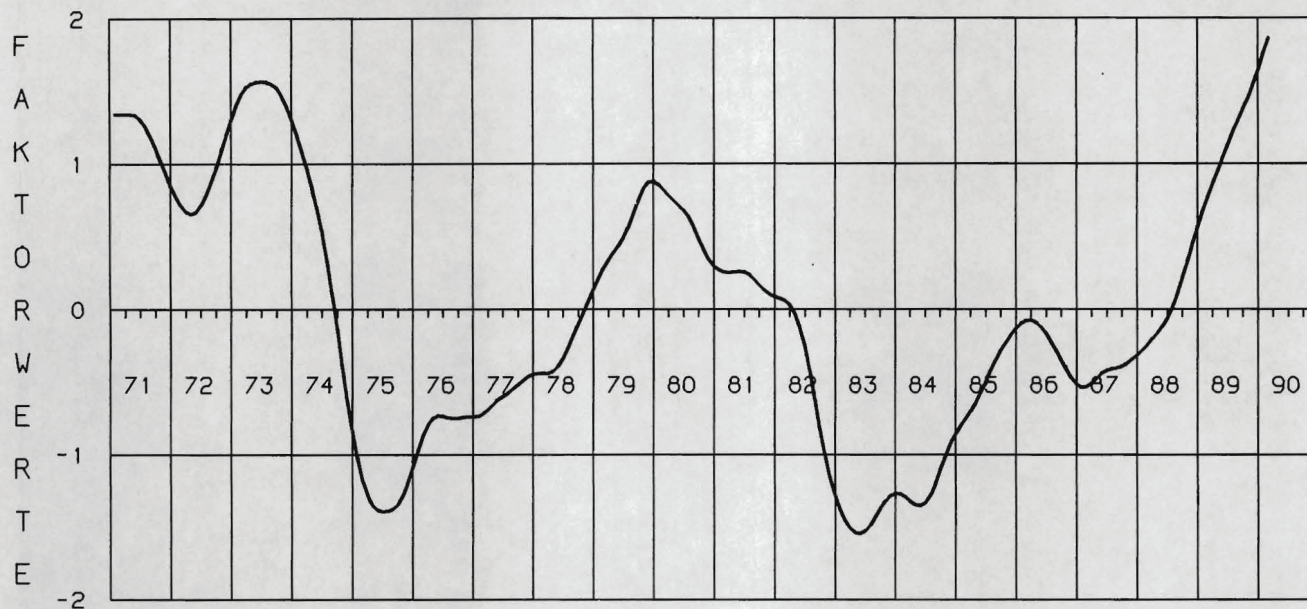
1) 1989 und 1990 vorläufige Ergebnisse – 2) Jahres- bzw. Monatsende – 3) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs – 4) Basisjahr 1980 = 100 – – Quelle: Statistisches

1988	1989				1990		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
61 715	1
6,8	2,2	3,1	4,5	7,1	2,4	3,5	2
10,7	10,3	11,1	10,8	10,5	11,2	11,6	3
11,9	11,9	12,2	11,4	12,0	14,0	12,7	4
27 437p	27 325p	27 247p	28 059p	28 016p	27 782p	27 860p	5
2 190	2 335	2 305	1 950	2 052	2 191	2 153p	6
401	380	353	404	366	395	361	7
1 933	1 979	1 794	1 824	1 896	1 905	1 731	8
7 046	7 036	7 054	7 215	7 190	7 286	7 318	9
615	654	634	679	595	672	655	10
140 642	127 259	129 674	151 516	148 484	141 233	139 200	11
44 213	39 384	41 411	46 621	45 601	43 216	43 226	12
107,5	103,1	105,0	119,7	112,7	108,5	110,2	13
973	917	910	1 018	1 007	974	971	14
86	85	82	118	83	88	88	15
30	31	29	42	30	33	33	16
141,2	98,8	98,6r	125,5	145,5	107,3	103,8p	17
3 098	3 068	3 092	3 513	2 886	3 057	3 087	18
2 267	2 208	2 186	2 561	2 254	2 208	2 134	19
616	589	529	638	591	628	549	20
981	527	568	764	1 009	613	589	21
41 620	38 611	39 251	44 445	42 845	43 079	41 390	22
55 100	50 434	50 610	55 053	52 874	55 910	52 019	23
25 665	25 953	25 013	28 662	24 534	24
19 846	18 604	17 369	19 599	25
11 890p	12 482p	10 757p	12 014p	11 489p	26
99,8	89,6	87,9	114,3	107,7	27
142,6	139,0	139,4	144,8	146,9	141,7p	...	28
728,0	721,7	718,5	685,2	705,6	694,3p	...	29
1 791,1	1 785,9	1 796,7	1 891,1	1 921,7	1 928,4p	...	30
541,4	545,1	545,4	546,7	547,2	547,5p	...	31
60 459	28 541	33 926	32 627	67 093	29 936	33 872p	32
42 939	16 568	14 151	14 021	46 856	17 541	12 781	33
23 002	15 494	12 644	14 305	25 039	15 881	12 081	34
10 864	-256	76	-507	11 978	447	-195	35
400	1 094	1 208	315	393	725	894	36
8 672	236	223	-92	9 446	489	1	37
8 432	693	5 350	5 074	10 162	800	5 614p	38
8 789	902	4 527	5 197	10 454	857	4 691p	39
1 439	1 552	2 687	2 726	1 599	1 845	2 811p	40
104,9	106,6	106,8	107,3	106,7	105,9	...	41
97,2	98,2	123,4	127,1	129,7	42
99,1 ⁴⁾	97,9 ⁴⁾	98,4	100,0	100,0	100,1	100,1	43
123,3 ⁴⁾	124,6 ⁴⁾	99,1 ⁴⁾	101,3	100,7	96,4p	96,6p	44
122,6 ⁴⁾	124,2 ⁴⁾	125,0 ⁴⁾	104,9	105,2	105,8	106,2	45
		124,6 ⁴⁾	104,5	104,9	105,4	105,8	46

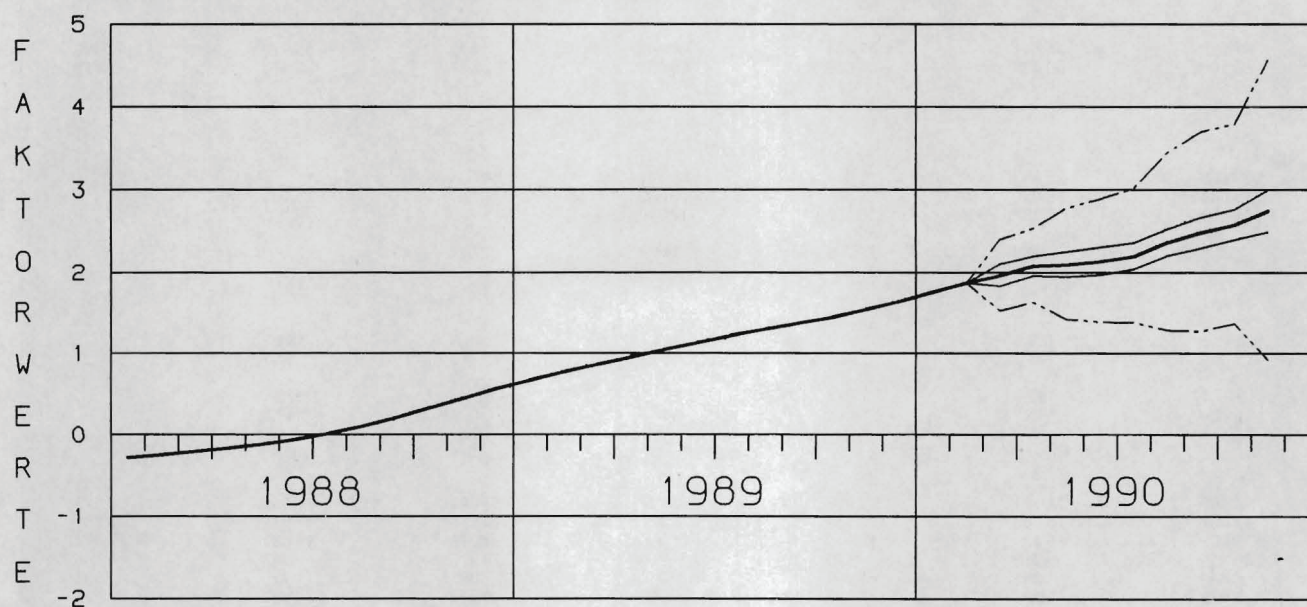
Bundesamt

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS FEBRUAR 1990 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB MÄRZ 1990 BIS NOVEMBER 1990 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

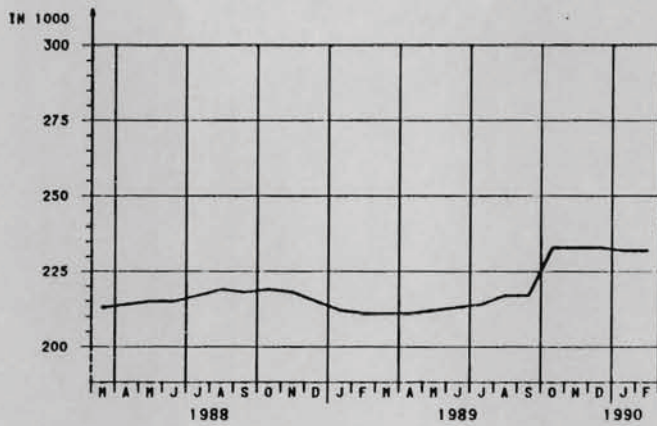
1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

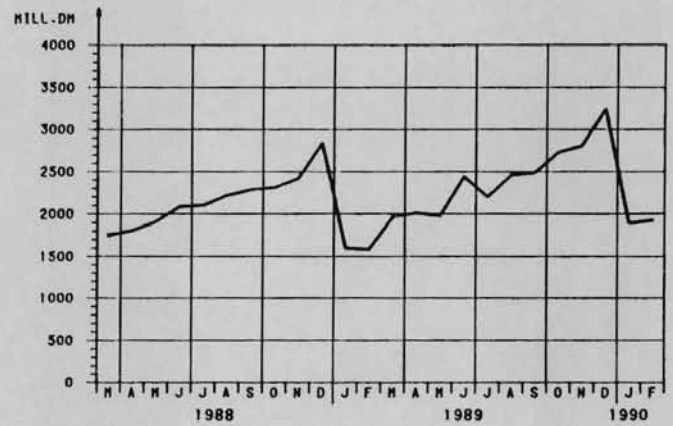
GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NW

BAUHAUPTGEWERBE MÄRZ 1988 BIS FEBRUAR 1990 (NACH DER TOTALERHEBUNG HOCHGERECHNET)

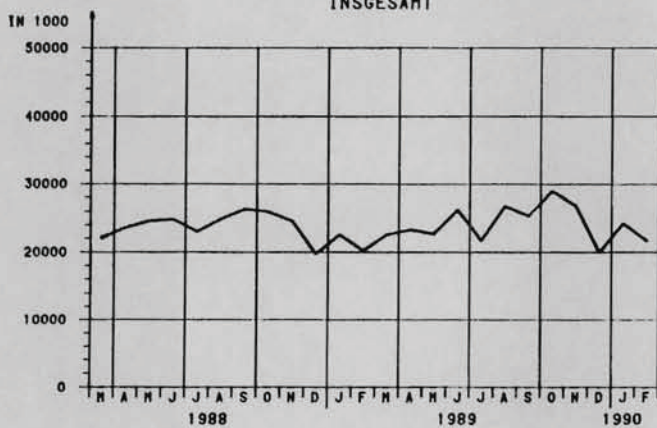
BESCHÄFTIGTE



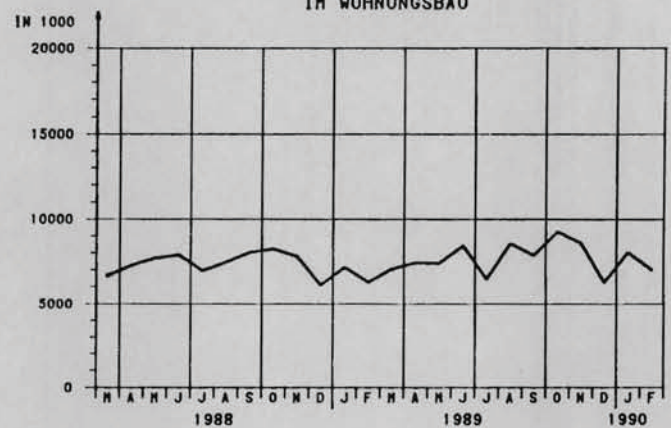
BAUGEWERBLICHER UMSATZ



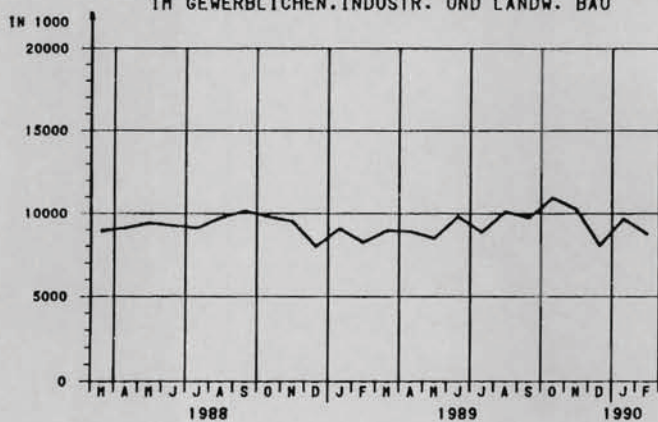
GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
INSGESAMT



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM WOHNUNGSBAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM GEWERBLICHEN, INDUSTRI. UND LANDW. BAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM ÖFFENTLICHEN UND VERKEHRSBAU

